

10/2002

blz

Zeitschrift der GEW BERLIN

56. (71.) Jahrgang
Oktober 2002

Standpunkt
**Männerdiskrimi-
nierung?**

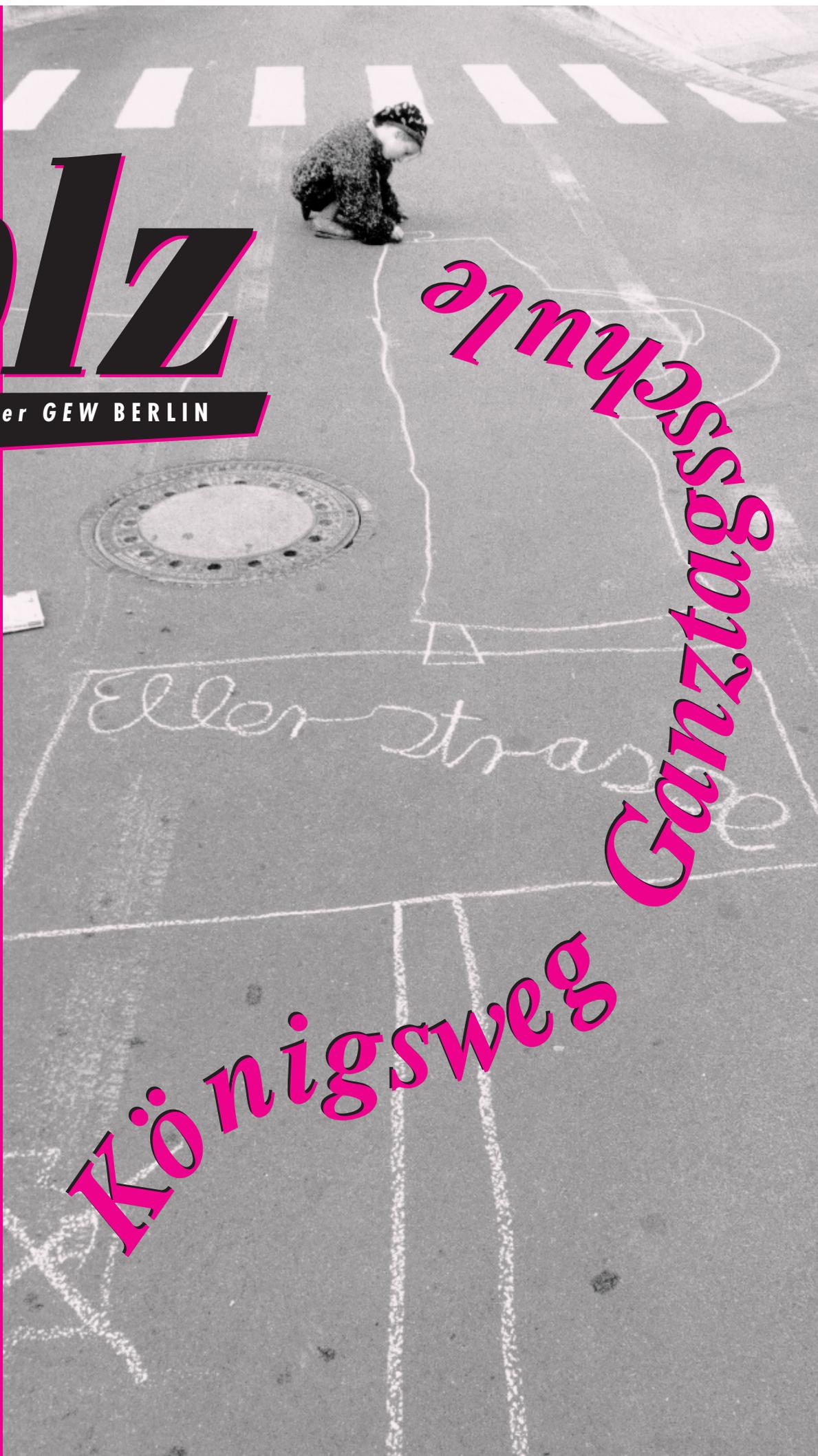
Schwerpunkt
**Beschäftigte an
Hochschulen**

Glosse
**Schluss mit der
Weiberwirtschaft!**

LISUM-Umbau:
Visionen

Interview mit Ludger Pieper:
**Die Zukunft des
Landesschulamtes**

**Neue gymnasiale
Oberstufe**



Ganztags
Schule

Königsweg



Titelfoto:
Veit Mette

Übrigens...

Ganztagssschulen war als Schwerpunktthema für diese blz geplant. Warum die Schreibresonanz in unserer Mitgliedschaft dazu so gering war, darüber lässt sich nur spekulieren. Auf jeden Fall geht ein Dank an Thomas Isensee, der das Thema für den Titel noch einmal zugespitzt hat. Auf die Abteilung Wissenschaft ist in solchen Situationen immer Verlass: Traditionell gehört ihr der Themenschwerpunkt im Oktober zum Semesterauftakt. Das haben sie sich auch dieses Jahr nicht nehmen lassen.

Es freut uns immer, wenn wir fachkundige Gäste auf unseren Redaktionssitzungen begrüßen dürfen. Diesmal war es unsere langjährige Ex-Pressesprecherin Erdmute Safranski. Sie wird für uns in einer der kommenden Ausgaben das zurzeit in aller Munde geführte Projekt der pädagogischen Schulentwicklung aufbereiten. Weiterer Gast: Hayo Zuber von der Kampfkunstschule Kreuzberg. Hier ging es um das Thema „Aggression im Klassenzimmer“.

Wenn der Redaktionsschluss naht, dann steigt immer die Spannung, was denn nun an Beiträgen eingegangen ist. Leider hält diese Spannung in der letzten Zeit bis weit über den Redaktionsschluss an, denn viele AutorInnen kommen mit ihren Beiträgen verspätet zu Potte. Das setzt uns unter größeren Terminstress, unter dem manchmal auch die Qualität zu leiden droht. Wir bitten daher an dieser Stelle um Termintreue. Wir kündigen die Termine immer unter dem Inhaltsverzeichnis an.

pit

Impressum

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:

Pit Rullf (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax. -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:

GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 8 vom 1.1.02

Satz und Layout:

bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:

Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin
Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

ISSN 0944-3207

10/2002: 23.000

Inhalt

.....	Standpunkt/Leute	3
.....	kurz und bündig	4
.....	aktuelles	5

titel

Thomas Isensee	Königsweg Ganztagschule	6
----------------------	--------------------------------------	---

schwerpunkt

Folker Schmidt	Hochschule	8
Martin Kirsch	Hochschulreform darf nicht stehenbleiben	8
H. Degethoff de Campos	Zielvereinbarungen - neues Steuerungsinstrument	10
Ansgar Warner	Von PISA nach Waterloo?	11
David Bowskill	Die Lehrbeauftragten und die leeren Kassen	12

schule

Ulrich Thöne	Umsteuern in der Bildungsfinanzierung	13
Wilfried Silbernagel	Besuch im Land der Seiteneinsteiger	14
Irmhild Claudi	Und sie bewegt sich doch!	16
Meißner/Tischer/Wendt	Visionen einer Leiterin	18
Ludger Klein-Ridder	Mobbing - auch im Lehrerzimmer	19
Rullf/Will	Interview mit Ludger Pieper	22
Hans-Gerd Prause	Die neue gymnasiale Oberstufe - ein Missgriff?	24

gewerkschaft

Harald Hommers	Arbeitslosenseminar in Zechlinerhütte	25
Lenoir/Cassau	10 Jahre Lesben-AG	27

GLOSSE

Gabriele Frydrych	Schluss mit der Weibervirtschaft	26
-------------------------	---	----

recht & tarif

Manfred Triebe	Nie sollst du mich befragen	29
Antonia Brinker	Hartz oder „Integration durch Arbeit“?	30
Katja Metzgi	Post von Pieper	31

service

Bärbel Jogschies	Lernort Maxim Gorki Theater	28
.....	Theater und Schule, Fortbildung, Materialien	32

Redaktionsschluss 12/2002: 1. November 2002 • Thema: SchülerInnenfirmen
Die nächsten Sitzungen der Redaktion: 7. und 11. November jeweils um 18 Uhr
in der Ahornstraße 5, unter dem Dach in Zimmer 47. Gäste sind erwünscht.

Männerdiskriminierung?

In der letzten blz wurde berichtet, dass sich männliche Mitglieder diskriminiert fühlen, weil die GEW BERLIN einen Schulrechts-Kurs „nur für Frauen“ anbietet. Weshalb ist ein solcher Kurs notwendig? Und: Wenn in der GEW etwas geschieht, um der Diskriminierung von Frauen entgegenzuwirken – ist das dann schon Diskriminierung von Männern?

Frauen entscheiden sich heute selbst und bewusst für oder gegen Kinder und Berufstätigkeit, entscheiden über den Umfang ihrer Erwerbsarbeit und die Art der Kinderbetreuung – eine große Freiheit für Frauen, die sie gut zu nutzen wissen.

Aber es gibt ein großes Aber: Immer weniger Frauen entscheiden sich für Kinder. So weiß man heute, dass 40 Prozent der Frauen, die in der alten BRD 1965 ihr Hochschulstudium erfolgreich abschlossen, keine Kinder bekommen haben. Diese Entwicklung hat angehalten. Die freien, individuellen Entscheidungen der Frauen summierten sich schließlich zu einer Situation, die heute politisch als Krise diskutiert wird unter den Stichworten Überalterung der Gesellschaft, Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, Krise des Sozialsystems... Deutschland hat eine der geringsten Geburtenraten in der EU. Die von Familienforschern so genannte „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ unserer Gesellschaft bewirkt, dass viele junge Frauen ihren Wunsch, sowohl Mutter als auch erwerbstätig zu sein, später nicht leben. Denn die Fürsorgetätigkeit für Kinder, Kranke und Schwache wird vor allem von Frauen geleistet, und da dies auch heute noch weitgehend als private Ab gelegenheit gilt, haben Frauen nach wie vor das Problem, wie sie Berufs- und Familienarbeit unter einen Hut bekommen.

Ein Seminar nur für Frauen zu den Punkten, an denen erfahrungsgemäß die meisten Schwierigkeiten im Schulalltag entstehen, trägt dieser gesellschaftlichen Realität Rechnung. Die gesetzlichen Grundlagen sind nicht zuletzt durch das Landesgleichstellungsgesetz gut. Aber es besteht ein Umsetzungsdefizit. Es kann ein Beitrag dazu sein, dass strukturelle Rücksichtslosigkeiten, die in der Schulorganisation bestehen, abgebaut werden. Ein Seminar nur für

standpunkt



Caren Groneberg ist Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der GEW.

Frauen kann diese ermutigen, sich am eigenen Arbeitsplatz dafür einzusetzen, dass nicht nur bestehende Regelungen eingehalten werden, sondern frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen generell mitgedacht werden.

Ein solches Seminar kann ein kleiner Beitrag dazu sein, dass die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben nicht mehr 174 Jahre dauert, sondern die gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen eher beendet wird. Das ist keine Diskriminierung von Männern! Eine Diskriminierung von Männern läge zum Beispiel dann vor, wenn die GEW sich weigern würde, ein Seminar gleichen Inhaltes nur für Männer anzubieten. Tut sie das? Versucht es doch mal!

Caren Groneberg

Anetta Kahane war die erste Ausländerbeauftragte in den Ostbezirken, gründete die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen (RAA) und die Amadeu-Antonio-Stiftung und ist Mitglied u.a. im Beirat des „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“. Jetzt ist sie für ihr Engagement mit dem Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin ausgezeichnet worden. Wir gratulieren!

Jens A. Brückner ist ein bekannter und erfahrener Rechtsanwalt. Im Auftrag einer Mandantin schaute er sich beim Gesundheitsamt Charlottenburg eine Akte an – und sollte dafür 10,23 Euro bezahlen. Sein daraufhin erfolgter Widerspruch wurde ebenfalls mit einer Gebühr belegt, diesmal gleich mit 25 Euro. Seit wann ist die Einsichtnahme in die Personalakte gebührenpflichtig? Ist uns da etwas entgangen?

Wolfgang Klafki feierte am 1. September seinen 75. Geburtstag. Wir gratulieren. Der international renommierte Erziehungswissenschaftler lehrte bis 1992 an Universität Marburg und ist auch heute noch bildungspolitisch aktiv. So arbeitete er beispielsweise 1995 in der Bildungskommission Nordrhein-Westfalen „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ mit, deren Vorschläge bundesweit diskutiert wurden und werden. Mit seinen Vorstellungen von einem „Haus des Lernens“ ist er ein gefragter Referent. Vor zwei Jahren war er bei einer Veranstaltung im GEW-Haus: Zur Unterstützung des Erhalts der sechsjährigen Grundschule.

Dieter Lenzen ist ebenfalls Erziehungswissenschaftler sowie Vizepräsident der Freien Universität. Unter seiner Leitung soll ein Team von FU-Wissenschaftlern und Vertretern der Berliner Wirtschaft einen Qualitätsvergleich der Berliner Schulen erstellen. In einem Interview mit der *Morgenpost* führte er aus, dass Schulqualität auf der Basis des Ange-

bots geprüft werden soll, z.B. anhand der Fragen „Bildet die Schule regelmäßig ihre Lehrer fort? Organisiert sie Klassenfahrten? Wie ist der Zustand der Gebäude? Gibt es spezielle Arbeitsgemeinschaften? Wie sieht die Elternarbeit aus?“ Schulen, die sich diesem Qualitätstest stellen wollen, bekommen einen entsprechenden Fragebogen zugesandt. Die Ergebnisse sollen dann veröffentlicht werden. Lenzen äußerte in dem Interview ebenfalls, dass er dafür sei, dass Lehrer nur auf Zeit eingestellt werden: „Erst wenn sie nachweisen, dass sie nach wie vor für den Beruf qualifiziert sind, soll der Vertrag verlängert werden.“

Wolf Lepenies, Soziologe an der Freien Universität und am Collège de France in Paris hat auf dem Bildungskongress der Beratungsgesellschaft McKinsey die künftige Bundesregierung aufgefordert, entscheiden der Bildungsarmut entgegenzutreten. Es sei ein unannehmer Skandal, dass in der Bundesrepublik zehn Prozent der Schüler unterhalb des „Bildungsexistenzminimums leben müssen“, zitiert die *taz* den Wissenschaftler in ihrem Bericht. Laut *taz* forderte der Geschäftsführer vom McKinsey, Jürgen Kluge, die konsequente Förderung der kleinsten und schwächsten Lerner, dafür müssten 2,2 Milliarden Euro in Kindergärten investiert werden, um an die international üblichen Bildungsstandards heranzukommen.

Dieter Bohlen als Kämpfer gegen Rechts in Friedrichshain? Zumindest war mit dem Namen des Modern Talking-Sängers ein Flugblatt von „Empörten Schülern“ unterzeichnet, mit dem gegen die Einladung der Republikaner zu einer Wahl-Veranstaltung am Andreas-Gymnasium in Friedrichshain protestiert und zum Boykott aufgerufen wurde. Die Republikaner hatten allerdings von sich aus verzichtet und waren nicht gekommen, berichtete das *Neue Deutschland*.



Foto: C.v.Polentz/Transit

Erfolgreich protestierten studentische Beschäftigte gegen die Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen: Nach schwierigen Verhandlungen konnten die Gewerkschaften am 13. September den Tarifvertrag bis Ende 2005 sichern. Mehr dazu im nächsten Heft.

Partner: Schule und Wirtschaft

Seit vielen Jahren existiert in Berlin ein Netzwerk von verschiedensten Kooperationen zwischen Wirtschaft und Schule. Sie reichen von direkten Kontakten einzelner Schulen mit Betrieben bis hin zu Modellen der IHK des AA oder der Ministerien und Senatsverwaltungen. Jetzt hat sich eine Koordinierungsstelle zur Förderung der Kontakte zwischen Schule und Wirtschaftsunternehmen konstituiert. Ziele sind die Schaffung überschaubarer Strukturen, Vermittlung und Intensivierung von Kontakten, Förderung positiver Ansätze in der Berufswahlorientierung für SchülerInnen sowie Qualifizierung der am Bildungsprozess Beteiligten. Der Geschäftsführer der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg, Klaus-Dieter Teufel, und Schulsenator Klaus Böger haben im Haus der Wirtschaft eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Weitere Informationen: Tel. 318 04 138 oder www.psw-berlin.de

Kitas lohnen sich

Ein investierter Euro in Kindertagesstätten führt im Schnitt zu einem Ertrag von vier Euro, ermittelte ein von der GEW in Auftrag gegebenes Gutachten. Der Nachweis des volkswirtschaftlichen Nutzens wurde durch eine Untersuchung an der Universität Bielefeld ge-

führt. Zu einer ähnlichen Kosten-Nutzen-Relation war zuvor eine entsprechende Untersuchung im Jahr 2000 in Zürich gekommen. Für die Untersuchung wurden einerseits die Betriebskosten berechnet, andererseits die volkswirtschaftlichen Erträge, die entstehen würden durch die Berufstätigkeit der Mütter, die Beschäftigung des Personals und die Vermeidung von Arbeitslosengeld von Alleinerziehenden und den somit gesparten Ausgaben für Hilfen zum Lebensunterhalt.

Hamburgs Schulen ohne Präsenzpflcht

Was in Berlin noch in der Ankündigungsphase steckt, war in Hamburg schon Anfang des Jahres per Anordnung in die Tat umgesetzt worden: die sogenannte Präsenzpflcht. Drei Tage vor Ende der Ferien sollten alle Lehrer in den Schulen erscheinen und das Schuljahr vorbereiten. Der Protest der Hamburger LehrerInnen war groß, weil damit unterstellt wurde, die KollegInnen seien bislang planlos ins neue Schuljahr gegangen, seien also die bekannten „faule Säcke“. Die GEW hatte 3000 Protestunterschriften gesammelt und der Schulbehörde übergeben, die Personalräte hatten das Gericht angerufen, um ihr Mibestimmungsrecht bei dieser Maßnahme einzuklagen. Inzwischen hat die Behörde Ihre Anweisung modifiziert: die Anordnung

sehe lediglich vor, dass „für die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten die letzten drei Tage der Schulferien zur Verfügung stehen ... Eine Anweisung, diese Aufgaben ausschließlich an diesen Tagen zu verrichten, enthält das Schreiben ..nicht.“ Ähnlich auch die Sichtweise des angerufenen Gerichts: wenn keine Organisationsarbeiten anfallen, weil alles bereits vorbereitet ist, muss auch keiner in der Schule sein.

GATS-Aktionsbündnis startet Kampagne

Mit einer bundesweiten Postkartenaktion will das Aktionsbündnis auf die bevorstehenden Verhandlungen über das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement of Trade in Services) im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO aufmerksam machen. Die Initiative kritisiert, dass die Verhandlungen fast vollständig unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und fordert ein Moratorium. Die im GATS vorgesehene Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im Bereich der Grundversorgung wie Gesundheit, Wasser und Bildung führe da-

zu, dass eine angemessene Versorgung nur noch denen zur Verfügung stehe, die es sich leisten können. Dies sehe man schon heute in vielen Entwicklungsländern. Im Bündnis arbeiten neben studentischen, entwicklungspolitischen und kirchlichen Gruppen und Attac auch die Gewerkschaften GEW, ver.di und die DGB-Jugend mit. Der Berliner Landesvorsitzende Ulrich Thöne hob als Vertreter der GEW hervor, dass mit dem Aktionsbündnis ein Schulterschluss neuer Qualität zwischen Attac, Gewerkschaften, Studierenden und Nord-Südbewegung entstehe, der nicht zu übersehen sein werde.



Was, wenn ein Designfood-Konsum Krankheitsüberträger?

Zum Kita-Konflikt

Das Abgeordnetenhaus hat im Juni im Rahmen des Haushaltsentlastungsgesetzes (HEG) Personalkürzungen für die Kindertagesstätten der öffentlichen und freien Träger beschlossen, die zum 1. Januar 2003 in Kraft treten sollen. Verabschiedet worden ist ferner eine Änderung der Kita- und Tagespflegeverfahrensverordnung, die u.a.vorsieht, dass in jedem Bezirk mindestens 66 Prozent aller belegten Betreuungsplätze der Jugendhilfe von freien Trägern zur Verfügung gestellt werden und neue Einrichtungen nur noch von freien Träger betrieben werden sollen.

Für die GEW BERLIN ist dies nicht akzeptabel. Wir wollen die Rücknahme dieser Verschlechterungen und wir wollen die Absicherung der Trägerschaft der öffentlichen Kindertagesstätten. Inzwischen haben dazu eine Reihe von Sondierungsgesprächen mit Vertretern des Senates stattgefunden. Bei den so genannten Solidarpaktverhandlungen wird in der Arbeitsgruppe „Zukunft für Bildung – Schule und Kita“ der Kitakonflikt ebenfalls auf der Tagesordnung stehen. Außerdem hat die GEW BERLIN gemeinsam mit anderen Organisationen und Trägern aus dem Berliner Bündnis für Kinder als Erstunterzeichner einen Appell zur Rücknahme der Kürzungen für die Kindertageseinrichtungen öffentlicher und freier Träger an alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien gerichtet. Darüber hinaus werden aber auch Aktionen vorbereitet, falls auf dem Verhandlungsweg keine Lösungen gefunden werden.

Klaus Schroeder

Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe ab 2003 geplant

Ab Sommer 2003 soll beginnend mit der 11. Klasse die gymnasiale Oberstufe in doppelter Weise umgestaltet werden. Zum einen soll die Schulzeit verkürzt werden, indem das Abitur des jeweiligen 13. Jahrgangs mit dem 31. März abgeschlossen wird. Zum anderen soll für die Fächer Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache ein Zentralabitur sowohl in den Grund- wie in den Leistungsfächern eingeführt werden.

Die Verkürzung der Schulzeit soll durch eine leicht abgewandelte Übernahme der Mainzer Studienstufe erreicht werden. Geplant ist mit Beginn des elften Jahrgangs zwei Leistungskurse à 5 Stunden und 8 Grundkurse à 3 Stunden durchzuführen, in der Summe also 34 Stunden pro Woche. Bei erfolgreichem Bestehen der elften Klasse soll das zweite Halbjahr des elften Jahrgangs als erstes Kurssemester gerechnet werden. Ihm folgen die beiden Semester des 12. Jahrgangs. Das erste Halbjahr des 13. Jahrgangs wird zum vierten Semester. Sein Inhalt wird zum gleichwertigen Bestandteil der schriftlichen Abiturprüfung. Im Falle der Nichtvertretung nach der 11. Klasse muss diese wiederholt werden. Im 11., 12. und 13. Jahrgang müssen die Schüler jeweils 34 Stunden Unterricht pro Woche belegen. Da der 13. Jahrgang circa 2/3 eines Schuljahres umfasst, bedeutet dies eine Gesamtstundenzahl in der Oberstufe von 90 Wochenstunden, bisher bei drei vollen Jahren 88 Stunden.

Das schriftliche Abitur soll nach dem vierten Semester Ende Januar stattfinden, die mündlichen Prüfungen in der zweiten Märzhälfte. Dazwischen liegen die Winterferien sowie mitunter anteilige Osterferien. In einem Zeitraum von rund vier Wochen besuchen

die Schüler die Schule, während die Lehrer voll mit den Korrekturen belastet sind. Als Konsequenz soll für diese Zeit kein verbindlicher Lehrplan vorgeschrieben werden. Damit entstehen zwischen den Prüfungen Leerlaufzeiten.

Die Regelschulzeit für Abiturienten soll damit auf 12,5 Jahre verkürzt werden. Im Falle des Überspringens eines Jahrgangs sind 11,5 Jahre möglich. Dies ist auch das Zeitmaß der Expresszüge, die mit dem 5. Jahrgang im Gymnasium beginnen. Damit ist für die neue

Form der gymnasialen Oberstufe wie für die bisherige von einer nahezu identischen Gesamtstundenzahl der Schüler auszugehen, sie liegt etwas unter den oben genannten Zahlen. Da die Verweildauer in der Schule insgesamt deutlich verkürzt werden soll, muss die Erarbeitung des Stoffes verdichtet werden, will man das bisherige Niveau der schulischen Anforderungen halten. Zeitgleich mit diesem Umbau der gymnasialen Oberstufe soll in einigen Fächern das Abitur in Form von zentral

vorgegebenen Prüfungsaufgaben abgenommen werden. Dies hat in den genannten Fächern notwendigerweise Auswirkungen auf das Curriculum, welches vom ersten Tag an im Kurssystem geändert werden muss, da aller Unterricht in diesen Fächern im Kurssystem landesweit prüfungsrelevant wird.

Hans-Gerd Prause

Ausführlicher wird das Thema in der nächsten blz aufgegriffen. Erste Stellungnahmen auf dieser Seite und auf Seite 24

Die neue VOGO kommt bestimmt

Aus diesem Anlass haben sich Ende August KollegInnen aus den Fachgruppen und dem Landesvorstand zu einer Tagung getroffen, um zu der Schulzeitverkürzung und zum Zentralabitur in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch Position zu beziehen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass weder die Schulzeitverkürzung in Anlehnung an die Mainzer Studienstufe noch eine teilzentrale Abiturprüfung unannehmbar sind. Allerdings streben wir in einigen Punkten Veränderungen gegenüber den bisher bekannten Einzelheiten der neuen VOGO an.

Über einige grundlegende Bedingungen für Veränderungen in der Oberstufe verständigten wir uns schnell. Dazu gehört, dass SchülerInnen in der Regel ihre Schulzeit mit dem 18. Lebensjahr beendet haben sollen. Es gehört auch dazu, dass in Primar- und Sekundarstufe I Voraussetzungen hinsichtlich des Erwerbs sogenannter Schlüsselqualifikationen geschaffen werden müssen, damit die SchülerInnen fächerübergreifend problemorientiert und eigenverantwortlich

lernen und arbeiten können. Bildungsgänge sollten nach Kompetenzstufen individualisiert werden. Wenn dies geschieht, gibt es keine schärfere Auslese und keinen Niveauverlust. Eine längere Verweildauer bis zum Abitur für SchülerInnen, die diese brauchen, wird auch weiterhin möglich sein.

Bereits bestehende Bemühungen in der Berliner Schule um bessere Unterrichtsqualität (Methodentraining nach Klippert, stärkere Eigenverantwortung der Einzelschule usw.) müssen weiterhin unterstützt werden. Veränderungen in der gymnasialen Oberstufe dürfen in den genannten Bereichen nicht kontraproduktiv wirken. Der geplante Wegfall des zweiten Halbjahrs der Klasse 11 (es wird als erstes Halbjahr für die Gesamtqualifikation gerechnet) wird eher begrüßt. Die Erfahrung zeigt, dass es in Klasse 11 häufig zu einem Motivationsabfall bei den SchülerInnen kommt. Deshalb ist auch eine Verkürzung des Prüfungszeitraumes zu begrüßen.

Einfluss wollen wir auf den neuen 5. Prüfungsteil nehmen. Dieser sollte möglichst offen

gehalten werden, so dass auch eine Theateraufführung, Präsentationen verschiedener Projekte u. ä. eingebracht werden können.

Ein paar kurze Anmerkungen zu teilzentralen Prüfungen seien noch am Schluss gemacht: Uns schien es notwendig, den Anteil der zentralen Prüfungsaufgaben in ihrer Wertigkeit zu beschränken. Dann bliebe Raum für Prüfungsanteile aus dem Unterricht und eigene Schwerpunktsetzungen würden auch Bestandteil der schriftlichen Abiturprüfung. Darüber hinaus sollte das Verfahren zur Aufgabenstellung geöffnet werden, so dass LehrerInnen auch eigene Vorschläge einreichen können. Eine größere Anzahl von Themenalternativen ist in diesem Zusammenhang ebenfalls wünschenswert.

Im Ergebnis lehnen wir die geplanten Veränderungen nicht grundsätzlich ab, haben aber Veranlassung einzelne Aspekte ausführlicher zu diskutieren mit dem Ziel einer pädagogisch sinnvollen Ausgestaltung der Sekundarstufe II und der Abiturprüfung. *Carola Giesen*

ist Vorsitzende der Fachgruppe Gymnasien

Königsweg Ganztagschule

Mehr Ganztagschulen sollen her, heißt es jetzt als Reaktion auf PISA. Bundeskanzler Gerhard Schröder strebt bundesweit 10.000 neue Schulen dieser Form an, Berlins Bildungsminister Klaus Böhner hat als Ziel 30 neue Ganztagsgrundschulen bis 2006 genannt. Wie soll diese Ganztagschule aussehen? Thomas Isensee eröffnet mit seinem Beitrag über die Arbeitsbedingungen die Diskussion.

Um 1980 herum besuchte eine hochrangige Delegation der sozialdemokratischen spanischen Lehrgewerkschaft Berlin. Die KollegInnen wollten sich während des Übergangs von der Franco-Diktatur zur Demokratie über das deutsche Schulwesen informieren. Ein Detail des Besuchs werde ich nie vergessen: bei einem Blick auf den Stundenplan meiner Schule, der – je nach Wochentag – die Zeit von der ersten bis zur zehnten Stunde abdeckte, fragten sie: „Wo ist denn die Mittagspause?“, und auf die Auskunft hin, das gäbe es hier nicht, der mediterrane Kom-

mentar: „Ihr seid Barbaren, Ihr Deutsche!“

Die heimliche Ganztagschule

Unsere Schule geht zwar de facto über den ganzen Tag, von der Grundschule bis zum Abitur, aber de jure ist sie eine Halbtagschule. Und da Lehrpersonal aller Ebenen sich hierzulande gerne in der Rolle des Juristen gefällt, diskutiert man lieber die Rechtslage als die reale Situation und verschließt die Augen vor der Tatsache, dass sich die schulische Wirklichkeit – nicht zuletzt auch auf unser Betreiben hin – längst verändert hat

und Schule mehr geworden ist als eine Anhäufung von 45-Minuten-Einheiten zwischen 8 und 13.20 Uhr. Wir haben also eine Halbtagschule mit Ganztagsbetrieb, einen faulen Kompromiss zwischen der deutschen Leitkultur des Strukturkonservatismus und den realen pädagogischen Anforderungen. An vielen Schulen hat man sich in Eigeninitiative Erleichterung geschaffen: freiwillige Arbeit von Müttern, unterbezahlte Hilfskräfte, gutwillige Hausmeister haben Cafés und andere Initiativen entstehen lassen. So schützt die Mehrarbeit gering Verdienender den Staatsapparat und die dort entrückt an der Bürokratenlyrik der AV's arbeitenden Großverdiener vor Mehrkosten materieller und intellektueller Art. Merkwürdigerweise nimmt kaum jemand Anstoß an dem mit diesem System verbundenen verschwenderischen Umgang mit Gesundheit und Arbeitszeit sowohl von Lehr-



Nadia Madany Mamoulou und Oliver Ibrahim (beide 18) besuchen die Oberstufe der Martin-Buber-Gesamtschule in Spandau, eine Halbtagschule.

Ich möchte Kinder, aber auch Studium und Beruf



blz: Wie sieht euer schulischer Tagesablauf aus?

Oliver: Ich habe 33 Stunden pro Woche. Durch geschickten Tausch von Kursen habe ich die Zahl der Freistunden mit etwas Glück von 5 auf 1 reduziert. So habe ich an zwei Tagen von der 1. bis zur 8. Stunde, und zweimal bis zur 7.

Nadia: Ich hatte letztes Jahr 5 Freistunden. Dieses Jahr habe ich nur 27 Stunden – ich konnte etwas abwählen – , aber die verteilen sich sehr unterschiedlich: 1.- 8., 1. – 7., oder 4.- 9. Stunde...

Der Schultag ist manchmal ganz schön lang – wie geht ihr damit um?

Nadia: Wenn man intensiv mitarbeiten will, dann wird es hart...

Oliver: Besonders die Pausen sind dann zu kurz; sie reichen nicht einmal zum Essen aus. Bis man in der Cafeteria drin gekommen ist, ist die Pause vorbei. Immerhin haben wir ein Café, das die Eltern betreiben.

Nadia: Das ist ein großer Vorteil bei uns. Anderswo gibt es nur ein paar Stühle und einen Getränkeautomaten. Das reicht nicht aus, wenn man nicht frühstücken kann morgens. Mit leerem Magen ist schlecht zu arbeiten.

Oliver: Die Freistunden konnte ich nie zum Arbeiten nutzen. Das war verlorene Zeit, was Lernen angeht. Darauf konnte ich mich nicht konzentrieren.

Nadia: Ich habe schon viel gearbeitet in meinen Freistunden letztes Jahr, aber schwierig war es mit der Konzentration. Wo sitzen, wo Ruhe finden....

Oliver: Wenn die Bibliothek offen ist, sind da auch jüngere Schüler, und dann ist die Ruhe hin. Es gibt da aber sowieso zu wenig Platz und zu wenig Zeit.

Nadia und Oliver: Und die Toiletten – eklig und viel zu klein gebaut. Wenn man länger an der Schule ist, wird das zum Problem.

Was würdet ihr denn für euch fordern?

Oliver: Eine Bibliothek, in der man in Ruhe arbeiten kann, Internet-Zugang und Kopiermöglichkeiten, ohne dass man sich eine Genehmigung holen muss...

Nadia: Na ja, Internet – da müsste der Unterricht auch auf Arbeit am Computer ausgerichtet sein, sonst nutzt das nicht so viel. Aber ein ruhiger Aufenthaltsraum wäre schon wichtig. Und in der Bibliothek müsste dann

auch das vorhanden sein, was man braucht.

Also eine gut ausgestattete Ganztagschule?

Oliver: Ob das die Rettung für uns Schüler ist ... Ich fürchte mich vor dem Zwang, länger in der Schule bleiben zu müssen...

Nadia: Das geht mir auch so mit der Aufenthaltsdauer in der Schule. Aber Schüler, die zu Hause nicht die Möglichkeiten haben, brauchen den Rückhalt der Schule und eine qualifizierte Betreuung.

Oliver: Das müsste aber eher eine offene Ganztagschule sein, ohne Zwang...

Nadia: Flexibel und den individuellen Bedürfnissen angepasst. Da stimme ich Oliver zu. Darf ich noch etwas ganz Grundsätzliches dazu sagen?

Ja, klar!

Nadia: Ich mache mir Gedanken über meine Zukunft: ich möchte viele Kinder haben, aber ich möchte auch studieren und im Beruf stehen, meine Qualifikation nicht verlieren. Ich weiß, wie schwierig das für meine Eltern zu realisieren war. Mit einer Ganztagschule wäre das leichter.

Oliver: Das ist schon richtig. Ich möchte auch später eine Frau haben, die im Leben steht!

kräften als auch von Kindern und Jugendlichen:

- Lehrkräfte haben in der Regel keinen auch nur notdürftig ausgestatteten Arbeitsplatz an der Schule, keinen Aufenthalts- und Ruheraum. Man kann froh sein, wenn man einen Haken für seinen Mantel findet.
- Schülerinnen und Schüler haben das erst recht nicht; vor allem fehlt jede Möglichkeit für selbstständige Arbeit, Bibliothek und EDV-Möglichkeiten.
- Über Essen und Trinken brauchen wir hier nicht erst zu reden.
- Für Gespräche und Kooperation gibt es keine Zeitschiene.

Da kann es nicht verwundern, wenn jeder den ungastlichen Ort Schule schon deshalb rasch verlassen möchte, weil er dort nicht einmal die simpelste schulische Arbeit erledigen kann. Wir kennen alle die erbitterten Positionskämpfe an Schulen um den Stundenplan mit der kürzesten Verweildauer, d.h. den wenigsten Springstunden. Die Beschäftigten bei Klempnermeister Kowalke und ihre Gewerkschaft würden sich so etwas kaum bieten lassen. Lehrlingen hilft das Jugendarbeitsschutzgesetz. LehrerInnen lassen es sich vermutlich bieten, weil bisher jeder individuell seine Überlebensnische finden und hoffen konnte, bei der Stundenplanlotterie im nächsten Schuljahr das große Los mit freien Tagen und wenig Springstunden zu ziehen.

PISA als neuer Schub für eine alte Forderung

Nachdem sich in der etablierten Politik an das zergliederte Schulsystem keiner herantraut hat, jetzt aber wegen der Ergebnisse von PISA Handlungsbedarf besteht, hat man sich auf die Ganztagschule als Königsweg verständigt. Damit verschwinden die individuellen Überlebensnischen. Verbindlichkeit tritt ein, die Lehrerarbeit und ihre zeitliche Rhythmisierung wird grundlegend verändert, die Verweildauer jedes Einzelnen an der Schule wird sich erhöhen. Man darf als Begleitmusik dazu einen moralinsauren populistischen Diskurs erwarten mit dem Tenor, dass es den alten und jungen Faulenzern an der Schule und ihren Privilegien jetzt endlich an den Kragen geht. Die Position der GEW ist eindeu-



Arbeit und Kinder sind nur was für Akrobaten

Welche Schule brauchen wir? Die blz fragte Gülseren Pekman (34), Mutter von drei Söhnen (12, 14, 16) und von Beruf Hebamme.

blz: Könntest du in deinem Beruf arbeiten, wenn deine Kindern noch im Grundschulalter wären?

Nein, als Alleinerziehende jedenfalls nicht. Früh- und Spätdienste im Krankenhaus sind mit den Hortöffnungszeiten nicht zu vereinbaren.

Wie ist das, wenn man nicht diese extreme Form der Schichtarbeit hat? Geht es dann?

Das ist schon schwierig genug. Obwohl ich alleinerziehend war und damit die Dringlichkeitsstufe 1 hatte, verweigerte man mir Kitaplätze, da ich ja Haus-

frau war. Es war eine große Herausforderung, überhaupt erst mal eine Unterbringung für die drei Jungs zu organisieren. Da half nur penetrantes wöchentliches Auftreten bei der Kitaleitung: Als diese Hürde überwunden war, musste der Alltag organisiert werden. In der Grundschule haben die Kleinen früh Schulschluss, es fallen extrem viele Stunden aus und das gilt es alles aufzufangen. Ich wollte bereits als junges Mädchen Hebamme werden, was aber gar nicht durchführbar war mit drei Kleinkindern. So holte ich erst mal das Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg nach, arbeitete halbtags und erst als die Kinder größer und somit selbstständiger waren, konnte ich mir meinem Wunsch erfüllen.

Und wie hast du das alles schließlich geschafft?

Da hilft nur private Organisation. Kinderbetreuung durch „Telefonieren“ ist da eine wichtige Technik. Durchzuhalten ist das aber nur mit Freunden, Unterstützung durch die Familie, einem gut funktionierenden sozialen Umfeld. An der Grundschule unterstützen sich die Eltern noch eher gegenseitig, da man sich persönlich kennt. Aber das Wichtigste sind die hohen Anforderungen an die Kinder selbst, die tägliche Disziplin, die von ihnen verlangt wird. Die Kinder müssen im Haushalt mit anpacken. Wir haben einen Haushaltsplan, der eingehalten werden muss und auch wird. Das ist eine enorme Leistung der Kinder, die leider oft vom Lehrpersonal nicht honoriert wird.

tig: neue Formen des Lernens, individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen, Ausgleich sozialer Benachteiligung erfordern eine Schule als Lern- und Lebensort, ein „Haus des Lernens“, wie er eigentlich nur an einer Ganztagschule entwickelt werden kann. Wollen wir uns für Ausbildung, Berufstätigkeit und eine freie Lebensgestaltung von Müttern einsetzen, müssen wir um so konsequenter für die Ganztagschule eintreten.

Ganztagschule nicht zum Nulltarif

Es wird also um das „wie“ gehen, um die Frage, unter welchen Bedingungen an einer Ganztagschule gearbeitet werden soll und wie die neuen Aufgaben und Belastungen nicht nur irgendwie bewältigt werden, sondern pädagogisch etwas bewirken können. Es wird um Arbeitsplätze, Ausgestaltung von Gebäuden und Räumen, technische Ausstattung, Ar-

beitszeitmodelle und Präsenzzeiten, Stellen für Lehrer und Sozialpädagogen sowie pädagogische Konzepte im Detail gehen. Es wird höchste Zeit, dass wir an den Schulen Forderungen erheben, gemeinsam mit SchülerInnen und Eltern. Massive Unterstützung vor Ort für unsere Forderungen wird nötig sein, wenn angesichts der Finanzlage der Appell an die protestantische Arbeits- und Opferethik – alle tun etwas mehr, um das große Werk zu realisieren – die nüchterne ergebnisorientierte Überlegung ersetzt, dass man investieren muss, wenn man Erfolg haben will. Lasst uns nicht den Kopf unter die Decke stecken, sondern rasch beginnen, damit wir das berühmte „Haus des Lernens“ nicht am Ende nach veralteten Plänen in Freizeitschichten und mit selbstgekauftem Material errichten müssen.

*Thomas Isensee
ist Leiter des Referates Bildungspolitik*





Schwerpunkt: Hochschule

Die Beiträge dieses Schwerpunkts umkreisen diesmal eher eng die Probleme mit den Beschäftigungsverhältnissen im Hochschulbereich:

Mit den Befristungsregelungen und der Juniorprofessur des geänderten Hochschulrahmengesetzes beschäftigt sich Martin Kirsch, der deutlich auf die immer noch bestehenden Widersprüche und Unzulänglichkeiten hinweist.

Heidi Degethoff de Campos befasst sich mit dem Instrument der Zielvereinbarungen in den jüngsten Hochschulverträgen und deren positiven Auswirkungen auf die Gleichstellungspolitik. Sie weist insbesondere auf eine Broschüre hin, die das Thema umfassend erläutert.

Auf den Zusammenhang zwischen der Kürzungspolitik des Senats und der Hochschulen sowie dem Tarifvertrag, dem Tutorenmodell und der Studienreform geht Ansgar Warner ein.

Dass die mit Hilfe auch der GEW erreichten Verbesserungen für die Lehrbeauftragten vor allem auf dem Papier stehen, die Situation aber nicht nachhaltig geändert haben, stellt David Bowskill fest, der dringenden Handlungsbedarf bei den Hochschulen sieht.

Insgesamt bekommen die LeserInnen nach unserer Meinung einen runden Überblick über die Probleme der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen, wenn auch auf vielen weiteren Gebieten noch einiges zu sagen wäre. Aber alles auf einmal geht nun mal nicht ...



Folker Schmidt

Die Hochschulreform darf halbem Wege stehen

Darf man in Zeiten des finanziellen Haushaltsnotstandes noch träumen? – wirkt doch ein Slogan der 1970/80er Jahre wie „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zu kämpfen!“ heutzutage mächtig altbacken und wie aus einem fernen Jahrhundert. Auch wenn einem heute also ein derartiger utopischer Anspruch kaum mehr über die Lippen kommt, so müssen wir doch die langfristige Perspektive in Erinnerung rufen: Wie kann und soll es mit der Reform der Hochschulen weiter gehen? Zuerst muss deshalb kurz resümiert werden, was uns Frau Bulmahn in den letzten vier Jahren beschert hat, um anschließend zu schauen, welche Aufgaben noch vor uns liegen.

Das Ziel der Hochschulreform, mit Hilfe der Einführung von Juniorprofessuren den wissenschaftlichen Nachwuchs schneller in eine unabhängige Position in der Wissenschaft zu bringen und zugleich den zünftiger Tradition entspringenden Initiationsritus Habilitation abzuschaffen, ist auf jeden Fall lobenswert. Diese Anpassung Deutschlands an den internationalen Standard führender Wissenschaftsländer wie den USA, Frankreich oder Großbritannien war längst überfällig. Ein Ärgernis bleibt es, dass die Bundesministerin nur unter massivem Druck be-

reit war, Übergangsregelungen nur für einige Bereiche zu schaffen, so dass sich etwa bei der Bewerbung um die jetzt ausgeschriebenen Juniorprofessuren eine große Gruppe hochqualifizierter Nachwuchswissenschaftler nicht bewerben kann, da deren Promotion mehr als fünf Jahre zurückliegt. Auch die politische Chance, die Reform mit Hilfe des Mittelbaus in die Hochschulen zu tragen, wurde dadurch sträflich vertan. So bleibt nur die Hoffnung, dass es den Gewerkschaften in Zusammenspiel mit den Hochschulen gelingt, bei der Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes in Landesrecht oder vor den Gerichten diesen verfassungswidrigen Eingriff in die Berufsfreiheit der Nachwuchswissenschaftler nach Art. 12 Grundgesetz zu verhindern (siehe dazu die Stellungnahme von GEW Berlin und ver.di zum Entwurf der 8. Novelle des Berliner Hochschulgesetzes).

Gegner der Reform an den Hochschulen und in den politischen Parteien argumentieren immer gerne, dass einerseits die Abschaffung der Habilitation zu einem Qualitätsverlust der Forschungsleistungen an den Universitäten führe, und andererseits eine frühere und umfassendere Einführung von unbefristeten Stellen für Post-Docs die für gute For-

schung nötige Konkurrenz behindere. Aber bescherte uns bislang denn die Habilitation und die umfangreiche Fristbeschäftigung die „Besten“? Jeder, der an der Universität mit wachen Augen umhergeht, wird folgende dem Prinzip der Bestenauslese vollkommen widersprechenden Effekte der Habilitation und von fehlenden Dauerstellen im Mittelbau nicht bestreiten können:

1) Die Habilitation ist frauendiskriminierend, denn will eine Frau nicht auf Kinder verzichten, kann sie sich in den entscheidenden Jahren zwischen Promotion und

nicht Qualifikationsmerkmal für eine Professur ist (oder wie in Frankreich aufgrund der thematischen Nähe zur Doktorarbeit einen anderen Charakter trägt), wird der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bedeutend erschwert. Das lässt sich nicht nur an dem geringen Ausländeranteil unter den Hochschullehrern Deutschlands von unter 5 Prozent ablesen, sondern auch an dem zunehmenden Unmut bei französischen und englischen Kollegen, die sich über die wachsende Konkurrenz von deutschen Wissenschaftlern in Frankreich oder Großbritannien beschweren, ohne dass sie umgekehrt eine Stelle in Deutschland erhalten können. Im Kampf um die besten internationalen Köpfe behindert sich das deutsche System also selbst, und man kann nur hoffen, dass der Europäische Gerichtshof einmal einer entsprechenden Klage eines benachteiligten ausländischen Bewerbers wegen Verstoß gegen den Freizügigkeitsgrundsatz stattgibt und damit den Weg freimacht, Deutschlands Hochschulmarkt zu internationalisieren.

Die Lösung für diese drei Missstände des deutschen Hochschulsystems ist an sich recht einfach: Die Entscheidung, Wissenschaft dauerhaft als Beruf betreiben zu

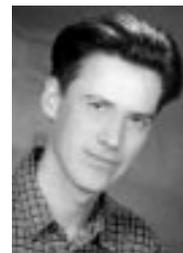
Schlüssel für eine hohen Leistungsstandard in der Wissenschaft liegt. Man muss sogar sagen: im Gegenteil! Wenn nach der Promotion mit Hilfe von Juniorprofessur (mit tenure-track) und deutlich mehr Dauerstellen im Mittelbau die Möglichkeit besteht, eine wissenschaftliche Karriere auch zu planen und nicht im Alter von Anfang 40 möglicherweise vor dem Nichts zu stehen, wird man mehr Frauen und Ausländer für die leitenden Positionen in der Wissenschaft gewinnen können, auch die soziale Diskriminierung wird damit gemindert.

Voraussetzung ist dafür zweierlei: 1) Die Berufung auf Post-Doc-Dauerstellen und Juniorprofessuren muss professionell mit Hilfe von bundesweiten bzw. internationalen Ausschreibungen erfolgen, wobei der Berufungskommission möglichst ein Externer angehören sollte, um so eine echte Konkurrenz um die Stellen zu ermöglichen. 2) Bund und Länder müssen bereit sein, auch in den nächsten Jahren mehr Geld in die Hochschulen zu investieren, um mehr Dauerstellen zu schaffen, und zwar nicht nur aus dem bisherigen Stellenpool der 15.000 C 1- bzw. 4.000 C 2-Planstellen, sondern generell.

Für diese langfristigen Investitionen spricht nicht nur, dass es – wie aus der PISA-Studie indirekt wieder deutlich wurde – in Deutschland nicht nur zu wenige Abiturienten gibt, sondern im internationalen Vergleich pro Jahrgang auch zu wenig Studierende. Soll im Rahmen des Umbaus der Dienstleistungsgesellschaft der Anschluss an die internationale Wissenschaft nicht verpasst werden, bedarf es in den nächsten Jahren eines deutlichen Ausbaus der Hochschulen und der Schaffung von vernünftigen Bedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Alles nur ein Traum? Wir können nur hoffen und uns dafür engagieren, dass sich die Vernunft durchsetzt (auch wenn es sich hierbei zugegebenermaßen um eine Geisteshaltung aus der Zeit des späten 18. Jahrhunderts handelt), damit die zweite Hälfte der Hochschulreform nicht liegen gelassen wird.

Martin Kirsch



Martin Kirsch

ist wiss. Mitarbeiter an der HU Berlin und Mitglied des Vorstands der Abteilung Wissenschaft

nicht auf bleiben

Habilitation häufig nicht so geschickt mit Hilfe von Publikationen und Kontakten positionieren wie ihre männlichen Konkurrenten, was nach wie vor deutlich am geringen Anteil der Frauen von unter 11 Prozent aller C3- und C4-Professuren ablesbar ist.

2) Die Habilitation ist sozial diskriminierend, denn selbst wenn es den Nachwuchs-Wissenschaftle-

**„DIE ENTSCHEIDUNG, WISSENSCHAFT DAUERHAFT ALS BERUF
BETREIBEN ZU KÖNNEN, MUSS WIE IN DEN USA NACH DER
PROMOTION IM ALTER VON 30 JAHREN FALLEN“**

rInnen gelingt, sich auf einer befristeten Stelle zu habilitieren, entsteht in den allermeisten Fällen eine mehrjährige Wartezeit als unbezahlte PrivatdozentIn, die sich nur diejenigen leisten können, die über Vermögen oder Familie finanziell abgesichert sind. Eine nicht unerhebliche Zahl von hochbegabten und hochqualifizierten Personen geht der Wissenschaft jedes Jahr dadurch verloren, dass sie über eine derartige soziale Absicherung nicht verfügen und deshalb frühzeitig einen anderen Berufsweg einschlagen. 3) Die Habilitation ist ausländerdiskriminierend, denn da sie in den allermeisten Ländern Europas

können, muss wie in den USA nach der Promotion im Alter von ca. 30 Jahren fallen. Dafür bedarf es nicht nur der Juniorprofessur, sondern einer grundsätzlichen Abkehr von den vielen befristeten Stellen im Mittelbau in Deutschland – im europäischen Vergleich hat Deutschland zusammen mit Portugal und Finnland den geringsten Anteil von Dauerstellen für Akademiker im Hochschulbereich (ca. 40-50 Prozent), während er in Großbritannien oder Frankreich deutlich höher liegt (ca. 60-70 bzw. 80 Prozent). Dieser im internationalen Vergleich hohe Anteil an befristeten Stellen in Deutschland zeigt, dass hier nicht der

Weiterführende Hinweise:

J. Enders, *Academic Staff in the European Union*, in: ders. (Hg.), *Employment and Working Conditions of Academic Staff in Europe*, Frankfurt 2000 (=GEW, Materialien u. Dok. Hochschule u. Forschung, 99), S. 29-53)

Stellungnahme von GEW Berlin und ver.di zum Entwurf der 8. Novelle des Berliner Hochschulgesetzes unter: www.gew-berlin.de/uni.htm

www.wissenschaftlicher-nachwuchs.de, WN-News Nr. 6 (23. August 2002)

Zielvereinbarungen – ein neues Steuerungsi

Zielvereinbarungen sind ein relativ neues Instrument in der Steuerung von Hochschulen, entwickelt im Zusammenhang der politischen Diskussion um stärkere Hochschulautonomie und der daraus resultierenden neuen Rolle des Staates als Gesetz- und Zuwendungsgeber bzw. als Rechts- und/oder Fachaufsicht.

Betrag leistungsorientiert an die Hochschulen vergeben werden sollte. Im Rahmen des Nachdenkens über die Leistung „Gleichstellung von Frauen und Männern“ wurde nach dem Erfolg des Instruments Zielvereinbarungen gefragt und die Lücke entdeckt, die in der



Erfüllung der Hochschulverträge an dieser Stelle klappte.

In dieser Debatte ging es u.a. darum, in welcher Weise der Staat, wenn er sich aus der input-orientierten Detailsteuerung der Hochschulen zurückzieht, dennoch Einfluss haben kann auf die Erfüllung der Aufgaben, die den Hochschulen übertragen wurden. Gemessen werden sollte nunmehr die Leistung der Hochschulen in einem mehrschichtigen Output-Verfahren: der leistungsorientierten Mittelvergabe.

Zielvereinbarungen sind eines der Instrumente in diesem Verfahren und insofern ein interessantes, als sie den Charakter eines Vertrages haben, bei dem die eine Seite (Hochschule) ein gemeinsam im vorhinein bestimmtes Ziel in einem gesetzten Zeitraum zu erreichen sucht und dafür von der anderen Seite (Staat) im Erfolgsfall eine ebenfalls vereinbarte Belohnung erhält, bzw. gezwungen ist, das Ziel bzw. die gewählte Maßnahme zu überprüfen und ggf. zu ändern. Innerhalb einer Hochschule haben Zielvereinbarungen einen Doppelcharakter, indem sie sowohl als Steuerungsinstrument als auch als Anreiz- oder Informationsinstrument fungieren und darüber hinaus die Möglichkeit bieten, strategische Ziele der Hochschule zu operationalisieren.

Als Frauenbeauftragte erschien es uns sinnvoll, dieses Instrument auch für die Förderung von Frau-

en in der Wissenschaft nutzbar zu machen, sie zu einer gewöhnlichen Aufgabe der Universitäten zu machen und sie damit aus dem Nimbus der zusätzlichen bzw. Sonderaufgabe zu befreien. Schon 1998 war es gelungen, in die Ergänzungsverträge zu den Hochschulverträgen konkrete Aufgaben aufzunehmen, nach denen die Hochschulen verpflichtet waren, Zielvereinbarungen unter der Beteiligung der Frauenbeauftragten zu folgenden Aufgaben abzuschließen:

- Erhöhung des Anteils der Professorinnen
- Verstärkte Berücksichtigung von Wissenschaftlerinnen bei der Vergabe von Lehraufträgen, Gastprofessuren/-dozenturen
- Sicherstellung der vertretungsweisen Wahrnehmung der Aufgaben von Frauen während des Mutterschutzes und eines Elternteils während des Erziehungsurlaubs
- Kinderbetreuung für die Hochschulangehörigen

Damit war zwar die politische Entscheidung auf der Ebene zwischen Staat und Hochschule gefällt, die Umsetzung innerhalb der Hochschulen kam jedoch nur schleppend voran, wobei für die zahlenmäßige Steigerung des Anteils von Frauen auch andere Instrumente wie die indikatorgesteuerte leistungorientierte Mittelzuweisung wirksam werden können. Für eher qualitative Ziele eignet sich dieses Instrument weniger.

Die Diskussion um Zielvereinbarungen lebte im Zusammenhang mit dem Abschluss der Hochschulverträge für die Jahre 2003 bis 2005 wieder auf, weil darin zum ersten Mal ein bestimmter

Mit dem Regierungswechsel im Juni 2001 gewannen nicht nur die Hochschulverträge als Instrument der Sicherung der Hochschulfinanzierung im Land Berlin an Bedeutung, sondern auch die Förderung von Frauen in Forschung und Lehre. Die Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur bot ihre Unterstützung bei der Umsetzung der Verträge an und schlug eine Vermittlung zwischen Hochschulleitungen und Frauenbeauftragten vor. Aus dieser Idee entstand eine bis dahin einmalige Veranstaltung, auf der auf Einladung der beiden Senatorinnen für Wissenschaft und für Frauen die Leitungen der Universitäten an einem Tisch mit den Frauenbeauftragten saßen und über sinnvolle gleichstellungspolitische Strategien diskutierten. Es stellte sich in dieser Debatte heraus, dass das Instrument Zielvereinbarungen sehr unterschiedlich definiert und sein Gebrauch sehr skeptisch bewertet wurde. In dieser Situation entstand eine Arbeitsgruppe aus Frauenbeauftragten, Planern und Controllern, geleitet von der Senatsverwaltung für Frauen, begleitet von der Senatsverwaltung für Wissenschaft und inhaltlich vorangetrieben von einer jungen Wissenschaftlerin, die die Gruppe mit Theorien, Empfehlungen und Erfahrungen aus anderen Bundesländern und Beispielen aus der Berliner Diskussion versorgte.

Auf dieser Grundlage ist eine Broschüre entstanden, die sich in ihrem ersten Teil damit auseinandersetzt, den Charakter von Zielvereinbarungen zu erläutern, und zwar indem



ALLE MANN IN DIE RETTUNGSBOOTE!! FRAUEN BEI GLEICHER QUALIFIKATION ZUERST!!!

Kunze

Instrument in der Gleichstellungspolitik

nach Definition, Systematik und Wirksamkeit gefragt wird und indem Zielvereinbarungen ins Verhältnis zu anderen Steuerungsinstrumenten gesetzt werden. In einem zweiten Schritt wird Gleichstellung als Zielsetzung der Hochschulentwicklung beschrieben und von dort aus methodisch die Gleichstellung in Zielvereinbarungen ausgelotet. Beispiele, die

über die Möglichkeiten der Personalentwicklung und -beschaffung, Karriereplanung, Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienverantwortung etc. Auskunft geben, vervollständigen das Kapitel. Unter dem Aspekt, dass Frauenförderung, so sie denn zu den Leistungen einer Hochschule zählt, sich auch dem Controlling zu unterziehen hat, sind die verschiede-

nen Ebenen in einem weiteren Kapitel beschrieben. Den Abschluß bildet ein Literaturverzeichnis, das nicht nur als Quellenbeleg für die Broschüre gedacht ist, sondern auch als weiterführende bzw. vertiefende Anregung. Die Broschüre kann bei den Frauenbeauftragten der Berliner Universitäten bestellt werden.

Heidi Degethoff de Campos



Heidi Degethoff de Campos ist Frauenbeauftragte an der TU Berlin und stellvertretende Vorsitzende der Abteilung Wissenschaft

Von PISA nach Waterloo?

Wer Berlin für den internationalen Hochschul-Vergleich fit machen will, darf den Zusammenhang von Tutorenmodell, Tarifvertrag und Studienreform nicht aus den Augen verlieren.

Kaum ist der Schock der PISA-Studie verarbeitet, da mehren sich bereits die Forderungen nach einer vergleichbaren Untersuchung auf Hochschulebene. Wie würden wohl die deutschen Studierenden im internationalen Vergleich abschneiden? Nicht nur die jahrzehntelange Vernachlässigung der didaktischen Qualifizierung von HochschullehrerInnen nährt erhebliche Zweifel daran, dass die Alma mater so leicht die Scharte der ersten PISA-Studie auswetzen könnte... Bei aller berechtigten Kritik an der Unterrichtsqualität bundesdeutscher Schulen: die Lern- und Arbeitsbedingungen an den Universitäten stagnieren seit den siebziger Jahren vielerorts auf weitaus niedrigerem Niveau. Und auch die aktuellen oder geplanten Ansätze zur Studienreform haben diesen Namen in qualitativer Hinsicht eigentlich kaum verdient.

Erhöht worden ist bisher vor allen Dingen der Druck auf die Studierenden, schneller zu studieren. Auch die Modularisierung von Studiengängen im Rahmen der Einführung von Bachelor/Master-Abschlüssen ändert an diesem Sachverhalt wenig. Statt einer wirkli-

chen Curriculumreform wird das bisherige Lehrangebot neu verpackt – doch Inhalt und Akteure bleiben die selben. Auch neue Steuerungselemente wie Hochschulverträge und Zielvereinbarungen, die grundsätzlich sicherlich Veränderungen der verkrusteten Strukturen bewirken können, orientieren sich viel zu stark an Output-Kriterien.

Doch die Betroffenen finden bei der Definition von Steuerungszielen im Rahmen der Strukturreform kaum Gehör. Die Verbesserung der inhaltlichen Qualität von Lehrveranstaltungen und vor allen Dingen die Verbesserung didaktischer Fähigkeiten des Lehrpersonals bleiben – wie gewohnt – außen vor. Und, schlimmer noch: bestehende Reformansätze werden zurückgedrängt. Die Freie Universität Berlin zum Beispiel besaß seit über einem Jahrzehnt mit ihrem fachbezogenen Tutorenmodell und dem fächerübergreifenden Projektstudienprogramm einen hervorragenden Ausgangspunkt, um die Studierenden an selbstständiges und eigenverantwortliches Lernen heranzuführen. Doch dieser Ansatz wurde nie in Richtung einer konsequenten Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses weiterverfolgt, etwa durch begleitende methodische und didaktische Betreuung. Dazu kam die Weigerung, die pädagogisch wertvolle Tutorentätigkeit als eigenständige Studienleistung anzuerkennen. Dies scheint immerhin nun im Rahmen der Modularisierung von Studiengängen realisiert werden zu können.

Doch bleibt festzuhalten, dass stärker als der propädeutische Effekt bisher in vielen Fächern die verhältnismäßig kostengünstige Aufrechterhaltung des Lehrangebotes im Vordergrund stand. Und auch der Vorschlag des prominenten FU-Politologen Peter Grottian, jeder solle doch mal für ein Semester Tutor/Tutorin sein können – natürlich ohne Bezahlung – ist aus den Köpfen immer noch nicht heraus. Schon allein aufgrund der Tatsache, dass die überwiegende Mehrzahl der Studierenden durch bezahlte Arbeit ihr Studium voll-

„DAS BERLINER TUTORENMODELL, DER TARIFVERTRAG UND EINE INHALTLICHE STUDIENREFORM SIND NICHT VONEINANDER ZU TRENNEN.“

oder teilfinanzieren muss, war dieser Vorschlag nicht nur nicht sachdienlich, sondern grenzte schon fast an Zynismus. Doch zeigt das „Grottian-Modell“, in welche Richtung es geht. Das Projektstudienmodell der Freien Universität wurde inzwischen ganz eingestellt, den übrigen Tutoren aller Berliner Hochschulen drohen bei der Neuaushandlung des Tarifvertrages für studentische Beschäftigte erhebliche Verschlechterungen der Rahmenbedingungen. Die bisherige Mindestlaufzeit der Verträge von zwei Jahren und die Höhe der Vergütungen helfen gerade Studierenden in der Abschlussphase, ihr Studium zu Ende führen zu können. →

Die Lehrbeauftragten und die leeren Kassen



David Bowskill arbeitet am Sprachenzentrum der HU Berlin und ist stellvertretender Vorsitzender der Abteilung Wissenschaft

Im April dieses Jahres wurden die Honorare für Lehrbeauftragte an Universitäten und Fachhochschulen zum ersten Mal seit 15 Jahren erhöht. Die Senatsverwaltung hat jedoch keine zusätzlichen Mittel zur Finanzierung dieser Erhöhung zur Verfügung gestellt. Hat diese Erhöhung die Situation der Lehrbeauftragten verbessert?

Einerseits können die Honorare jetzt auf Antrag monatlich ausbezahlt werden (eine wesentliche Verbesserung für viele Lehrbeauftragten). Andererseits konnte eine Beteiligung des Auftraggebers (Hochschule) an den Sozialversicherungskosten leider noch nicht durchgesetzt werden. Die Tätigkeit als Lehrbeauftragte bleibt ungesichert (da die Aufträge in jedem Semester neu vergeben werden) und ohne ein soziales Netz.

Nach der Lehrauftragsverordnung bilden die Lehrbeauftragten drei Gruppen. Die erste Gruppe nimmt Lehraufgaben wie Lehrkräfte für besondere Aufgaben (z.B. Fremdsprachenunterricht) wahr. Diese Gruppe erhält seit April 21,40 Euro (41,90 DM) je Lehrveranstaltungsstunde (einschließlich Vor- und Nachbereitung). Vorher erhielt sie 32,20 DM. Für diese Gruppe war die Erhöhung zwingend. Die zweite Gruppe nimmt Lehraufgaben wie ProfessorInnen wahr. Dies gilt auch für die dritte Gruppe, mit der zusätzlichen Vorgabe, dass der/die Lehrbeauftragte habilitiert sein muss, oder dass die Lehrveranstaltung von besonderer Bedeutung bzw. besonderer

Belastung sein muss. Die zweite und dritte Gruppe wird nach wie vor nach einer „bis zu“-Regelung bezahlt: früher 55,20 DM (2. Gruppe)/78,20 (3. Gruppe); seit April 36,70 Euro (71,80 DM) bzw. 52,00 Euro (101,70 DM).

Die Hochschulen sind mit der Erhöhung unterschiedlich umgegangen. Am Sprachlabor der FU mussten die Lehraufträge in etwa um ein Drittel reduziert werden, an der ZE moderne Sprachen der TU konnte die Finanzierung durch die Umschichtung von Mitteln aus anderen Töpfen gewährleistet werden. Am Sprachenzentrum der HU sind Entgelte für Sprachkurse unabhängig von der Erhöhung der Honorare eingeführt worden. Seit April müssen Studierende 5 Euro pro Semesterwochenstunde für ihren Sprachunterricht zahlen. Die meisten Studierenden belegen Kurse mit 2 bzw. 4 Semesterwochenstunden (SWS) und zahlen daher 10 bis 20 Euro je Semester (Studierende anderer Hochschulen sowie Gasthörer müssen 15 Euro je SWS bezahlen). Bafög-Empfänger (nur HU) werden von der Entgeltzahlung befreit. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist die Einführung von Entgelten für eine Schlüsselqualifikation wie Fremdsprachenkompetenz nicht zu begrüßen. Man darf jedoch nicht die Tatsache verkennen, dass 64 zusätzliche Lehraufträge erteilt wurden, und dass das Sprachenzentrum 1217 zusätzliche Studierenden aufnehmen konnte – eine Kapazitätserhöhung von ungefähr 33 Prozent.

Grundsatz des Berufsbeamtentums



Es war leider nicht möglich, ein fakultätsübergreifendes Bild der Situation der Lehrbeauftragten an allen Universitäten zu gewinnen, da die Fakultäten die Mittel dezentral verwalten. An einer Fakultät an der HU wurde die Erhöhung für die zweite Gruppe im vollem Umfang gewährt, wohingegen an einer anderen nach wie vor unentgeltliche Lehraufträge erteilt werden. An der Universität der Künste wurden die Honorare für die zweite Gruppe mangels finanzieller Mittel nicht erhöht.

Die Hochschulen haben jahrzehntelang mit der Bereitschaft der Lehrbeauftragten, für eine miserable Entlohnung ohne sozialer Absicherung zu arbeiten, ihr Lehrangebot aufrechterhalten können. An den Fachhochschulen und an manchen Fachbereichen der Universitäten wäre die Lehre ohne die Leistung der Lehrbeauftragten nur mit großen Schwierigkeiten durchzuführen. Es ist höchste Zeit, dass die Hochschulen ihren Solidaritätsbeitrag leisten. Die Sicherung der Lehre an den Hochschulen zu sozialen Arbeitsbedingungen für alle Lehrkräfte, auch die sogenannten nebenamtlichen Lehrbeauftragten, muss ein Tagesordnungspunkt bei der Neuverhandlung der Hochschulverträge sein.

David Bowskill

→ Falls die Universitätsleitungen ausgerechnet in diesem Bereich die von ihnen geforderten massiven Einschnitte durchsetzen sollten, wird sich dies äußerst negativ genau auf jene Output-Ziele auswirken, die im Zentrum der begonnenen Strukturreform stehen: Studiendauer und Abbrecherquote.

Statt mehr Output wird am Ende mehr Drop-Out produziert werden... Das Berliner Tutorenmodell, der Tarifvertrag und eine inhaltliche Studienreform sind nicht voneinander zu trennen. Um mehr Qualität der Lehre jenseits von simplen Kennzahlen zu erreichen, muss man das Rad nicht neu zu

erfinden – sondern das Berliner Modell erhalten und ausbauen. Ansonsten könnte es sein, dass der akademische Elfenbeinturm Berlins beim Hochschul-PISA-Test in erhebliche Schiefelage gerät...

Ansgar Warner

ist Studierender an der FU und HU Berlin und Mitglied des Vorstands der Abteilung Wissenschaft

Umsteuern in der Bildungsfinanzierung

Dabei fällt sogar dem Laien auf, dass Deutschland nicht nur beim PISA-Test ziemlich weit hinten steht, sondern auch beim Vergleich der Finanzmittel, die die Länder in Bildung investieren: im internationalen Durchschnitt werden 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Bildungsaufgaben verwandt (1998). In Finnland sind es 5,75 Prozent. In Island, Schweden, Norwegen und Dänemark sind es fast 7 Prozent. Deutschland leistet sich dagegen ganze 4,35 Prozent – und liegt dabei noch hinter Spanien und Ungarn. Natürlich liegt die Misere des deutschen Bildungswesens nicht nur am fehlenden Geld. Auch die Lernorganisation, die Didaktik und Methodik und das pädagogische Konzept der Lehrenden müssen sich ändern. Aber für eine gute Bildung müssen nicht nur die pädagogischen Konzepte weiterentwickelt werden. Wer bessere Ergebnisse will, der muss auch bereit sein, endlich mehr zu investieren, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Dummerweise prallt diese Forderung nach Erhöhung der Staatsausgaben mit einem zentralen Glaubenssatz der herrschenden Theorie des Neoliberalismus zusammen: nur der Markt führt zu einer sinnvollen Steuerung. Es gelte, die Staatsausgaben und -einnahmen zu senken und staatliche Regulierungen des Marktes abzubauen. Ein weltweit in diesen Dimensionen bisher einmaliger Prozess der Umverteilung von unten nach oben ist eine der Folgen dieses Dogmas.

Was die Bildung angeht, hat Deutschland seit Ende der 70er den Zug im internationalen Maßstab verpasst. Umso schwerer wird es heute, eine Erhöhung der Staatsausgaben für Bildung durchzusetzen. Die Einnahmen der Kommunen reichen hinten und vorne nicht und ihre Verschuldung ist erheblich. Das trifft insbesondere für die Regionen zu, in de-

Alle sind sich einig: die deutschen Schulen müssen besser werden! Nur kosten soll es nichts: es erstaunt schon, wie mit viel Mühe versucht wird, den Zusammenhang zwischen Bildungsinvestitionen und den PISA-Ergebnissen zu unterschlagen. Ausgerechnet aus dem Dunstkreis der Großindustrie und Banken kommt der Spruch, dass mehr Geld nichts besser mache.

nen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht und viele von der Sozialhilfe leben (müssen). Gerade hier sollte die Bildung und Ausbildung der Jugend stark gefördert werden, was aber in diesen Regionen kaum möglich ist, weil die öffentlichen Kassen leer sind. Eine teuflische Abwärtsspirale setzt sich in Bewegung.

Wer eine friedliche Entwicklung der Gesellschaft wünscht, wer die grundgesetzliche Forderung nach einem sozialen Bundesstaat ernst nimmt, wem das Schicksal des Nachbarn nicht egal ist, der muss auch einen sozialen Ausgleich, eine soziale Umverteilung einfordern. Dazu gehört eine deutliche Ausweitung öffentlicher Mittel, um beispielsweise eine den aktuellen Standards entsprechende Bildung für alle sicherzustellen.

Bei der aktuellen Gesetzeslage können die notwendigen zusätzlichen Mittel von den Ländern und Kommunen nicht aufgebracht werden. Wer Steuererhöhung verhindern will, kommt folgerichtig auf die Idee, diejenigen, die an einer guten Bildung Interesse haben, dafür auch zur Kasse zu bitten. Mehr Privatinteresse und Markt als Heilmittel. Wen wundert es, dass auch der Berliner CDU-Chef Christoph Stölzl sich die Privatisierung von Bildung gut vorstellen kann: Elternvereine sollen sich zu Schulträgervereinen fortentwickeln. 75 Prozent Privatschulen wie in den

Niederlanden, das ist auch für Berlin gut. Diese Traumtänzeri ist erstaunlich. Schon jetzt wird Deutschland von der internationalen PISA-Studie ein scharfes Auslesesystem bescheinigt. Wer „unten“ ist, dem eröffnet die Bildung selten den Sprung nach oben.

Der englische Journalist Stephen J. Ball stellt zu den weltweit festzustellenden Privatisierungen fest, dass dadurch nirgendwo die Chancengleichheit verbessert wurde, obwohl es z. B. in den USA auch einige besondere Programme gibt, die sich speziell der Förderung von Kindern aus schwarzen Arbeiterfamilien verschrieben haben. Stephen Ball hat für die Forderung nach Privatisierung noch eine andere Erklärung: Durch die Privatisierung wird die Rolle der BürgerInnen verändert und den Eltern die Verantwortung zugeschoben, die Ausbildung ihrer Kinder zu sichern. Wenn die Ausbildung schlecht ist, haben die Eltern eine schlechte Entscheidung getroffen und sind eben schlechte Eltern. Die Politik und der Staat stehen sich aus der Verantwortung.

Zurück nach Berlin: Was wäre, wenn die vorhandene soziale Selektion des derzeitigen Bildungssystems noch durch verstärkte Privatisierung der Bildung gefördert würde? Schon heute ist Berlin Spitzenreiter in der Disziplin „SchulabgängerInnen ohne Hauptschulabschluss“. Kein Wunder, schließ-

lich ist Berlin ja auch Spitze bei der Quote der jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren. Glaubt jemand ernsthaft, auf diesem Weg die Zukunft zu sichern? Nein, die Privatisierung ist keine Alternative. Die Gewerkschaften setzen sich für eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für die Bildung von bislang 4,35 auf 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Woher aber das Geld nehmen, das für neue Impulse in der Bildung dringend benötigt wird?

Vorstellbar ist, dass ein gemeinsamer Fonds des Bundes und der Bundesländer für eine zukunftsfähige Bildung eingerichtet wird. Mittel aus diesem Fonds könnten zusätzlich zu den bereits bestehenden Bildungsetats den einzelnen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden, um Innovationsprojekte zu fördern. Um Anreize für die einzelnen Bundesländer zu schaffen, ihre eigenen Bildungsausgaben möglichst zu steigern, ist eine anteilig progressiv wachsende Unterstützung aus diesem Fonds denkbar. Der Fonds soll aber nicht durch eine weitere Staatsverschuldung entstehen, sondern aus der sozial gerechteren Lastenverteilung. Er soll erwachsen aus den privaten Mitteln derjenigen, die genug haben und denen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine sozial gerechter gestaltete Erbschaftssteuer zuzumuten ist. Für die Bildung würde das eine zusätzlichen Etat von rund 20 Milliarden Euro bedeuten. Damit ließe sich einiges bewegen und dringend benötigte Korrekturen einleiten. Dies würde wiederum allen nützen, nicht nur denjenigen, die am unteren Ende der Einkommensskala stehen.

*Ulrich Thöne
ist Vorsitzender der
GEW BERLIN*





Open-Learning-Center in Aabenraa: In Dänemark beeindruckt die offene und freizügige Raumaufteilung und die Selbstständigkeit der „Studierenden“.

Foto: Pit Rullf

Ist das eine Berufsschule? Oder eine Einrichtung der Stiftung „Jugend forscht“? Oder ein Arbeitsplatz, an dem junge Leute Alarmanlagen programmieren, CB-Funkanlagen für Schiffe herstellen und Verstärker von Bang & Olufsen reparieren? Am Sonntag kommen wir abends in Sonderborg an und werden in einem zur Schule gehörenden Internat untergebracht – für jeden gepflegte Einzelzimmer, hervorragendes Essen – alle sind zufrieden und gespannt auf den Besuch der gewerblichen Berufsschule am nächsten Tag. Wir kennen die preisgekrönte Schule schon aus dem Bertelsmann-Film „Die Zukunft erfinden – Wie Dänemark die berufliche Bildung erneuert“. Ich bin skeptisch, ob der Film nicht doch etwas übertrieben hat und die Werbung für die Schulen im Vordergrund stand. Am Montag erleben wir dann die Schule, der erste Eindruck erfüllt alle Erwartungen, man traut seinen Augen kaum. In der Regel stehen alle Türen offen, so dass wir in die Unterrichtsräume reinschauen kön-

nen. An den Wänden sind die Labor/Werkstattplätze eingerichtet, an denen kleine Schülergruppen sich mit Projekten auseinandersetzen, oft ohne Lehrerbetreuung. In der Mitte

des Raumes stehen Seminartische und Stühle, innerhalb der von den Schülern zu erledigten Projekten gibt es Phasen konventionellen Unterrichtes. Man spürt sofort, die Klassenräume oder besser Arbeitsräume sind von den Schülern in Besitz genommen worden. Es herrscht ein gemütliches Durcheinander, wie man es von einem normalen Arbeitsplatz kennt – kein Chaos, aber auch kein rigides Aufräumen nach jedem Block. Da es keine Pausenklingel gibt, gehen die Schüler in das schuleigene Cafe, in die Bibliothek, ins „Open-Learning-Center“, wann immer sie es für richtig halten. Der eine

Besuch im Land de

Alle Berufsschullehrer in Dänemark sind Seiteneinsteiger.

einer vergleichbaren

Ein Seminar von Berliner Seiteneinsteigern besu

oder andere nimmt sich auch seinen Kaffee mit an den Arbeitsplatz, unter einem Seminarisch entdeckte ich eine Kiste mit Cola und Mineralwasser. Im nächsten Raum spielt leise Cat Steven aus von Schülern angebrachten Lautsprechern.

Integration gelungen

Auch die intellektuell schwächeren Schüler werden über die Projekte und durch flankierende Maßnahmen integriert. Ein Lehrer beschreibt den schulischen Werdegang mit einer Landschaft, in der jeder Schüler seinen eigenen Weg finden muss. Auch die Länge des Weges kann verschieden sein. Da alle Schüler in Dänemark eine 9 – 10 jährige Grundschule/Gesamtschule durchlaufen und auch nicht sitzen bleiben können, ist die

am nächsten Tag in einer Gegenüberstellung die mentale Veränderung der Schüler:

Herkömmliche Einstellung des Lehrlings

- Der Lehrer ist verantwortlich für meinen Lernprozess.
- Ich bin physisch anwesend.
- Kein Lehrer = kein Lernprozess.
- Der Lehrer soll unterhalten.
- Ich muss unterrichtet werden.

Heutige Philosophie

- Ich bin verantwortlich für meinen Lernprozess.
- Ich bin mental anwesend.
- Unabhängigkeit vom Lehrer.
- Der Lehrer ist Konsulent (Mentor).
- Ich weiß, wie ich am besten lerne.

Da alle Schüler Deutsch oder Englisch sprechen, ist die Kommunikation problemlos. Lernen macht den Schülern hier offensichtlich Spaß, sie identifizieren sich mit der Schule, mit ihrem Klassenraum. Das Lied „Hurra, die Schule brennt“ würde hier auf völliges Unverständnis stoßen, die Schüler bleiben freiwillig länger oder kommen noch mal am Abend, um an ihrem Projekt zu arbeiten oder im Internet zu recherchieren. Die Bibliothek ist kostenlos und selbst die Ausleihe wird überraschenderweise nicht kontrolliert, jeder Schüler bedient sich selber der Bücher, die er braucht. In jeder Schule gibt es ein „Open-Learning-Center“ mit vielen Computern, das, wie die ganze Schule, von 7 bis 22 Uhr geöffnet ist.

Die Lehrer sind hier Manager von Lernprozessen, Mentoren, Methodentrainer, Wissensvermittler und keine Erzieher, die

SEITENEINSTEIGER NICHT ALS NOTPROGRAMM,

SONDERN ALS VERZÄHNUNG MIT DER WIRTSCHAFT.

soziale Integration wesentlich besser gelungen als bei unseren Schülern, die an den Hauptschule zu Verlierern und Außenseitern gemacht werden. Auch an den Grundschulen sind handlungs- und projektorientiertes Lernen keine leeren Schlagwörter, sondern realisiertes Programm. Die Schüler kommen mit der erforderlichen Sozialkompetenz an die Berufsschule, wo sie für ihren weiteren Lernerfolg selber verantwortlich sind.

Veränderte Einstellung zum Lernen

Eine Kollegin der Handelsschule in Aabenraa verdeutlicht uns

r Seiteneinsteiger

e müssen mindestens fünf Jahre Arbeit in einem Betrieb oder Institution nachweisen.

hte Einrichtungen in Sonderborg und Aabenraa.

kontrollieren, wann wer aufs Klo darf. Sie haben ihren Arbeitsplatz an der Schule, jeweils sechs Lehrer teilen sich einen Arbeitsraum, in dem jeder seinen Schreibtisch und Schrank hat, pro Arbeitsraum stehen drei Computer zur Verfügung, selbstverständlich mit Internetanschluss und eigener E-Mail-Adresse für jeden Lehrer. Alle (!) Berufsschullehrer sind Seiteneinsteiger, sie haben mindestens fünf Jahre in einem Betrieb oder einer vergleichbaren Institution nachzuweisen. Die pädagogische Ausbildung erfolgt in den ersten beiden Jahren berufsbegleitend an der Schule. Die Entscheidung für Seiteneinsteiger ist keine Notmaßnahme, im Gegenteil, es wird als Chance gesehen, Botschafter aus der tätigen Welt in die Schulen zu bekommen. Den Beamtenstatus hat das Parlament den Lehrern genommen. Die Kehrseite soll nicht verschwiegen werden: der dänische Berufsschullehrer wird deutlich schlechter bezahlt als der deutsche Studienrat und er kann auch gekündigt werden. So erfahren wir am nächsten Tag an der kaufmännischen Schule in Aabenraa, dass vor zwei Jahren 13 von 70 Lehrern aufgrund rückgängiger Schülerzahlen entlassen werden mussten. Da sie aber anders als der deutsche Studienrat auf eine langjährige Berufspraxis verweisen können, ist es für sie nicht so schwierig, in der freien Wirtschaft einen Platz zu bekommen.

Dänisches System der beruflichen Bildung

Das Berufsbildungszentrum EUC Syd umfasst vier Schulen und entstand als selbsttragende Institution mit einem pa-

ritätisch zusammengesetzten Vorstand in den 90er Jahren. Es hat 2800 Auszubildende und beschäftigt 530 Mitarbeiter, davon 350 pädagogische Lehrkräfte. Für die 300 PC gibt es drei Vollzeitstellen technisches Personal, die sich gemeinsam mit den Schülern um die Wartung der Computer kümmern. Das Zentrum pflegt eine enge Zusammenarbeit mit den Betrieben der Region. Die Finanzierung des autonomen Berufsbildungszentrums erfolgt zu 76 Prozent durch die öffentliche Hand, 24 Prozent

werden selbst erwirtschaftet durch Angebote für Erwachsene und Maßgeschneidertes für Betriebe. Die öffentliche Hand leistet ihren Beitrag pro Jahr in Form eines Grundbeitrages für Verwaltung und Gebäude und pro Vollzeitschüler einen Betrag für den Unterricht zwischen 5000 und 9000 Kronen je nach Beruf. Das Grundgehalt der Lehrer ist staatlich festgelegt, Qualifikations- und Funktionszuschüsse liegen im Ermessen der Schulleitung. Bis zu 20 Prozent des Etats werden für Lehrerfortbildung und Innovation ausgegeben. In Dänemark beträgt die obligatorische Schulpflicht neun Jahre in einer Grundschule (Gesamtschule), die Schüler können nicht sitzen bleiben. Ein freiwilliges 10. Schuljahr führt zur mittleren Reife. Über 90 Prozent der Grundschüler besuchen eine weiterführende Schule, die Hälfte das Gymnasium, ca. 35 Prozent die Han-

delsschule und 15 Prozent die Gewerbeschule. Die Gewerbeschule ist in sechs Berufsfelder aufgeteilt: Technik und Kommunikation, Bau und Anlagengewerbe, Handwerk, Lebensmittel und Gastronomie, Maschinenbau und Transport, Dienstleistung.

Das dänische Berufsschulsystem ist als duales System aufgebaut, das erste Jahr der Grundausbildung wird allerdings vollständig in modularisierter Form an der Berufsschule absolviert. Es kann vorkommen, dass in einer Klasse vier unterschiedliche Niveaus mit unterschiedlichen Zeitplänen an verschiedenen Projekten arbeiten. Allgemeinbildende Fächer wie Sozialkunde kann man freiwillig in einem Extra-Kurs belegen. Die Grundausbildung kann bei entsprechenden individuellen Voraussetzungen durchaus verkürzt werden.

LEHRER SIND HIER MANAGER, MENTOREN, METHODENTRAINER UND KEINE KONTROLLEURE.

Nur eine abgeschlossene vollzeitschulische Grundausbildung berechtigt zum Einstieg in die berufliche Hauptausbildung im Betrieb. Während der Hauptausbildung besucht ein Auszubildender vier mal 10 Wochen die Berufsschule. Die gesamte Lehrdauer variiert zwischen drei und fünf Jahren, je nach Beruf und individueller Begabung und Motivation. Die Schüler arbeiten in der Regel selbständig an Projekten. Zusammen mit dem Lehrer wird ein individueller Bildungsplan erstellt, begleitende Logbücher stellen den Lernprozess sicher.

Vom Nachbarn lernen

Berufsbildungssysteme sind kontextabhängig, sie lassen sich nicht simpel von einer Kultur auf eine andere übertragen. Trotzdem könne bestimmte Kernpunkte als zu erreichende Ziele benannt werden. Dazu gehören:

- **Stärkung der Eigenverantwortung der Schüler:** Handlungs- und projektorientiertes Lernen in Lernfeldern, offene Schulen ohne Pausenklingel mit einem „Open-Learning-Center“, individualisierte Bildungsgänge mit modularisierten Angeboten.

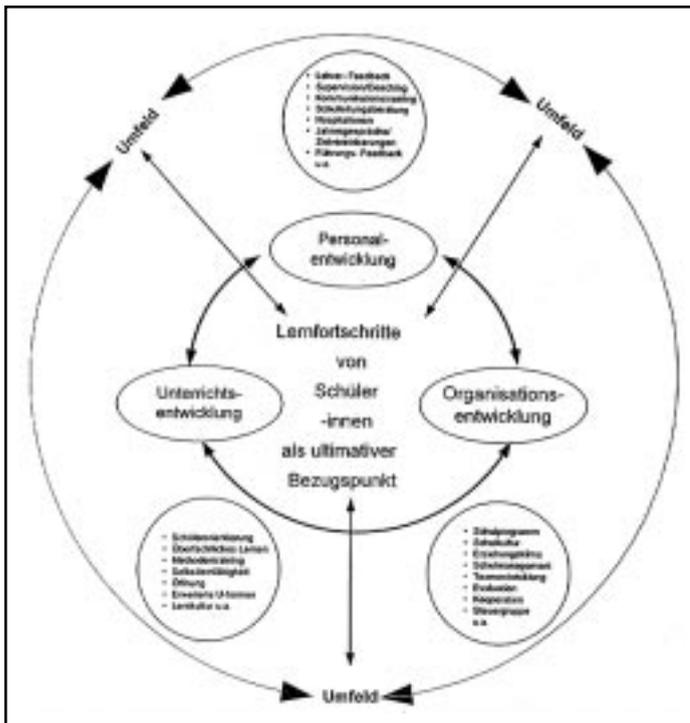
- **Wandel der Lehrerrolle:** Der vereinzelt Lehrer gehört der Geschichte an, die Lehrer gehören ganztägig an die Schule und ins Team. Er ist Mentor und Lerntrainer und nicht nur Wissensvermittler.

- **Seiteneinsteiger als Botschafter der Berufswelt:** Wir brauchen Seiteneinsteiger nicht als Notprogramm, sondern kontinuierlich als personelle Verknüpfung mit der Berufswelt. Die Verzahnung von Schule und Berufspraxis muss auf vielen Ebenen stattfinden. Das Beamtenum hat ausgedient. Das erste Staatsexamen sollte man in eine universitäres Diplom umwandeln, das Referendariat durch ein zweijähriges berufsbegleitendes Training bei voller Bezahlung ersetzen.

- **Schaffung beruflicher Kompetenzzentren:** Berufliche Schulen sollten zu Kompetenzzentren zusammengefasst und als unabhängige, gemeinnützige Stiftungen betrieben werden. Der Staat sorgt für Chancengleichheit, in dem er Schulen in sozial schwachen Gebieten stärkt, ansonsten beschränkt sich die Steuerung auf wenige Ziele und Rahmenvorgaben. Kontinuierliche Evaluation ermöglicht Rechenschaftslegung zur Entwicklung beruflicher Bildung.

- **Reform der dualen Ausbildung:** Im ersten Jahr sind Kernqualifikationen für inhaltlich verwandte Berufsfelder vollschulisch zu vermitteln. Betriebe, die nicht ausbilden, zahlen eine Ausgleichabgabe. Das Aufeinanderwirken von Betrieb und Schule ist institutionell abzusichern, regionale Bindungen sollten besonders gestärkt werden.

Wilfried Silbernagel



Das Drei-Wege-Modell der Schulentwicklung: Systemzusammenhang pädagogischer Schulentwicklung

Seit nunmehr zwei Jahren läuft, das in der Öffentlichkeit wenig beachtete Pilotprojekt „Schulprogramm und Evaluation“ an über 60 Schulen in Berlin. Beworben haben sich fast doppelt so viele. Erstaunlich ist es in den heutigen Belastungszeiten für Schulen, den frustrierenden Ergebnissen der Vergleichsstudien, der Vielzahl der steigenden Anforderungen und dem enormen Erwartungsdruck von Außen, dass Schulen freiwillig Zusatzleistungen auf sich nehmen, um sich zu verändern und sich dabei natürlich zu verbessern. Damit meine ich an erster Stelle die so viel gescholtenen LehrerInnen, die als falsch oder unzureichend qualifiziert, zu alt oder überhaupt als unwillig gescholten werden. Nicht, dass es die nicht gäbe. Aber es gibt auch andere.

Zur Zeit gehen die Pilotschulen in ihr letztes drittes Jahr. Es sind innovative Schulen darunter, die sowieso immer bei allen Projekten mitmachen, es sind zahlreiche Schulen dabei, die über eine Palette von Projekten, eine lebendige Schulkultur, differenzierte pädagogische und fachliche

Konzepte verfügen und solche, die unter Problemdruck stehen, bei denen Verbesserungen notwendig sind, weil sonst die SchülerInnen wegbleiben.

Die Pilotschulen führen als Vorlaufphase das durch, was in naher Zukunft alle Berliner Schulen machen sollen/ müssen. So will es jedenfalls der Entwurf des neuen Schulgesetzes: Schulprogrammarbeit – Schulentwicklung. Sie haben den Vorteil, bei dieser ungewohnten und anspruchsvollen Aufgabe von ModeratorInnen aus dem Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) extern unterstützt und

Und sie bewegt sich

Schulen im Pilotprojekt: SchulQualität In

beraten zu werden. Mehr gibt es nicht. Keine Ressourcen in Form von Stunden, Sachmitteln, Honoraren usw. Nichts. Nur die Beratung.

Lohnt sich der beträchtliche Aufwand?

Seit zwei Jahren existieren in den meisten Pilotschulen „Steuergruppen“, das sind Gruppen von jeweils 5 bis 10 LehrerInnen plus Schulleitung (Eltern und SchülerInnen sind an einigen Schulen im letzten Jahr dazugekommen), die sich regelmäßig in bestimmten Zeitabständen treffen. Sie haben sich freiwillig gemeldet und ein Mandat ihrer Gesamtkonferenz für diese zeitlich begrenzte und inhaltlich definierte Aufgabe bekommen. In den Arbeitssitzungen wird überlegt: Was sind die Stärken und Schwächen unserer Schule? Wie können wir das überhaupt feststellen? Gibt es gemeinsame Ziele im Kollegium? Decken die sich mit den Zielen der Eltern? Wie sehen unsere SchülerInnen ihre LehrerInnen? Wie beurteilen sie den Unterricht? Ist die Kommunikation im Kollegium gut? Welche Unterrichtsmethodik ist eigentlich an unserer Schule am meisten verbreitet? Wie können wir unsere Methodik verbessern? Welche neuen Methoden passen zu unseren SchülerInnen? Gehen KollegInnen

eigentlich gezielt zu Fortbildungen und hört man davon etwas? Kooperieren LehrerInnen auf Fach- oder Jahrgangsebene oder wenigstens in der Kneipe? Haben die KollegInnen ähnliche Fragestellungen wie die Steuergruppe oder beschäftigen sie ganz andere Fragen und Themen? Wie kann man das herausbekommen?

Anstoß zur professionellen Reflexion

Die Steuergruppen haben vielfältige Formen gefunden, um über die Arbeitssitzungen ins Kollegium zu berichten, sei es durch mündliche oder schriftliche Berichte, durch Schautafeln usw. Immer wieder muss die Rückkoppelung sicher gestellt werden, damit alle in eine Richtung ziehen. Neben dieser fortlaufenden Kommunikation zwischen Steuergruppe und Kollegium und umgekehrt, bleibt die zentrale Frage: Wie kommt das Kollegium untereinander in Kommunikation über die tägliche Schul- und Unterrichtsarbeit und wie kommt man in Dialog mit Eltern und SchülerInnen und den anderen Berufsgruppen, die am Schulleben beteiligt sind? Wie kann innerhalb der Schule eine Ebene der professionellen Reflexion hergestellt und etabliert werden – und wie hält man sie am Leben? Dazu bedarf es systematischer und verbindlicher Strukturen. Dabei können externe ModeratorInnen hilfreich sein.

Die ModeratorInnen der Beratungsagentur gehen nicht mit einem fertigen Konzept in die Pilotschulen, sie haben das System Schule als Organisation im Blick. Konkret wird gemeinsam überlegt und herausgefunden, was für diese spezielle Schule passend und notwendig ist. Die Themen und den Weg bestimmt die Schule. Die SchulberaterInnen können

Pilotphase: SchulQualität in Berlin (SQIB)

Schulprogrammentwicklung und Evaluation
 Pilotschulen: 45 Allgemeinbildende Schulen, 17 Berufsbildende Schulen
 Zeit: August 2000 bis Mai 2003
 Auftraggeber: Senatsschulverwaltung, Landesschulamt, Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)
 Ziel: Innovations- und Implementationsstrategie für Schulprogramme an allen Berliner Schulen
 Auftrag an Pilotschulen: genehmigungspflichtiges Schulprogramm, Zwischenberichte
 Beratung/Unterstützung: Beratungsagentur SQIB im LISUM

h doch!

Berlin (SQIB)

von Erfahrungen berichten, Feed-back geben, Empfehlungen aussprechen, vor bestimmten Wegen warnen und natürlich zu gewünschten Themen Theoriebausteine anbieten oder vermitteln, aber sie entscheiden nicht.

Kommt die Veränderung an?

Nach einer gewissen Zeit stellt sich die Frage: Merken unsere SchülerInnen im Unterricht und/oder im Schulleben etwas von den Veränderungen? Und dann ist man an der zentralen Stelle des Schulentwicklungsprozesses gelandet, im Unterricht. Es ist nicht so entscheidend, mit welchem Thema eine Schule in den Schulentwicklungsprozess einsteigt (das kann sowohl ein neu zu gestaltendes LehrerInnenzimmer als auch die Einführung der Teamarbeit auf Fachebene sein). Wenn der Prozess angeschoben ist, wenn die Strukturen geschaffen sind, wenn die Schulleitung mitmacht und unterstützt, wenn die Gruppe der Einsteiger nicht zu klein ist, dann läuft es weiter. Einmal angestoßen, entstehen vielfältige neue und weitere Aktivitäten und irgendwann landen alle im Unterricht. Wie „gut“ ist unsere Schule, wie „gut“ ist unsere Unterrichtslei-

stung, wie „gut“ sind unsere SchülerInnen? Entspricht unser Bild dem Bild von außen?

Leistung der Einzelschule

Es gibt vielfältige Themen und Einstiegsmöglichkeiten. Und es gibt, wie immer bei komplexen Organisationen, keine eine und allgemeingültige Antwort. Das ist die Leistung der Einzelschule, sie bestimmt den Weg und die Inhalte. Die Beratungsagentur SQIB hilft, das vereinbarte Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren. Dazu soll auch, das am Ende der drei Jahre aufgeschriebene Schulprogramm helfen. Hier wird dokumentiert: Was haben wir bisher gemacht, wie ist der Jetzt-Stand, wo wollen wir hin und wie wollen wir das in welchen Zeiträumen mit welchen Ressourcen erreichen? Und: Wie finden wir heraus, ob wir das Ziel erreicht haben?

Schulverbesserung ist kein privates Hobby

Natürlich müssen bessere Bedingungen geschaffen werden. Externe Beratung muss auch weiterhin möglich sein. Es muss ausreichend Zeit eingeräumt werden für diese Arbeit, wenn sie in den Schulen langfristig Früchte tragen soll, denn es ist ein permanenter Prozess, der immer weiter geht: „Ein Wandel der Schulkultur braucht Zeit. Es vergehen mehrere Jahre – an Grundschulen in der Regel drei Jahre, an Mittelschulen fünf Jahre – bis unter dem Lehrpersonal

Beratungstätigkeit: Beratungsagentur SQIB im LISUM

- 10 BeraterInnen für Allgemeinbildende Schulen; 4 BeraterInnen für Berufsbildende Schulen
- Alle BeraterInnen verfügen über spezielle Zusatzqualifikationen und Feldkompetenz
- Systemische Schulentwicklung: Organisationsentwicklung-Unterrichtsentwicklung-Personalentwicklung
- Prozessberatung
- Vermittlung von Fachberatung
- Durchführung von Tagungen und Fortbildungen
- Zielvereinbarungen mit den Pilotschulen
- Arbeit im Tandem
- Gemeinsame Arbeitssitzungen
- Evaluation der Beratungstätigkeit

eine Kultur der Zusammenarbeit entsteht.“ (Den Sinn für professionelle Zusammenarbeit wecken. Im Gespräch: Michael Fullan mit Michael Schratz, in: Lebendige Schule, 16/2001, S. 51 bis 53)

Die Zeit für Schulentwicklung muss in die Arbeitszeit der LehrerInnen integriert werden, sie darf nicht unfreiwillig unbezahlt bleiben, denn dann verkommt sie zum Hobby von einigen Engagierten und hat keine Wirkung. Des Weiteren bedarf es gezielter Fortbildung. Und es müssen Sachmittel zur Verfügung gestellt werden für die zu gestaltenden Arbeitssitzungen und Studientage und schulinternen Fortbildungen usw. Schulen brauchen Entscheidungsspielräume, also Autonomie in bestimmten Fragen. Am Ende des Projekts gibt es eine schriftliche Auswertung mit Empfehlungen, die

für alle Schulen, die mit Schulentwicklung beginnen wollen, hilfreich sein können.

Am 8. und 9. Mai nächsten Jahres ist die Abschlusstagung der Pilotschulen geplant (Genaueres im Fortbildungskatalog des LISUM I/03). Dort ist auch Raum für alle anderen interessierten Schulen, die den Akteuren der Pilotphase Fragen stellen können. Sicherlich wird es auch Informationen geben über die fortlaufende oder beginnende Schulentwicklung und Formen der Unterstützung, z.B. durch externe ModeratorInnen.

Irmhild Claudi
Lehrerin, Familientherapeutin, Supervisorin; seit 3 Jahren tätig als Prozessberaterin in der Beratungsagentur SQIB im LISUM



anzeige

KONFLIKTMANAGEMENT IM SCHULALLTAG



„Ich stehe vor den Schülern, ich möchte eingreifen, aber ich weiß nicht wie?“

Oft fühlen sich Lehrer/innen in dieser Situation überfordert, da von ihnen ein Einschreiten gegen Gewalt erwartet wird, auf das sie aber gar nicht vorbereitet wurden. In dieser Situation wäre es hilfreich zu wissen, wie man mit seiner eigenen Angst umgehen, Situationen besser einschätzen und adäquat intervenieren kann. Dazu bieten sich folgende Ansätze an:

- Sensibilisierung für Gewaltsignale
- Trainieren von Selbstsicherheit in gewalttätigen Konfliktsituationen
- Trainieren von Interventionsmöglichkeiten gegen Gewalteskalationsmechanismen

Hayo Zuber beschäftigt sich seit 15 Jahren mit der praktischen und mit der theoretischen bzw. psychologischen Seite der körperlichen Gewalt. Er bietet am **27. Oktober ein Seminar** zum Konfliktmanagement im Schulalltag an. Weitere Informationen zum Seminar unter:

<http://www.wt-kreuzberg.de>, Tel. 615 89 54



Visionen einer Leiterin

Das Papier geht von mehreren bildungspolitischen Prämissen aus, die gegenwärtig nicht bestehen und von denen nicht abzusehen ist, ob sie realisiert werden. Gleichzeitig wird ein ganz wesentlicher Aspekt, der Voraussetzung für ein leistungsstarkes, innovatives gemeinsames Landesinstitut ist, überhaupt nicht angesprochen: die solide und sichere Finanzierung des Instituts. Die finanzielle Ausstattung des Instituts ist sehr niedrig veranschlagt; sie verhält sich umgekehrt proportional zu den öffentlichen Erwartungen an die Leistungen des Instituts. Die Aufgabenbeschreibung muss also in einer realistischen Relation zur finanziellen Ausstattung des Institut stehen, was bisher nicht der Fall ist.

Vermittlungsagentur oder Kompetenzzentrum?

Die Aufgabenbeschreibung des Instituts ist unklar und widersprüchlich. Soll das Institut primär als „Vermittlungsagentur“ organisiert werden, oder soll es als „Kompetenzzentrum“ mit starkem operativen Tätigkeitsanteil konzipiert werden? Für die erste Annahme sprechen z.B. die Aussagen: „Alle Maßnahmen werden grundsätzlich im Institut organisiert, koordiniert und

Vor über zwei Jahren wurde das „Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung“ (BIL), vormals Pädagogisches Zentrum (PZ) und die „Landesbildstelle Berlin“ (LaBi) durch Abgeordnetenhausbeschluss zum „Berliner Landesinstitut für Schule und Medien“ (LISUM) zusammengeführt. Verbunden damit war eine erhebliche Reduzierung des Personals, die in den beiden Jahren weiter vorangetrieben wurde. Für das kommende Jahr ist das Institut mit personellen Einsparungen von weiteren 36 Planstellen belastet. Zudem liegt bis heute für das Institut kein genehmigter Geschäftsverteilungsplan vor, der die Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche der MitarbeiterInnen verlässlich be-

MitarbeiterInnen sind auf Altersteilzeit gegangen oder haben sich in den frühzeitigen Ruhestand versetzen lassen.

In dieser Situation legte die Leiterin des LISUM, Alexandra Dinges-Dierig, Anfang Juni eine Skizze für ein „Landesinstitut Berlin-Brandenburg für Schule und Medien“ als Rechtsnachfolger des LISUM und des PLIB vor, das sie als „Vision“ bezeichnet. Inzwischen liegt eine schriftliche Reaktion des Personalrates des LISUM vor, in der vor den negativen Folgen des „Visionspapiers“ für das Institut gewarnt wird. Ferner ist über das Papier in der Leiterrunde des LISUM diskutiert worden. Im August 2002 ist die „Vision“ mit Staatssekretär Thomas Härtel besprochen und dem Vernehmen nach von ihm befürwortet worden. Die Leiterin des LISUM hat die MitarbeiterInnen des Instituts zur Stellungnahme

schreibt. Diese unsichere Situation hat dazu geführt, dass MitarbeiterInnen zunehmend resignieren: Drei der vier AbteilungsleiterInnen des Instituts haben sich z.B. versetzen lassen, oder ihre Versetzung eingereicht oder einen Antrag auf Altersteilzeit gestellt. Auch andere

aufgefordert. Nachstehend dokumentieren wir einen Diskussionsbeitrag. MitarbeiterInnen des Berliner Landesinstituts für Schule und Medien (LISUM) nehmen Stellung. Sie möchten nicht nur von den Visionen betroffen sein, sondern wollen aktiv beteiligt werden.

begleitet in Zusammenarbeit mit den regionalen Außenstellen/Schulämtern. Die Durchführung findet i.d.R. mit Dritten ... gegen Bezahlung oder Anrechnung statt.“ (Vision, S. 2) Außerdem stützt die geplante geringe Anzahl fester MitarbeiterInnen, für die nicht einmal die notwendigen Kompetenzen bzw. die Qualifikationsprofile beschrieben werden, diese Annahme. Für die Konzipierung des Instituts als Kompetenzzentrum sprechen dagegen Aussagen, die einzelne Zuständigkeiten des Instituts beschreiben, wie: „Erarbeitung von zentralen Fortbildungskonzepten zur Ausbildung der Multiplikatoren“, „Qualifizierung von Schulleitungs- und Schulaufsichtspersonal“, „Erarbeitung und Implementation neuer Rahmenpläne“, „Begleitung und Auswertung von Schul- und Modellversuchen“.

Wie handhaben es andere Bundesländer?

Grundsätzlich ist die Entwicklung eines Landesinstituts in

beide Richtungen möglich – zur Agentur oder zum Kompetenzzentrum. In der Tat gehen die Länder da auch unterschiedliche Wege. Hessen hat sich z.B. für die Agentur entschieden und ist von dem namhaften Erziehungswissenschaftler Rudolf Messner für diese Entscheidung heftig kritisiert worden: „Mit der Auflösung der Pädagogischen Institute ist dem Institut Kernpersonal verloren gegangen, ohne dass es seine Aufgaben nicht wie bisher erfüllen kann. Die Schwerpunkte des HeLP verschieben sich damit von der konzeptuellen Entwicklung von Fortbildungsansätzen und der schulbezogenen Fortbildungsarbeit auf die Steuerung und Organisation von Lehrerfortbildung durch von außen geholte Personen. Im Zentrum der künftigen Fortbildung wird insofern das Management von Lehrerfortbildung anstelle von Bildungsarbeit stehen ... Lehrerfortbildung und Schulentwicklung gleichsam virtuell, ohne Präsenz von Ort, Personen und

Dauer der Begegnung und ohne eigene Konzeptionsentwicklung – das wird nicht gehen.“ (HLZ 12/2001)

Als Kompetenzzentrum verstehen dagegen z.B. die Länder NRW, Niedersachsen und Baden-Württemberg ihre Institute. Baden-Württemberg stellt die Umwandlung des Landesinstituts für Erziehung und Unterricht in ein Kompetenzzentrum ausdrücklich als notwendige Reaktion des Landes auf die Ergebnisse der PISA-Studie dar. Es sind folgende Arbeitsschwerpunkte vorgesehen: „Unterstützung und Durchführung von Evaluationsvorhaben, Transformation wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Unterrichtspraxis, wissenschaftliche Begleitung von bildungspolitischen Innovationen, Erarbeitung von Unterrichtsplänen und unterrichtsbezogenen Praxishilfen.“ (KMK, Vorlage zum 344. Schulausschuss am 14./15.3.2002, PISA 2000: Laufende und geplante Maßnahmen der Länder in den zentralen Handlungs-

feldern, II. Anhang, Baden-Württemberg, S. 2)

U.E. erzielt ein Kompetenzzentrum mit projektorientierter Arbeitsorganisation für die qualitative Weiterentwicklung der Schulen in Berlin und Brandenburg wirksamere und nachhaltigere Effekte als eine Agentur. Wir sprechen uns deshalb für den Aufbau eines derartigen Landesinstituts aus.

Welche Rolle fällt dem Institut zu?

Das „Visionspapier“ gibt kaum Hinweise auf die Aufgaben, die der Anteil fester Mitarbeiter/innen (25 von 51) inhaltlich zu leisten hat, der unmittelbar für die Unterstützung der Schule arbeiten soll. So bleibt zum Beispiel unklar, welche Rolle das Institut im Spannungsfeld von Bildungspolitik, Wissenschaft und Schulpraxis wahrnehmen soll. Ferner ist die Aufgabenteilung zwischen Institut und den Außenstellen SenBJS, aber auch zu SenBJS selbst, nicht hinreichend geklärt.

Wozu so viele Lehrerstunden?

Das „Visionspapier“ bleibt die Begründung für ca. 2800 Lehrerstunden für das Institut schuldig. Mit welcher Berechtigung sollen diese Stunden dem Institut zugeschrieben werden, wenn zugleich ausgeführt wird, dass „ein großer Teil dieser Stunden den regionalen Außenstellen/Schulämtern zur Verfügung stehen würde?“ (S. 5)

Macht aus Betroffenen Beteiligte!

Innovation kann nur gelingen, wenn aus Betroffenen Beteiligte werden. Wir plädieren deshalb für einen neuen Einstieg in die Diskussion für die Entwicklung eines gemeinsamen Landesinstitutes, die im Einklang mit den Prinzipien steht, die wir bei der Beratung von Schulen vermitteln sollen. Dazu würden wir gern unseren Sachverstand einbringen.

K. Meißner, A. Tischer, W. Wendt



Mobbing – auch im Lehrerzimmer

Eine Referendarin erhält zur Mitte der Ausbildung noch eine Bestätigung ihrer Leistung, gegen Ende des Referendariats plötzlich nicht mehr; ein Kollege mit eigenständiger politischer Auffassung wird allein gelassen, als es um die Verteidigung der Meinungsfreiheit geht; eine Kollegin wird wiederholt zum Schulleiter zitiert, weil es Elternanrufe gegeben habe, die ihren Unterricht kritisierten – anonym; ein Kollege, der die Prügelpraxis an seiner Schule geißelt, wird von der Behörde versetzt...

Fälle, die mir gerade untergekommen sind. Alltägliche Fälle, die näheren Umstände jedoch lassen auf Zusammenhänge schließen, die den äußerlich ablesbaren Konflikt als Mobbingform enthüllen: Der autoritäre Schulleiter fühlt sich von der selbstbewussten Referendarin angegriffen, der politisch eigenständige Kollege war dem Wortführer der Konkurrenzgruppe im Kollegium schon lange ein Dorn im Auge, der nächste Schulleiter möchte die Kollegin klein kriegen, prügelnde Kollegen müssen schon aus Existenzsicherungsgründen Kritiker „verschwinden lassen“. Mobbing ist also eine besondere Form der Konfliktaustragung: eine gänzlich destruktive. Die Kennzeichen sind:

1. Die Person, nicht die Sache, steht im Vordergrund,

- 2. das zugrundeliegende Problem ist für Außenstehende und manchmal auch für Mobbingbetroffene nicht klar erkennbar,
- 3. das Problem ist aus Sicht des Mobbers gravierend genug, um Unterdrückung, Schikane, Rufmord und Ausgrenzung zu rechtfertigen,
- 4. Hauptziele sind die Schwächung und Ausgrenzung des „Gegners“, das zugrundeliegende Problem bleibt im Hintergrund,
- 5. es geht um die Niederlage der anderen Seite; ein Kompromiss, ganz zu schweigen von einer konstruktiven Konfliktlösung, wird nicht gesucht.

Die Schule bildet Mobbing-Beziehungen zwischen allen beteiligten Personengruppen, selbst Schüler als Mobber gegenüber Lehrerinnen sind keine Seltenheit mehr. Daher ist es wichtig, selbst über ein Beobachtungsinstrumentarium zu verfügen, da gemobbte Kolleginnen oft nicht das Selbstvertrauen haben, ihre Problematik zu schildern, geschweige denn geeignete Zuhörer auszuwählen.

Das Mobbing-Problem ist neben dem menschlichen jedoch auch ein finanzielles. So werden die Ausfallkosten nur der betrieblichen Wirtschaft durch Mobbing auf jährlich 30 Milliarden DM geschätzt. „Die Quote der Mobbing-Betroffenen

liegt bei ca. 3,5 – 3,6 Prozent der Beschäftigten, wobei man – jährlich – von ca. 24.000 Menschen im Schulbereich ausgehen kann. Auf den Schulbereich relational übertragen ergeben sich hier Kosten in Höhe von 570 Millionen jährlich. Rechnet man Heilungs-, Arbeitsausfall- sowie Disengagement-Kosten hinzu, so belaufen sich die geschätzten jährlichen Gesamtkosten infolge von Mobbing auf ca. 4,2 Milliarden DM nur im Schulbereich (nota bene!). In diese Kosten sind ca. 2.400 (schulische) Mobbing-Frühpensionären eingerechnet.“ (Zitat aus: Rüdiger Gollnick „Mobbing in der Schule – auch ein bedrängendes Thema der Alltagsethik“ in: PädForum 31/01, S. 219-228.)

Fortbildungen helfen

Fortbildungen zum Erkennen von Mobbingstrukturen und zur Bearbeitung von Mobbingfällen durch Gesprächstraining bieten sich an für Personal- und für Lehrerräte. Wer bisher staatliches oder Justiz-Mobbing für unmöglich gehalten hat, kann sich auf der Internet-Seite www.euro-antimobbine.org eines Besseren belehren lassen. Der Fall einer Kölner Hauptschul-Kollegin verschlägt einem die Sprache.

Ludger Klein-Ridder

Den Artikel haben wir der Zeitschrift der GEW Nordrhein-Westfalen, Neue Deutsche Schule, Nr. 6/2002 entnommen.

Jugendliche brauchen Raum zum Entfalten. Hier finden sie ihn.

Nachwuchsförderung hat für die Bewag einen hohen Stellenwert. Deshalb unterstützt Berlins größter Energieversorger auch in diesem Jahr den naturwissenschaftlich-technischen Wettbewerb „Jugend forscht“. Als Patenfirma richten wir wieder den Regionalwettbewerb Berlin-Süd im Heizkraftwerk Moabit aus. Unser Ziel ist es, Jugendliche an das Experimentieren und Forschen heranzuführen und so auf das spätere Berufsleben vorzubereiten. Wir bitten alle Berliner Lehrer, interessierte Schüler zu motivieren und Fachkollegen auf den Wettbewerb hinzuweisen.

Interessierte erhalten Informationen bei Sabine Röger (Patenbeauftragte der Bewag),
Tel.: 030/267-1 46 13. Zur Anmeldung einfach das Formular auf der linken Seite benutzen.

jugend  **forscht**
schüler experimentieren

Regionalwettbewerb
Berlin-Süd

Patenenschaft

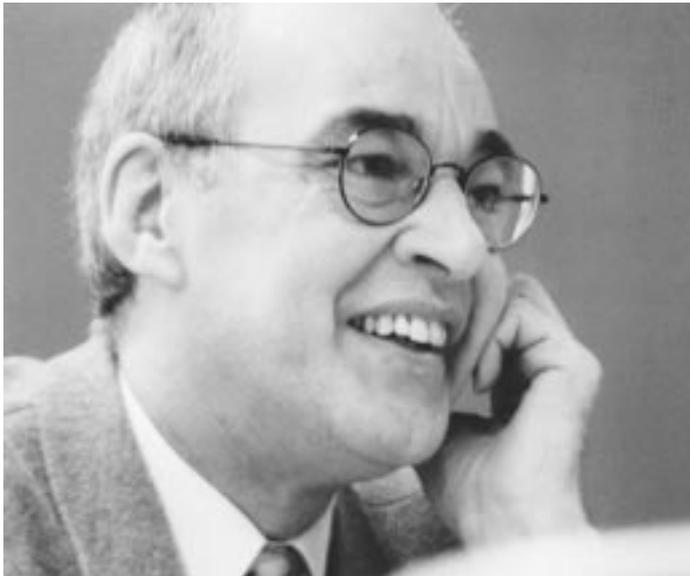


Bewag



Bewag

Die Kraft dahinter.



Wir haben Fortschritte

Interview mit dem Leiter des Landesschulamts über die umstrittenen Behörde.

Sieben Jahre Landesschulamt, davon die letzten zwei Jahre unter Ihrer Leitung. Warum wird es jetzt aufgelöst?

Das ist eine Entscheidung, die das Parlament getroffen hat. Es ist erkennbar, dass damit die Zielrichtung verbunden ist, die Strukturen effektiver zu gestalten. Und in diesem Sinne sind wir jetzt bei der Vorbereitung aktiv.

Das Landesschulamt war also nicht effektiv?

Das LSA war in den letzten zwei Jahren, die kann ich vorwiegend beurteilen, durchaus effektiv. Richtig ist, dass es Aufgaben gab, die in den Grundsatzangelegenheiten im Ministerium wahrgenommen wurden und in den operativen Ausführungen im Landesschulamt. Jetzt wird der Versuch unternommen, Grundsatzfragen und operative Fragen enger aneinander zu binden, was an der einen oder anderen Stelle zu Synergieeffekten führt hinsichtlich der Personal- und Sachressourcen. Aber an anderen Stellen zu kürzeren und schnelleren Bearbeitungswegen.

Sie haben einmal geäußert, das Landesschulamt leiste zunehmend gute Arbeit, was zu wenig gewürdigt würde. Worin bestehen diese positiven Leistungen?

Ich denke seit seiner Gründung hat das LSA Aufgaben wahrgenommen, die von den vorherigen Aufgabenträgern gar nicht

hätten realisiert werden können – insbesondere im Personalbereich. Wir haben ja seit 1995 Tausende Lehrkräfte an andere Einsatzorte bringen müssen, das wäre in den alten Strukturen kaum zu bewältigen gewesen. Wir haben dann die Einsparungen beim Lehrerstellenplan transparent bewältigt, haben also für eine gleichmäßige Personalausstattung sorgen können. Das ist ein zweiter wichtiger Punkt gewesen. Die Zusammenführung der beiden Stadthälften im Bereich der Schulen wäre mit den bezirklichen Strukturen nicht leistbar gewesen.

Wie wird Ihrer Meinung nach heute das Landesschulamt von der Lehrerschaft beurteilt?

Eine große Beschäftigungsbehörde wie das LSA wird immer auch Kritik auf sich ziehen. Und jede Behörde oder Institution braucht eine gewisse Zeit, um sich in ihrer neuen Aufgabenstellung zurecht zu finden. Dann waren noch zwei Umstrukturierungen zu bewältigen. Eine im Zuge der Verwaltungsreform und eine, die sich aus der Aufgabenerledigung ergeben hat, die vor zwei Jahren durchgeführt worden ist. Dadurch konnten wir unsere Aufgaben besser erledigen. Ich glaube, dass sich insbesondere bei der Lehrerversorgung vieles verbessert hat und bei der Vermeidung von Unterrichtsausfall große Fortschritte gemacht wurden. Auch bei der Beset-

zung von Funktionsstellen sind wir in den letzten zwei Jahren gut voran gekommen. Ich meine, dass deswegen die Kritik in der Öffentlichkeit geringer geworden ist.

Wie lange dauert es denn jetzt, bis Ihre Behörde nach Umzug und gleichzeitiger Auflösung wieder arbeitsfähig ist?

Es wird eine kleine Unterbrechung sein, denn die Umzüge betreffen vor allem Bereiche, die nicht neu strukturiert werden, wie z.B. die Personalstelle. Die wird etwa 14 Tage nicht voll arbeitsfähig sein, vor und nach dem Umzugstermin. Das heißt aber lediglich, dass ein Antrag in dieser Zeit nicht ganz so schnell bearbeitet werden kann. Das ist unvermeidbar.

Wie wird die zukünftige Struktur bei der neuen Senatsbildungsverwaltung aussehen?

Die Umstrukturierung ist noch nicht im Detail entschieden, aber es wird nicht dazu kommen, dass das LSA dort als Abteilung oder sonstige Organisationseinheit unverändert wieder auftaucht. Im Gegenteil: die Aufgabenbereiche werden so zusammengefasst, dass sie effektiv wahrgenommen werden können und das heißt in den überwiegenden Bereichen Veränderungen.

Wo beispielsweise?

Zum Beispiel beim Bereich Informationen, Zahlen, Statistik, also bei der Ermittlung der quantitativen Grundlagen. Dort wird es zu einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung kommen. Das war ja bislang getrennt.

Sind das dann Abteilungen?

Das waren in der Vergangenheit Teile von Referaten, die jetzt zu einem Referat zusammengefasst werden.

Und wie sieht die Abteilungsstruktur aus?

Es wird fünf Abteilungen geben, einmal eine Abteilung, die mit der Verwaltung des eigenen Betriebs befasst ist, dann zwei Abteilungen, die sich mit den Fragen der Schule befassen, sowie eine Abteilung für Jugend und eine für Sport. Eine der Abteilungen für Schule wird den Schwerpunkt Planung und Organisation haben, die andere den Schwerpunkt Schulaufsicht, Innovationsplanung und Lehrerbildung.

Für die berufsbildenden Schulen gibt es keine eigene Abteilung?

Nein.

Wie sieht es dabei mit der erweiterten Verantwortlichkeit der Regionen aus?

Das ist unsere Zielrichtung. Wir wollen die Außenstellen in ihren Aufgabenwahrnehmungen weiter stärken. Wir haben das in einem Rundschreiben geregelt, da kommt tendenziell eher noch etwas hinzu. Wir sind dabei, die Außenstellen personell zu verstärken.

Aber das Personal wird weiter zentral geführt?

Es wird weiterhin eine zentrale Bewerberstelle geben und eine zentrale Steuerung des Personals.

Wird durch die Auflösung Personal eingespart?

Es wird entsprechend dem Haushaltsplan Personaleinsparungen in 2002/2003 geben. Und der Senat beabsichtigt ja auch weitere Einsparungen über diesen Zeitraum hinaus.

Nun ist es ja nicht allzu ungewöhnlich, dass Strukturen um die vorhandenen Personen herum gebaut werden. Damit die untergebracht werden können.

Die Planung ist nach meinem

hritte gemacht

es, Ludger Pieper, zur Auflösung seiner

Eindruck systematisch von der Aufgabenseite her angegangen worden, auch die Gliederung ist aufgabenbezogen vorgenommen worden. Aber selbstverständlich muss auch das vorhandene Personal vernünftig eingesetzt werden.

Werden denn Leitungsstellen neu ausgeschrieben?

Leitungsstellen werden ausgeschrieben, soweit Personen noch nicht mit vergleichbaren Aufgaben beauftragt worden sind.

Und Sie gehen jetzt an Ihre alte Schule zurück? Die Schulleitung ist dort ja noch vakant.

Ich hoffe, dass diese Stelle bald besetzt wird. Für mich ist die Aufgabe hier ausgesprochen interessant und reizvoll. Ich möchte auch in Zukunft eine Aufgabe in der neuen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport wahrnehmen.

Wie ist das mit der Mitbestimmung der Beschäftigten? Es gab doch einige Verwerfungen in der letzten Zeit, dass die Interessenvertretung nicht so optimal angesiedelt ist bei der Leitung des Landesschulamtes. Wie wird das in Zukunft sein?

Ich kann das nicht teilen. Mir sind „Verwerfungen“ nicht bekannt. Aber die Struktur der Personalvertretung wird auch in Zukunft bleiben wie bisher. Hier ist eine Änderung aus meiner Sicht nicht erkennbar.

Herr Pieper, es gibt Beschwerden von Schulleitungen, dass das Landesschulamt ihnen den Umgang mit der Presse erschwert oder Schulleitungen gar nach Pressekontakten einbestellt werden. Wie verträgt sich das mit der Selbstständigkeit der Schulen, wenn gleichzeitig deren Verantwortlichkeit beschnitten wird.

Die Grundlage für die Kontakte mit der Presse ist ein sehr klug formuliertes Schreiben von Frau Stahmer aus dem Jahr 1997, das sie zu dieser Frage an die Schulleitungen gerichtet hat. Die darin zum Ausdruck kommende Haltung ist in keiner Weise verändert. Es ist dort auch nichts neues zu beobachten, allerdings halten sich einige Schulleitungen nicht an die dort aufgestellten Grundsätze. Dort steht eindeutig, dass Schulleitungen für uns Behördenleitungen sind und als solche zu Auskünften gegenüber der Presse berechtigt. Allerdings: Auskünfte ge-

Rundschreiben an alle Schulleitungen über Stellung der Schulleiter gegenüber der Presse (Vom 20. Juli 1997 – ohne Nummerierung)

Da es immer wieder Unklarheiten und unterschiedliche Handhabungen dabei gibt, wann. und was Schulleiterinnen/Schulleiter gegenüber der Presse sagen können, gebe ich folgende Hinweise:

Nach dem Berliner Pressegesetz § 4 sind die Behörden „verpflichtet den Vertretern der Presse, die sich als solche ausweisen, zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben Auskünfte zu erteilen“. Alle einschlägigen Kommentare zum Presserecht und zur Auskunftspflicht besagen, dass nur der Behördenleiter oder der von ihm Beauftragte zur Auskunft verpflichtet sind.

Im § 22 Absatz 1 des Schulverfassungsgesetzes ist festgelegt, dass der Schulleiter/ die Schulleiterin die Schule gegenüber der Öffentlichkeit, den Behörden und den Eltern vertritt. Der Kommentar zum Schulverfassungsgesetz von Krzywek /Teiche erläutert hierzu ausdrücklich, dass die Vertretung der Schule nach außen auch die Vertretung gegenüber der Presse beinhaltet.

Wenn es um Angelegenheiten der jeweiligen Schule geht, entscheidet der Schulleiter/die Schulleiterin selber, ob er/sie mit Vertretern der Presse redet bzw. Kontakte mit Lehrern und Schülern vermittelt oder Filmaufnahmen zulässt. Er/ sie kann sich im Rahmen der Verantwortlichkeiten des Dienstrechtes auch über allgemeine Fragen des Berufsstandes und der Bildungspolitik äußern. Er/sie informiert die Pressestelle der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport über die Presseanfragen und lässt sich von ihr beraten, soweit das für die parlamentarische Verantwortlichkeit der Senatorin erforderlich erscheint. In Zweifelsfällen ist der Schulleiter/ die Schulleiterin aufgerufen, sich mit der zuständigen Schulaufsicht zu beraten, soweit deren Verantwortlichkeit mitbetroffen sein kann. Angelegenheiten, die die äußeren Schulangelegenheiten betreffen, sind mit dem Bezirk zu klären.

Bei Anfragen und Interviewwünschen bzw. Anträgen auf Drehgenehmigungen bezüglich bestimmter Schulen, die an die Pressestelle gerichtet werden, gibt die Pressestelle diese an die Schulleiter/ Schulleiterinnen weiter, mit der Bitte, sie zu prüfen und ggf. wahrzunehmen bzw. zu genehmigen.

Mit diesem Rundschreiben ist die Protokollnotiz vom 21.08.1996 über die Schulleitersitzung der Gymnasien am 22.5.1996 unter TOP 5, aufgehoben.

Ingrid Stahmer

genüber der Presse setzten Anfragen der Presse voraus. Wir haben den Schulleitungen niemals die Aufgabe übertragen, eigenständige Pressearbeit zu machen. Dafür ist unsere Pressestelle zuständig. Wenn eine Schule an die Presse gehen will, warum auch immer, dann geht das nur in Zusammenarbeit mit unserer Pressestelle.

Für die blz führten

Pit Rulff und Klaus Will das Gespräch

anzeige

Klett Diskussionsforum – Ideen für die Schule der Zukunft

Einladung an alle Lehrerinnen und Lehrer in Berlin

Lesen nach PISA – Plädoyer für ein didaktisches Konzept von Lesekompetenz

Vortrag von Prof. Dr. phil. Bettina Hurrelmann, Universität Köln

PISA hat das Lesen unter die Schlüsselkompetenzen eingereiht, die auch in der modernen Medienwelt unverzichtbar bleiben. Durch PISA ist klar geworden, dass der Erwerb von Lesekompetenz alle pädagogische Aufmerksamkeit verdient. Freilich bietet PISA kein lesedidaktisches Konzept und sollte in dieser Hinsicht nicht missverstanden werden.

Der Vortrag wird dies am Kompetenzbegriff der Studie zeigen, der in didaktischer Absicht erweitert werden muss um die motivationalen, emotionalen und interaktiven Dimensionen. Denn diese zeichnen das Lesen als kulturelle Praxis und Quelle der Persönlichkeitsbildung aus.

am Donnerstag, den 14. November 2002

17.45 Uhr Einlass zum kleinen Buffet
18.30 Uhr Beginn des Vortrags

im „Haus der Kirche“

Goethestr. 27
10625 Berlin-Charlottenburg
(U2/U7 – Haltestellen Wilmersdorfer Str., Bismackstr., Deutsche Oper)

Klett



Anmeldung: Treffpunkt Klett Berlin, Tel.: (030) 2 59 3770, Fax: (030) 2 59 3 77 50, E-Mail: tp.berlin@klett-mail.de

Die neue gymnasiale Oberstufe – ein Missgriff!

Über die Presse wurde die Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe angekündigt, aber weder dem Landesschulbeirat, noch Eltern und Schülern, Lehrkräften liegt ein konkreter Text vor. Dabei müsste die Parlamentsentscheidung bis Ende Dezember gefallen sein, damit die neuen Oberstufenschüler rechtzeitig informiert werden können. Wer so vorgeht, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die öffentliche Debatte zu zentralen bildungspolitischen Festlegungen als lästige Einmischung anzusehen, die an möglichst kurzer Leine zu halten ist.

Was sind die politischen Vorgaben? Kürzere Wege zum Abitur, keine Abstriche in der Qualifizierung der Abiturienten, Erhöhung der Anzahl der möglichen Abiturienten, Erhalt der sechsjährigen Grundschule und der bisherigen Durchlässigkeit zwischen den Jahrgangsstufen 7 bis 10 aller Schularten. (Siehe auch Seite 5)

Der letzte Punkt – die Durchlässigkeit – bedingt, dass sich die Verkürzung nur auf die gymnasiale Oberstufe beziehen kann. Faktisch wird nur der Zeitraum 1. April bis 30. Juni des 13. Jahrgangs eingespart. Weit mehr als die Hälfte aller Schüler hat davon keinen Vorteil: Wer zur Bundeswehr muss, kann seine Ausbildung nicht vor dem Frühjahr des Folgejahres beginnen. Wer ein NC-Fach studieren will, hat erst zum Herbst eine Zulassungschance. (Potsdam will deshalb keine derartige Verkürzung.)

Die Verkürzung ist also unnütz, bringt aber wesentliche Nachteile. Die Zahl der Unterrichtsstunden wird für alle Schüler auf 34 Stunden pro Woche deutlich erhöht. Knapp 40 Stunden Anwesenheitszeit in der Schule – die unvermeidlichen Springstunden einge-

rechnet – werden zum Regelfall, ohne dass ein einziges Schulgebäude für den Ganztagsbetrieb hergerichtet wird. Die Integration, der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung, endet in einer Sackgasse. Gleiches gilt auch für die Schüler nicht deutscher Herkunftssprache. Für die Förderung bestimmter Schülergruppen durch

Zusatzstunden oder durch andere Maßnahmen bleibt keine Zeit mehr. AG's werden für Oberstufenschüler aus Zeitgründen zur Randerscheinung degradiert. Persönlichkeitsbildendes engagiertes Kulturschaffen, sei es als Musikveranstaltung oder als Theater, wird ihnen dramatisch erschwert. Gleiches gilt für den außerunterrichtlichen Sport. Der zeitlichen Beschleunigung Stand zu halten ist kein Ausdruck besseren Leistungsvermögens! Die Zahl der Abiturienten wird so verringert, nicht erhöht werden.

Die Verkürzung bedeutet Verdichtung des Unterrichtsstoffes. Wohlmeinend spricht man von „Entrümpelung“, tatsächlich wird schlicht gestrichen. So ist z.B. zu vermuten, dass die Anzahl der Mathematikstunden pro Schüler deutlich gesenkt wird, wahrscheinlich um rund 20 Prozent. Mit Wirkung zum neuen nächsten Schuljahr sind für einige Fächer bereits Kommissionen tätig, um die Rahmenpläne zu durchforsten. In der dafür vorgesehenen Zeit von knapp einem Jahr kann dies nur Streichung und nicht qualitativer Umbau heißen, zumal die Inhalte der Klassen 7 bis 10 nicht angetastet werden. Mehr noch: Die zusätzliche Ein-

führung des Zentralabiturs bedingt die Implementierung eines (Rahmen)lehrplans, aufbauend auf der Fiktion, es gäbe für die Fächer Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache ein wohldefinierbares Kerncurriculum. Statt in der Ausprägung der schulischen Profile, im Ausbau der Eigenverantwortung von Schülern und Lehrkräften für Inhalt und Art des Unter-

richts voranzuschreiten, wird ohne Not der Zentralisierung das Wort geredet, wird abstrakte Vergleichbarkeit zum Maß aller Dinge erhoben. Und dies, obwohl das dezentrale Berliner Abitur bei allen Vergleichsstudien auf KMK-Ebene hohe Anerkennung erhielt. Da zudem die Wahlmöglichkeiten der Schüler im Kurssystem drastisch eingeschränkt werden – gleiches gilt für die Möglichkeit der Revision der als falsch erkannten Wahlentscheidung – wird der Anspruch „keine Abstriche bei der Qualität des Abiturs“ in sein Gegenteil verkehrt. Die bisherige Gestalt der gymnasialen Oberstufe, die auf die prinzipielle Gleichgewichtigkeit der einzelnen Fächer setzte, auf Übernahme von Eigenverantwortung der Schüler für ihre Schullaufbahn, die in der Einheit von Unterrichtendem und Prüfendem eine wesentliche Bedingung für das Ziel der Studierfähigkeit anstrebte, diese Gestalt wird in ihrem Kern getroffen. Im Übrigen: Für jene rund 10 Prozent Schüler, die das Abitur nicht im ersten Anlauf bestehen, ist nicht erkennbar, wie sie sinnvoll in das Wiederholungsjahr eingegliedert werden können, wenn das Abitur am 31. März endet. Und wie sieht es für die Lehr-

kräfte aus? Es muss von einer vielmonatigen Überlast von z.B. 26 Stunden pro Woche bis etwa zum 31. März ausgegangen werden, der sich nachfolgend eine „Entlastung“ auf 20 Stunden anschließt, um im Jahresschnitt auf 24 Stunden pro Woche zu kommen. Der Zeitraum für die Korrekturen wird drastisch auf sechs Wochen verkürzt, in denen der Unterricht der Abiturienten nicht entfallen darf, weil diese sonst nicht auf die geforderte Mindeststundenanzahl für ihre gymnasiale Schullaufbahn kämen. Gymnasiallehrkräfte im Westen der Stadt sind im Schnitt 53 Jahre alt. Ihnen wurde gerade ebenso

wie allen anderen Lehrkräften die Altersermäßigung gestrichen. Die Unterrichtsbelastung

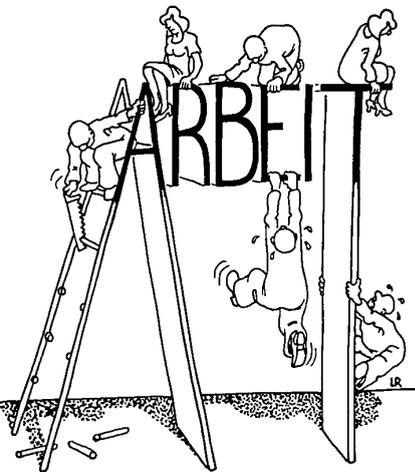
erhöht sich damit monatelang um drei bis vier Stunden pro Woche. Diese Rahmenbedingungen konterkarieren jeglichen Ansatz für einen sinnvollen Umbau des Unterrichts in der Konsequenz von PISA und TIMSS.

Unter dem Deckmantel von z.T. durchaus begrüßenswerten politischen Vorgaben drohen von interessierter Seite in der Senatschulverwaltung Maßnahmen verwirklicht zu werden, die das Gegenteil der Vorgaben bewirken werden, die die Kernstücke der gegenwärtigen gymnasialen Oberstufe aushebeln und mit unzeitgemäßer zentraler Steuerung bisherige Vielfalt drastisch einschränken und somit ihres Sinns berauben werden. Das muss verhindert werden. Die GEW BERLIN ist gut beraten, den Protest gegen diese Deformierung der gymnasialen Oberstufe zu organisieren und sich zu diesem Zwecke mit Schülern, Eltern oder auch anderen Verbänden wie z.B. der MNU zusammen zu tun.

Hans-Gerd Prause
ist Schulleiter in
Steglitz



Arbeitslosenseminar in Zechlinerhütte



Das diesjährige Arbeitslosenseminar der GEW Berlin fand in Zechlinerhütte im schönen „Haus am See“ statt. Zwölf erwerbslose Mitglieder der GEW BERLIN informierten sich über aktuelle Entwicklungen des Arbeitsmarktes, über das neue Job-AQTIV-Gesetz, über die Vorschläge der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes und über zentrale Aspekte des Leistungsrechts für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe.

Zu Beginn des Seminars stellten Ulrich Wilke und Marion Herrmann den Arbeitslosenausschuss und seine Arbeit vor. Aktuelle Schwerpunkte in der Ausschussarbeit liegen in der Ausweitung von Kontakten zu anderen Berliner Arbeitslosengremien und in der Information der Mitglieder über Presseberichte der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes.

Matthias Jähne von der GEW BERLIN, gab einen Überblick über Änderungen im Arbeitsförderungsrecht nach dem Job-AQTIV-Gesetz seit Januar 2002. Es wurde deutlich, dass verschiedene Instrumentarien im Rahmen dieses und weiterer neuer Gesetze, wie Vermittlungsgutschein, Jobrotation, „Profiling“ noch nicht greifen und es deshalb fragwürdig ist, ob damit wirklich mehr Menschen in vernünftig

bezahlte Arbeit kommen. Anschließend referierte Marion Herrmann über die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und die Förderung von Billigjobs. Diese Maßnahmen werden zu erheblichen Leistungskürzungen und sozialen Einschnitten führen.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen von Fragen zum Leistungsrecht von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Dieser Teil wurde von Thomas Rosumek-Mathes vom Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ) bestritten, der seit vielen Jahren beim Arbeitslosenseminar der GEW BERLIN mitmacht und die GEW auch sonst mit Rat und Infos unterstützt. Er stellte die wichtigsten gesetzlichen Regelungen zum Bezug von Arbeitslosengeld, wie Anwartschaften und Bezugsdauer, Bemessung der Höhe, Bestandschutzregelungen, Wiederbewilligung von Restansprüchen auf Arbeitslosengeld, Eingliederungsvereinbarung und private Vermittlung vor. Am letzten Seminartag konnten noch Spezialthemen wie „Urlaub“, Ortsabwesenheit, Mitnahme des Leistungsanspruchs ins EU-Ausland und Anrechnung von Nebeneinkünften bei Arbeitslosigkeit behandelt werden.

Für die Arbeit des Arbeitslosenausschusses der GEW Berlin ergab sich aus dem Seminar die Konsequenz, in noch stärkerem Maße eigene Argumente gegen die bisher bekannt gewordenen Eckpunkte der Hartz-Kommission zu stellen und den Protest in öffentlichen Aktionen deutlich zum Ausdruck zu bringen. Wir würden uns freuen, wenn die GEW BERLIN auch im nächsten Jahr das Seminar für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte KollegInnen anbietet.

Harald Hommers

SUPER KLASSENFahrTEN

deutschland & europaweit 2002|03

direkt buchen · direkt sparen · einfach anrufen

Der neue Katalog ist da!

Ihre Vorteile:

- Freiplatz für jede 11. Person
- Superspartermine für Gruppen ab 15 Personen
- Durchführungsgarantie für Kleingruppen bereits ab 10 Personen
- Regionalabschluss vom Abfahrtsort zum Reiseziel

Eine Auswahl unserer Hits:

5 Tage	Kieler Förde	ab 121,- €
4 Tage	Insel Rügen	ab 89,- €
4 Tage	Insel Usedom	ab 99,- €
3 Tage	Fläming	ab 63,- €
3 Tage	Harz	ab 73,- €
4 Tage	Oberpfalz	ab 123,- €
5 Tage	Plattensee	ab 125,- €
6 Tage	Toskana	ab 129,- €
5 Tage	Polnische Ostsee	ab 99,- €
5 Tage	Riesengebirge & Prag	ab 111,- €
5 Tage	London	ab 143,- €
4 Tage	Wien	ab 127,- €

Unsere Winterspecials:

5 Tage	Riesengebirge Ski & Fun	ab 99,- €
5 Tage	Südtirol Superski	ab 183,- €

Fordern Sie gleich unseren aktuellen Katalog für Klassenfahrten deutschland- & europaweit an – kostenfreier Versand selbstverständlich! Angebote für Klassenfahrten nach Berlin finden Sie in unserem Spezialkatalog „Berlin never sleeps“ oder unter: www.berlin-never-sleeps.de

welcome berlin tours GmbH www.klassenfahrt.net · info@welcometours.com
Neue Bahnhofstr. 9-10 · 10245 Berlin · Tel 030-443393-30 · Fax 030-443393-36

WWW.REITERHOF-GROSS-BRIESEN.DE

☎ 03 38 46 - 41 6 73



HAMBURG MANNHEIMER

Beamten-/Angestellten-Darlehen

Für Sie, unsere Beamten auf Lebenszeit, Akademiker und Angestellten/Arbeiter des öffentlichen Dienstes, haben wir spezielle Darlehens-Programme. Zum Beispiel Festzinsen ab 5,95 % und effektive Jahreszinsen ab 6,42 %. In unserem InfoBüro erhalten Sie weitere schnelle und kompetente Lösungen. Rufen Sie uns an.

Beispiel ①

- 30 jähriger Beamter a. L.**
Laufzeit 20 Jahre
 + Festzins 6,35 %
 + Effektiver Jahreszins 6,97 %
 + Bei 30 000 Euro sind das monatlich 271,25 Euro inkl. Lebensversicherung
 + Bei 50 000 Euro sind das monatlich 449,58 Euro inkl. Lebensversicherung

Beispiel ②

- 30 jähriger Angestellter, Beamter a. P. oder Arbeiter**
Laufzeit 15 Jahre
 + Festzins 6,80 %
 + Effektiver Jahreszins 7,36 %
 + Bei 25 000 Euro sind das monatlich 271,16 Euro inklusive Lebensversicherung

Generalagenturen Jürgen Jäckel

Hannover: Wieselweg 7_30900 Wedemark_fax 0 51 30.79 03 95



InfoBüro 0 800.64 65 000

Von 8-20 Uhr gebührenfrei, direkt und bundesweit

Schluss mit der Weibervirtschaft!

Wissen Sie, wer Schuld daran hat, dass Jungen unordentlicher schreiben, größere Schulprobleme haben, öfter sitzen bleiben und mehr randalieren als Mädchen? Nein, es ist nicht das Testosteron im Blut, das angehende Männer zu willenlosen Opfern ihrer Hormone macht. Oder gar die rudimentäre Vernetzung der männlichen Hirnhälften. Schuld sind die Frauen! Sie sind es, die rücksichtslos die frühkindliche Sozialisation an sich reißen, die Männer dort brutal verdrängen und kleine Jungen konsequent fehlleiten. Vom ersten Augenaufschlag an ist doch ein männliches Wesen hilflos den Weibern ausgeliefert. Beim Windelnwechseln, beim Ringelreihen, beim Buchstabieren. Sehr wahrscheinlich musste sich „der kleine Mann“ schon im Mutterleib sanfte Schwangerschaftsmusik und Intelligenz fördernden Mozart anhören statt Hardrock und Gangster-Rap. In Kindergärten und Grundschulen okkupieren Frauen skrupellos sämtliche Arbeitsplätze. Nur die Leitungsstellen überlassen sie in der Regel scheinheilig einem Quotenmann, damit die Welt nach außen in Ordnung scheint. Sogar in den hehren gymnasialen Wissenschaften müssen sich männliche Schülerinnen von Emanzen verbiegen lassen, die aus purer Gemeinheit Mathematik, Physik und Latein studiert haben. Was bleibt den Jungen da anderes übrig als auszurasen? Wie sonst sollen sie ihre Männlichkeit ausleben?

Früher war die Welt noch in Ordnung. Da saßen in den harten Holzbänken der Gymnasien und Universitäten nur Männer. Und die wurden von echten Männern unterrichtet! Die wenigen Frauen, die meinten, auch ein Recht auf höhere Bildung zu haben, wurden spöttisch mit „Meine Herren!“ angeredet und mussten sich Bemerkungen über den negati-



ven Zusammenhang von prämenstruellem Syndrom und intellektueller Tätigkeit anhören. Wissenschaftler schrieben tiefgründige Bestseller über den „physiologischen Schwachsinn des Weibes“ und rieten vehement davon ab, jungen Frauen die Gymnasien und Universitäten zu öffnen. In den männerdominierten Gymnasialkollegien wurde den Mädchen bis in die siebziger Jahre hinein verächtlich erzählt, wie schwer Physik für sie sei und dass sie nach dem Abitur („vergebliche Liebesmüh“) ohnehin heiraten würden. Deshalb hatten sie auch an vielen Schulen Hauswirtschaft statt Werken. Aber nie hätte jemand lauthals und öffentlich darüber lamentiert, welch eine Zumutung es für Mädchen ist, fast ausschließlich von Männern unterrichtet zu werden. Wenn Mädchen Schulprobleme hatten, dann lag das an ihrer geistigen Inferiorität, aber doch nicht an fehlenden weiblichen Leitbildern in Erziehung, Hochschule, Beruf und Gesellschaft – oder gar an unsensiblen Männer- Lehrern, die auf Grund ihrer schlicht gestrickten Biostruktur gar nicht in der Lage waren, ihre Schülerinnen zu bilden und zu fördern.

Heutzutage wird jedoch gebetsmühlenartig das entsetzliche Übel beschworen, dass die Jungen in den Schulen der Nation gnadenlos von einer weiblichen Übermacht unterdrückt und benachteiligt werden. Dass sie unter Frauen leiden, die das biologische Wesen des Mannes nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen. Diese feministischen „Pädagoginnen“ deformieren kleine Jungen, zwingen sie zum Stillsitzen und Schönschreiben und drücken ihnen literarische Texte auf, die kaum einen normalen Schweifträger interessieren. Kein Wunder, dass Jungen nicht gerne lesen und uns auf internationaler Ebene so runterziehen. (Hat eigentlich noch niemand den negativen Einfluss der Frauen in Bezug auf die PISA-Ergebnisse untersucht? Wahrscheinlich gibt es in Finnland und Bayern viel mehr männliche Lehrerinnen!)

Der unheilvolle Einfluss einer frauendominierten Erziehung mache sich schon lange schmerzlich bemerkbar, konstataren besorgte Erziehungswissenschaftler und Journalisten. Durch mafia-ähnliche Weiber-Seilschaften werden Jungen nicht gezielt gefördert, dafür aber immer mehr Mädchen

durchs Abitur „geschleust“. (Seltsam nur, dass sich das auf Spitzenpositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik so wenig auswirkt...)

Warum aber hält sich (nicht nur) der deutsche Mann aus der Erziehung so dezent fern? Hat es gar damit zu tun, dass manche Tätigkeiten ihr Prestige verlieren, wenn zu viele Frauen ihnen nachgehen? In der ehemaligen Sowjetunion konnte man das interessante Phänomen beobachten, dass der angesehene Arztberuf zu einer minderbezahlten und gering geschätzten Tätigkeit wurde, als hauptsächlich Frauen ihn ausübten. Übrigens wurde schon vor 25 Jahren in der Sowjetunion die „Feminisierung der Jungen“ in den Schulen beklagt, verursacht durch ein Riesenheer schlecht bezahlter Lehrerinnen. Mittlerweile gibt es aber einzelne russische Schulen, die die Jungen wieder zu Kerlen und die Mädchen zu Köchinnen erziehen – in getrennten Klassen. Eine tröstliche Lösung! Als Vorbild sollten uns vielleicht auch archaische Kulturen dienen, die kleine Jungen in einem bestimmten Alter den Müttern entreißen und sie von Männern zu Jägern und Kämpfern ausbilden lassen.

Aber so lange sich die Herren der Schöpfung konsequent aus Erziehungsurlaub, Kindergarten und Grundschule raushalten, solange selbst die „Jungengruppen“ in den Oberschulen von Frauen geleitet werden müssen (weil den männlichen Kollegen zur „Identitätsbildung“ der Jungen außer Fußball nicht viel einfällt), solange darf man nicht jammern und klagen, dass „nur“ Frauen die Erziehung der Jungen übernehmen!

Gabriele Frydrych



10 Jahre AG Lesben

Am 21. November 1991 fand in den Räumen der GEW das erste Treffen lesbischer Lehrerinnen statt. Zwei engagierte GEWlerinnen hatten das Treffen organisiert. Einige aktive Frauen waren im nächsten Jahr bereit, eine AG Lesben in der GEW zu gründen. Der Landesvorstand unterstützte diese Initiative. Die AG wurde dabei endgültig Arbeitsgemeinschaft lesbischer Lehrerinnen, Erzieherinnen und Wissenschaftlerinnen genannt.

Den Berliner Frauen war es bald nicht mehr genug, auf Landesebene zu arbeiten und so bereiteten sie bald mit Nordrhein Westfalen ein Treffen „Lesben und Schule“ auf Bundesebene vor. In mühsamer Kleinarbeit stellten sie Kontakte zu Frauen in anderen Bundesländern her. 1994 fand das erste Bundestreffen in einem Tagungshaus in Feldberg/Mecklenburg statt. Für viele anreisende Frauen war dies die erste „Osterfahrring“. Inzwischen hat sich vieles geändert. In diesem Jahr fand das neunte Bundestreffen statt. Es hat erheblich zur besseren Vernetzung von Lesben, die im Schul- und Erziehungsbereich arbeiten, beigetragen. Nachdem das erste Treffen mit persönlichen Mitteln finanziert wurde, hat inzwischen die GEW die Zuständigkeit übernommen und die jährliche Fortbildung „Lesben und Schule“ wird vom Bundesministerium für Frauen unterstützt. Außerdem hat

sich 1999 auf Bundesebene bei der GEW eine Arbeitsgruppe Lesben und Schwule gegründet. In ihrer kurzen Zeit hat die „AG“ viel erreicht. Larissa Klinzing, die für die AG verantwortlich ist, sorgte dafür, dass wichtige Stellungnahmen zum Thema „Homoehe“ und bezüglich der innergewerkschaftlichen Arbeit von Schwulen und Lesben gedruckt werden konnten. Eine Broschüre und ein Flyer wurde herausgegeben, die über die GEW zu beziehen sind.

Auch in der AG Lesben Berlin war das Lebenspartnerschaftsgesetz ein Thema. Politikerinnen wurden in die Geschäftsstelle der GEW eingeladen um mit Ihnen das Für und Wider zu diskutieren.

Trotz Kritik an dem Gesetz freuen wir uns, dass sich schon zwei Frauen der AG Lesben „verpartnert“ haben. Inzwischen gehört die AG Lesben zum Frauenausschuss der GEW und zwei ihrer Mitglieder sind in dessen Sprecherinnenrat. Hier findet ein wichtiger Austausch zwischen sehr unterschiedlichen Frauen statt. Die AG Lesben nimmt seit einigen Jahren regelmäßig am CSD teil, organisiert Veranstaltungen und Tagungen.

Inzwischen haben sich Ihre Treffen in einen Frauenort (die „Regine“) verlagert. Neue Teilnehmerinnen sind in unserer Gruppe immer gern gesehen.

*Christa Lenoir, Jutta Cassau
AG Lesben der GEW BERLIN*

Homosexualität in der EU

Die erste von der EU finanzierte europäische Fortbildung zum Thema „GLEE: Sichere und bestärkende Schulen für LGBT-Jugendliche und -LehrerInnen“ (LGBT= Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender) fand im vergangenen Jahr in Finnland statt. Elf LehrerInnen aus acht Ländern haben daran teilgenommen, darunter auch Angelika Schwartz von der GEW BERLIN. Ziel des Projektes war es, insbesondere Jugendliche und LehrerInnen an Schulen in ihrer Identität zu bestärken und vor Diskriminierung zu schützen. Jetzt soll ein gemeinsames Projekt mit Frankreich, Italien, Portugal und Österreich aufgebaut und LehrerInnen-Training angeboten werden. Wer an einer bereits geplanten Fortbildung zu diesem Thema Interesse hat oder weitere Informationen wünscht, meldet sich bitte unter Angelika.Schwartz@berlin.de

Richter Sparmann
urteilt: Wer sich Tilo Stöhrs Angebote jenseits jeder forensischen Gebührenordnung am Arsch vorbeigehen läßt, verstößt gegen die Gesetze der Vernunft.



Und auch das noch:
Das Verhandeln wie im Orient ist uns nicht fremd.

TILO STÖHR

Fernsehen · Radio · Hifi · Video · Elektrogeräte
Kaiserdamm 113 · 14057 Charlottenburg
Brunsbütteler Damm 51 · 13581 Spandau
Neben toom's und kaiser's mit Parkplätzen
Tel.: 320 950 und 320 95 351 · Fax: 320 95 999
www.tilo-stoehr.de · verkauf@tilo-stoehr.de



Günstiger als an der Kasse

Ohne Theater ins Theater.



TheaterGemeinde
Berlin/Brandenburg

Telefon 030/212 963 00 · www.theatergemeinde-berlin.de

AUSSCHNEIDEN UND EINSENDEN

Ja, ich möchte erfahren, wie ich in Zukunft ohne Theater ins Theater komme.

Schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihr Infopaket: Informationen über die TheaterGemeinde und je ein Probeheft von SPIELPLAN und TheaterRundschau.

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

TheaterGemeinde e.V. · Tauentzienstraße 3 · 10789 Berlin

Lernort Maxim Gorki Theater

Seit Januar 2002 leistet sich das Maxim Gorki Theater eine theaterpädagogische Abteilung, die für Schulklassen Einführungsworkshops anbietet. 55 Gruppen haben das Angebot bis zum Spielzeitende im Juni genutzt, einige sogar zweimal. Was macht den Lernort Theater für Schüler so attraktiv und für Lehrer so sinnvoll? Nun, da ist zum einen die Aura des fremden Ortes. Schon aus der Schule heraus zu sein setzt ungeahnte Energien frei.

Ein Theater wie das Gorki, ist ein Ort der Verwandlung, ein Ort der Illusion, ein Ort der Magie. Er weckt Neugier und Neugier ist die erste, beste und wichtigste Voraussetzung fürs Lernen. Während die SchülerInnen im Foyer ihren Workshop abhalten, wird oben auf der Bühne geprobt. Nein, da dürfen wir nicht zugucken. Das bleibt ein Geheimnis bis zur Premiere.

Nur manchmal sieht man einen Schauspieler in komischem Kostüm vorbei huschen, oder ein neugieriger, diskret anerkennender Blick eines nur mal kurz reinschauenden Regisseurs, Technikers, Intendanten wird aufgefangen. Wir tun unten im Foyer das gleiche wie die oben auf der Bühne. Mittagessen gibt's in der Kantine. Da sitzen die SchülerInnen hautnah neben den echten Künstlern, diesen ewig debattierenden Theatermenschen. Die Atmosphäre der Fremdheit und des Geheimnisvollen dient dazu unerschwellig Wissensdurst zu entfachen. Auch die Workshops sind daraufhin konzi-

piert, Fragen zu stellen und nicht Antworten zu geben. Und nicht einmal der Besuch der Vorstellung löst die selbst gestellten Rätsel, sondern ist bestenfalls ein sorgfältig überlegter subjektiver Beitrag zur Debatte: „Wie leben wir heute?“. Sichere Antworten gibt es da nicht, und kein Richtig oder Falsch; aber die Suche nach dem bestmöglichen Weg. Und auch das vereint die SchülerInnen und LehrerInnen mit den Theaterleuten.

Die Gorkibesetzung befließt sich desselben pfadfinderischen Wagemuts wie es Erfinder oder Wissenschaftler tun; oder unsere Lieblingsschüler, die wir nicht deshalb lieben, weil sie schon alle Antworten wissen, sondern wie sie uns Fragen stellen, die uns herausfordern. Und so bewegen sich die SchülerInnen im Theater quasi unter ihresgleichen, unter Suchenden, Forschenden, Ausprobierenden. Und jedes gefundene Körnchen Wahrheit ist es wert betrachtet zu werden.

Wie muss man sich so einen Workshop vorstellen? Für Lehrer sind sie eine sinnvolle Vertiefung und Ergänzung des Unterrichts, für Schüler eine willkommene Abwechslung zum Schulalltag. Sie sind ein feingesponnenes Netz aus Spielen, Übungen und Gruppenaufgaben. Mit den Mitteln und Methoden des Theaters erforschen wir das Thema unter dem sowohl Workshop als auch die Inszenierung steht. So vollziehen wir einen Teil des Prozesses nach, den das Profiteam bei der Erarbeitung des Stückes auch durchlaufen hat. Wir erfinden vor, was wohl auf der Bühne zu sehen sein könnte.

Wenn die Schüler dann die Aufführung sehen, sind sie nicht Konsumenten eines Kunstproduktes sondern Koproduzenten in einem Kunstprozess.

Die Theaterpädagoginnen stellen sich zuallererst die Frage, was der Zuschauer wissen, kennen, erleben muss, um die Aufführung mit größtmöglichem Gewinn zu verfolgen. Im Workshop zu „Gespenster“ zum Beispiel geht es um das Lügen. Wir probieren aus, woran man Lügen erkennt, diskutieren, ob Lügen immer verwerflich ist, unterscheiden Lebenslügen, Selbsttäuschungen, Verdrängungsmechanismen und Demagogie. Warum lügen wir? Dann lernen die Schüler die Figuren des Stückes mit ihren Träumen und dunklen Geheimnissen kennen, fühlen sich ein, stellen sie in fiktiven Situationen dar. In Kazuko Watanabes Inszenierung können wir dann erleben, wie sie sich aus den ersponnenen Scheinwelten zu befreien versuchen. Identifikationsfiguren sind die erwachsenen Kinder Regine und Oswald, die mit aller Macht versuchen ihr Leben in die Hand zu nehmen und an den Lügengespinnten der Eltern tragisch scheitern.

Wenn wir die Inszenierung „Iphigenie auf Tauris“ vorbereiten, liegt ein Schwerpunkt auf der Sprache. Einerseits wegen der hohen Sprachkultur, die von Langhoffs Schauspielern vorbildhaft gepflegt wird, andererseits, weil Kenntnis und Verständnis von Versmaß und Rhythmus oft fehlen und damit eine ganze Dimension von Kunstgenus. Da sprechen wir die fünf Fußigen Jamben im Takt der Schritte. Sieh da,

Goethe war ein Rapper. Und mit der Kenntnis des mythologischen Hintergrundes von Iphigenies Familiengeschichte sinkt das Einstiegsalter für das Hauptwerk der deutschen Klassik auf die 9. Klasse.

So hat jeder Workshop seine Fragestellung. In „Republik Virena“ geht es um Architekturutopien. In was für einer Stadt möchtet ihr eigentlich leben? In der „Heldin von Potsdam“ denken wir über den Heldenbegriff nach. Wer kann heute wie ein Held in Deutschland sein?

Angereichert mit Hintergrundwissen zum Stück, zum Autor, zum Inszenierungsteam, zu aktuellen Diskussionen werden diese Themen unter immer neuen Aspekten beleuchtet und erprobt. Im wahrsten Sinne des Wortes erspielen wir uns eine Meinung, eine Haltung, eine Erfahrung, eine Erkenntnis. Das Spiel unterliegt, wie wir aus Kinderzeiten wissen, strengen Spielregeln. Es muss freiwillig sein. Es muss Spaß machen. Es muss allen die gleichen Chancen einräumen. Es muss sich jeder, der mitmacht, an die Spielregeln halten, sonst funktioniert es nicht. Es kann nichts wirklich Gefährliches passieren, denn wir tun nur so als ob. Und dieses „Als – ob“, wenn wir es nur ernst genug nehmen, gibt uns die unendliche Freiheit einer virtuellen Welt. Auch da liegt eine Affinität zu den Jugendlichen. Alles ist möglich, man muss es nur probieren. Try. Error. Macht nichts. Try again. Lernen macht Spaß.

Maxim Gorki Theater

Am Festungsgraben 2,
10117 Berlin.

Die Theaterpädagoginnen des Gorki stellen ihre neuen Workshops den Lehrerinnen und Lehrern gern in zweistündiger Kurzform vor. Diese Veranstaltungen stehen unter dem Titel „Starter“ auf dem Monatsspielplan. Wer neugierig ist, rufe einfach an: Tel. 20221 315, Fax 20221 365, theaterpaedagogik@gorki.de

Bärbel Jogschies

Die kontinuierlich gewachsene Belastung des pädagogischen Personals ist in einer Vielzahl von Untersuchungen nachgewiesen und dokumentiert worden. Mit einer vom Gesamtpersonalrat initiierten Befragung sollten konkrete Belastungsdaten für einzelne Berliner Schulen ermittelt werden, damit auf dieser Ebene begonnen werden kann, besonders schwerwiegende Belastungen zu beseitigen. Neun Monate arbeiteten Personalräte mit Vertretern des Landeschulamtes (LSA) und Mitarbeiterinnen des Arbeitsmedizinischen Vorsorgezentrums (AMVZ = überbetrieblichen Dienst für das LSA) an der Konzeption für diese Untersuchung an den allgemeinbildenden Schulen Berlins.

Basis der Ende Januar 2002 fertigen Konzeption war eine von Professor Rudow (TFH Merseburg) entwickelte Prüfliste, die vom Bundesverband der Unfallkassen unter der Nummer GU 50.11.60 als empfohlenes Instrument zum Einsatz an Schulen veröffentlicht worden ist. Sie sollte sechs Jahre nach Inkrafttreten des Arbeitsschutzgesetzes den Einstieg in die gesetzlich vorgeschriebenen Gefährdungsbeurteilungen für pädagogisches Personal bringen.

Das Konzept wurde dem Gesamtpersonalrat zur Mitbestimmung vorgelegt, aber noch bevor der seine Zustimmung dazu erteilen konnte, wurde der gesamte Vorgang vom Lei-

Nie sollst du mich befragen

Psychomentale und psychosoziale Belastungen dürfen an den Berliner Schulen nicht ermittelt werden.

ter des LSA zurückgezogen. Was war passiert?

Die Kultusminister hatten sich im Herbst 2001 mit dem Problem „Gefährdungsbeurteilung des Lehrerarbeitsplatzes“ beschäftigt. In einer Stellungnahme des Unterausschusses Schulrecht vom Oktober 2001 heißt es zu der von Prof. Rudow entwickelten Prüfliste: „Die beabsichtigte Lehrerbefragung gibt ein subjektives Belastungsempfinden in einem atypischen und den Arbeitsauftrag der Lehrkraft nur teilweise erfassenden Arbeitsplatz Schule wieder. Der Lehrerarbeitsplatz ist durch eine weitgehende Selbstbestimmtheit der örtlichen und zeitlichen Arbeitsaufteilung definiert.“ Danach wird dann die Katze aus dem Sack gelassen: die „eigenverantwortliche Arbeitsorganisation jenseits der Pflichtunterrichtsstunden durch die einzelne Lehrkraft hat einen wesentlichen Einfluss auf die jeweilige individuelle psychische Belastung der Lehrkraft, d.h. die psychische Belastung der einzelnen Lehrkraft wird maßgebend durch die außerunterrichtliche persönliche Arbeitsorganisation mit gesteuert.“ Damit es auch ganz Be-

griffsstutzige begreifen, heißt es weiter: „Die unzureichende Unterrichtsvorbereitung hat unmittelbare Rückwirkung auf den Stressfaktor in der Schule wie die verspätet korrigierte und zurückgegebene Klassenarbeit.“

Fazit: Nur wer sich schlecht vorbereitet hat Stress. Da dies in der Befragung keinerlei Berücksichtigung findet, wenn es denn überhaupt erfassbar ist, taugt der Fragebogen nichts. So einfach ist das! Dass die gesamte Stressforschung andere Aussagen macht, ficht die Kultusminister nicht an. Damit niemand auf die Idee kommt, die Fragen ein wenig umzuformulieren um doch noch eine Befragung durchführen zu können, folgt dann das Totschlag-Argument: „Das Abfragen eines subjektiven Belastungsempfindens ist darüber hinaus ein unzulässiges Instrumentarium für die Erhebung objektiver Stress begründender Faktoren.“

Das Abfragen subjektiven Belastungsempfindens ist in der Arbeitswissenschaft ein anerkannte Methode der Datengewinnung. Zur Ermittlung der Belastungen bei der Bild-

schirmarbeit hat die Senatsinnenverwaltung selbst ein subjektives Befragungskonzept entwickelt. Im „Handbuch psychologischer Arbeitsanalyseverfahren“ werden Befragungen, die grundsätzlich immer subjektive Empfindungen und Einschätzungen abfragen als naheliegende Methoden beschrieben, „denn die Arbeitenden kennen ihre eigene Arbeitstätigkeit am besten.“ Und in einem von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin entwickelten Befragungskonzept (BASA) ist die Abfrage subjektiven Belastungsempfindens selbstverständlicher Bestandteil der Untersuchung.

Offenbar fürchten die Kultusminister Befragungen an Schulen, weil sie das wahre Ausmaß der täglichen Arbeitsbelastungen offenbaren würden und die Kultusminister als Arbeitgeber handeln müssten. Solange man jedoch das Opfer zum Täter machen kann, kann alles so bleiben wie es ist.

Manfred Triebe



anzeige



passat
REISEN

24 Std. INFOLINE 69 58 210

FAXABRUF 69 58 22 30

WWW.PASSAT-REISEN.DE

TORGELHEUZEBERG	TORGELTIERPARKEN	PREISWEDDING	PREISERIEBURGHAM	TORGELSCHMERBERG
Eckelosenstraße 97 Ecke Turmstraße Mo-Fr 10-20 / Sa 10-15 6 93 82 - 8	Waldstraße 60 Ecke Turmstraße Mo-Fr 10-19 / Sa 10-15 3 95 80 - 25	Mühlenstraße 59a U-Bhf. Rehberge Mo-Fr 10-14 u. 15-19 4 52 50 - 47	Bohagener Straße 123 U-Bhf. Frankfurter Tor Mo-Fr 9-18 / Sa 10-13 29 34 03 - 0	Grünwaldstraße 44 U-Bhf. Bayerischer Platz Mo-Fr 10-19 / Sa 10-15 21 28 06 - 0

www.passat-reisen.de

Aktuelles Gewinnspiel:

- Preis: 1 Freiflug nach Korsika außerhalb der Ferienzeiten und nach Verfügbarkeit vom
- Preis: 1 Woche Mietwagen von Holiday-Autos Kategorie A, im Land Ihrer Wahl

Direkt online buchen

Lines- & Charter-Special: Last Minute mit Kindern

Online-Preisvergleich zu Pauschalreise-Angeboten.

Täglich aktuelle Last-Minute-Listen

Fincas, Casas, Casitas... auf den Kanaren

mit angenehmen Temperaturen das ganze Jahr bestens geeignet für einen naturnahen, ruhigen **Badeurlaub**.

Zum Beispiel La Palma

Versteckte Badbuchten, ausgedehnte Küstenvälder, riesige Bananenplantagen, tolle Barrancos & widerkühnte Felslandschaften.

Die Kanarische Schweiz – ideal auch zum Wandern!

Viele Top-Angebote und Reise-Infos auch im Internet.

Casa Blanca

Traumhaus in bester Lage bei Los Llanos. Schöner Garten, 2 Terrassen, 2 Schlafzimmer, großer Küchen-Wohnbereich, Bad, Sat-TV, großer Pool (nicht beheizbar).

Bis 2 Personen € 41,- pro Tag, jede weitere Person € 8,-/Tag, Kinder bis 12 Jahre frei.

Hartz oder „Integration durch Arbeit“?

„Fördern und Fordern“ von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, das ist der politische Slogan. Wie sieht das aus? Was gibt es für Möglichkeiten?

In Zeiten des Wahlkampfes ist das Thema Arbeitslosigkeit ein heißes und beliebtes Wahlkampfthema. 1985 gab es 2,3 Millionen Arbeitslose und es wurde von Massenarbeitslosigkeit gesprochen. Die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ist seitdem kontinuierlich gestiegen. In kurzen Phasen des Wachstums beruhigte sich die Statistik geringfügig, um dann danach wieder entsprechend zuzulegen. Wirtschaftsminister Müller sagt für 2002 ein Wachstum von 1 Prozent voraus und für 2003 ein Wachstum von 3 Prozent. Aber wir wissen, dass die heutige Wirtschaftsform so unglaublich produktiv ist, dass für immer höhere Erträge immer weniger Menschen erforderlich sind. Wirtschaftswachstum führt nicht automatisch zu mehr Beschäftigung.

Wie wird gefördert?

Es existieren zahlreiche arbeitsmarktpolitische Instrumente, um Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es gibt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM), Integration durch Arbeit (Ida), Hilfe zur Arbeit (HzA), gemeinnützige Arbeit (GzA), Jugendsofortprogramm (Jump). In allen diesen Maßnahmen wird erwerbslosen Menschen die Chance geboten, für eine befristete Zeit berufstätig zu sein. Das Bedauerliche ist, dass Fähigkeiten sich entwickeln können, und dann wieder brach liegen.

Das Kernstück der rot-grünen Arbeitsmarktreform, das JobAQTIV-Gesetz, ist zum Jahresbeginn 2002 in Kraft getreten und darf bei der Aufzählung



von Beschäftigungsmöglichkeiten nicht fehlen. Denn hier heißt es „Fördern und Fordern“ (Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln). Ein positiver Akzent liegt darin, dass die Wartezeiten für Fördermaßnahmen verkürzt wurden. Wenn aber die Finanzierung von solchen Maßnahmen gestoppt wird, dann ist ein solches Gesetz kontraproduktiv. Dann ist auch in Berlin die Infrastruktur der freien Träger gefährdet, denn viele freie Träger konstituieren sich über den zweiten Arbeitsmarkt.

Vorschläge der Hartz-Kommission

Die Reformvorschläge der Hartz-Kommission beinhalten weitere Instrumente.

- Personal Service Agenturen (PSA). In Personal Service Agenturen können Unternehmen Arbeitslose ausleihen.
- Ich-AG: Arbeitslose sollen sich mit Unterstützung des Arbeitsamtes selbstständig machen. Schwarzarbeit soll damit legalisiert werden.
- Ältere Arbeitslose über 55 Jahre können sich laut

Hartz für die Zeit bis zur Frührente mit 60 ein reduziertes Arbeitslosengeld auszahlen lassen. Diese Personen unterliegen dann nicht mehr der Vermittlung des Arbeitsamtes.

- Die Pauschalisierung des Arbeitslosengeldes soll die Bearbeitung eines Antrages auf Arbeitslosengeld beim Arbeitsamt verkürzen.
- Damit die Arbeitslosen schnell wieder eine Arbeit suchen, werden sie finanziell unter Druck gesetzt. Das Arbeitslosengeld soll nur noch 12 Monate und die Arbeitslosenhilfe nur noch 24 Monate gezahlt werden.

Die Gewerkschaften haben sich dafür eingesetzt, dass die Leistungszahlung in der existierenden Form bestehen bleibt und die Hartz-Kommission hat ihre Beschneidung von Leistungen zurückgenommen.

Integration durch Arbeit

Ich war drei Jahre als Dozentin und Beraterin für die Maßnahme „Integration durch Arbeit“ tätig. In dieser Maßnahme kommen Sozialhilfeempfänger in eine einjährige, sozialversicherungspflichtige Be-

schäftigung. Sie werden qualifiziert, beraten und erhalten die Chance, in einem Praktikumsplatz eine berufliche Orientierung zu entwickeln. Zu Beginn der Maßnahme sind alle sehr skeptisch und haben Angst vor den Anforderungen, die auf sie zukommen. Sie können kaum erkennen, dass die Maßnahme eine Chance ist. Das Selbstwertgefühl ist gering. Es ist wenig Zutrauen vorhanden, neue Prozesse bewältigen zu können. Dies aufzudecken und zu durchbrechen und eine berufliche Orientierung und Identität zu entwickeln, darin liegt das soziale Wachstum der Persönlichkeiten in der Maßnahme.

Was ist zu tun?

Arbeit ist kein rein wirtschaftlicher Sachverhalt. Die Arbeitsmarktinstrumente aber sehen den Menschen nur unter dem Gesichtspunkt des „homo oeconomicus“. Diese Sichtweise beinhaltet eine Zerstörung von humanen menschlichen Ressourcen. Wenn Erwerbslosigkeit wirklich bekämpft werden soll, dann müssen die Ursachen benannt und angegangen werden. Es müssen Strategien entwickelt werden, die den vorhandenen Bedarf an ortsnaher, kleinräumiger Versorgung, an Umweltschutz und am Ausbau einer öffentlichen Verkehrsinfrastruktur aufgreifen. Wir brauchen den Dialog um eine ökologische, soziale und nachhaltige Kultur der Arbeit. Wir brauchen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der längerfristige Beschäftigungen zu tariflichen Bedingungen bietet. Es geht um Arbeit und menschliche Würde!

Antonia Brinker

Post von Pieper

Empört über den erneut für den 1. Mai in Hohenschönhausen geplanten NPD-Aufmarsch beschlossen die Lichtenberger LehrerInnen und ErzieherInnen am 23.05.2002 in ihrer Personalversammlung, den Innensenator Dr. Körting aufzufordern, rechtsextreme Demonstrationen künftig nicht mehr nach Lichtenberg-Hohenschönhausen zu verlegen. Dr. Körting äußerte in seiner Antwort Verständnis über den Unmut der Lichtenberger Personalversammlung und teilte gleichzeitig mit, dass sich die Innenverwaltung wegen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Demonstrationsrecht nicht in der Lage sehe, eine Verlegung von NPD-Demonstrationen in andere Stadtbezirke zu veranlassen.

Unerwartet ging auch eine Antwort des LSA-Leiters an die Personalversammlung ein. Sie ist eine bemerkenswerte Demonstration seines demokratischen Grundverständnisses:

„... Ich muss leider feststellen, dass die offensichtlich während der Personalversammlung erörterte Frage der Genehmigung von Zeit und Ort von Demonstrationen ebenso wie die Forderung an die Senatsverwaltung für Inneres nicht zu den durch das Personalvertretungsgesetz definierten Zuständigkeiten der Personalversammlung gehören... Ich muss daher erwarten, dass Sie die Erörterung unzulässiger Themen künftig unterbinden, um die Legalität der Personalversammlung nicht zu gefährden. ...“

Herr Pieper sollte zur Kenntnis nehmen, dass der zulässige Themenkreis einer Personalversammlung nicht auf die Ausübung von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten beschränkt ist. So dürfen nach herrschender Rechtsmeinung in der Personalversammlung ggf. auch sozial- oder gesellschaftspolitische Probleme behandelt werden, sofern die Be-

schäftigten der Dienststelle von diesen betroffen sind. In diesem Zusammenhang wird es beispielsweise für zulässig erachtet, dass sich Personalversammlungen mit Fragen der Verkehrsanbindung der Dienststelle bzw. mit der Einführung von Gebühren beschäftigen, sofern Dienstkräfte davon tangiert sind. Um so mehr dürfte das Thematisieren von extremistischen Veranstaltungen zulässig sein, wenn in deren Folge Kolleginnen und Kollegen Vertretungsstunden erteilen müssen, weil Bewerber bei Einstellungsangeboten für einen „Nazibezirk“ dankend abwinken. Entsprechend sind Pädagoginnen und Pädagogen nicht nur mittelbar betroffen, wenn ihre Schülerinnen und Schüler – denen sie demokratische Grundeinstellungen vermitteln sollen – regelmäßig mit NPD-Aufmärschen in ihrem Umfeld konfrontiert werden.

Möglicherweise aber könnten die Kolleginnen und Kollegen von dem LSA-Leiter auch erwarten, dass er sich für die Demokratie allgemein und für die demokratischen Rechte der ihm unterstellten Dienstkräfte insbesondere engagiert, ohne dass es hierzu einer ausdrücklichen Anweisung „von oben“ bedarf.

Katja Metzigg

anzeige



So geht's auch!
Wir haben die besseren Ideen.
REGALE-INNENAUSBAU
Fa. Frank Westerville
Görresstr. 30/12161 Bin
Tel. 851 30 34

KLINIK NIKOLASSEE

Private Akut- und Rehabilitationsklinik

Innere Medizin - Kardiologie - Psychotherapie - Neurologie
Leitung: Dr. med. Thomas Bodemann, Internist- Dipl.-Psychologe

Schwerpunkte: Diagnostik u. Therapie bei Alkohol- u. Tablettenmißbrauch (Entgiftung/Entwöhnung), Depressionen, Ängsten, Panikattacken, nervösen u. Erschöpfungszuständen, Schmerzen, Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Auch Akutaufnahmen!
Private Kassen, Beihilfe. ☎ **80 30 91-0**

www.klinik-nikolassee.de 14129 Von-Luck-Str. 3

Unsere Patienten sind unsere Gäste!

Supervision lohnt sich!

Für die fachliche Arbeit und für das eigene Wohlbefinden – Individuelle Beratung

**Praxis für kreatives Gestalten, Therapie und Supervision
Regina Liedtke, Tel. 7 81 28 99**

Langjährige eigene pädagogische und therapeutische Erfahrung mit schwierigen Kindern sowie Eltern und Ämtern.

Supervisionsgruppe

für Lehrer/innen hat
noch freie Plätze

Info: **Ina Kaufmann**

Dipl. Päd. / Supervisorin (DGSv)

Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:

ina.kaufmann@t-online.de

Berufliche und persönliche Weiterentwicklung durch Coaching/Supervision

Dipl. Hdl. **Roswitha Harmuth**

Organisationsberaterin,
Supervisorin (DGSv)

Tel. **030/82 70 22 73**

www.roswitha-harmuth.de

Gesunde Strahlungswärme im Winter!
Lehm- und Kachelöfen sehr preisgünstig
mit antikem alten Kachelmaterial
Individuelle techn. versierte Planung
Büro energiebewusste Architektur Berlin
Grunewaldstr. 79 0 30/7 87 57 24

Yoga-Seminar zur Anti-Stress-Schulung

für Lehrer und Erzieher

im **Seminarhaus Schorfheide**

Tel.: 0 30/6 21 38 39 oder

03 33 61/7 02 57

E-Mail: **info@seminarhaus.schorfheide.de**

Unterstützung, Reflexion, Entspannung
Individuelles Supervisionssetting
für LehrerInnen

Lichtblick

Frauenpraxis für Supervision (DGSo)

Gestalt- und Hypnotherapie

Vera Fritz Helga Thalhammer

10829 Berlin, Gotenstr. 8

Tel. 030/ 787 147 57



**INSTITUT FÜR
MUSIKTHERAPIE**
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Heilpädagogische Musikarbeit und Musiktherapie berufsbegleitend für LehrerInnen, ErzieherInnen, Sozial- und SonderpädagogInnen ect.
INFO-TEL.: 030 - 813 50 80

Lösungsorientierte Supervision und Einzelcoaching

Netzwerk für ILP

47 03 29 46 o. 83 22 19 28



Deutsche Akademie für
Psychoanalyse DAP e.V.

Supervisionsgruppen für Lehrerinnen und Lehrer

Dipl. Psych. G.v. Bülow, Supervisorin (BDP)

Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)

Kantstr. 120/121, 10625 Berlin

☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Ihre Anzeige in der blz

Tel: 030-21 99 93 46

Fax: 030-21 99 93 49

SCHWARZES SCHAF

Edel-lässige Kleidung

aus Seide - Leinen - Merinowolle

- auch große Größen - !

Wolle • Knöpfe • Keramik

direkt am S-Bhf. Lichtenfelde - Ost • Jungfernstieg 4B
12207 Berlin • Telefon 7 72 53 56 • Gertrud Hillmann
Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 13 Uhr

Theater und Schule



Aufführung eines kurzen Theaterstücks zum Thema rechtsradikale Gewalt der Theater AG des Georg-Büchner-Gymnasiums anlässlich der Verleihung der Titels „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“.

Foto: C.v.Polentz/transit

Kritisch gesehen

Tabori und Christoph Hagel haben schon mehrfach Mozart-Opern in ungewohnter Umgebung zu ungewohntem Erfolg geführt (die *Zauberflöte* im Zirkuszelt). Jetzt holen sie die „harmlose“ „*Entführung aus dem Serail*“ als „Singspiel aus Berlin“ in die politische Gegenwart und in die Nähe von Goethes Iphigenie durch Aufführungen in der Neuen Synagoge, in der Gedächtniskirche und im Islamischen Gebetshaus. Akzentuiert durch die Einbeziehung orientalischer Instrumentalisten, Umstellungen in der Musik, einen Erzähler – aus dem Heute in das Singspiel verirrt –, der dann die Rolle des osmanischen Paschas Bassa Selim übernimmt, die Geschichte aber immer wieder auch kommentiert, erreicht die szenisch (zu) sparsame, musikalisch exquisite Aufführung als Exempel von Toleranz gedankliche Hochspannung.

Die **Carrousel-Inszenierung** des „*Urfaust*“ (zunächst im Zelt gespielt) beginnt, als wolle sie Goethe mit kritischen Fragen aus unserer Gegenwart konfrontieren. Sie stellt mit einigen eindrucksvollen Bildern die Studierstube zwischen Altersheim, Sozialstation und Psychiatrie, zeigt aber letztlich nur

unzusammenhängende Einfälle: eine gelangweilte „Feuerwehrcapelle“ zur musikalischen Begleitung, einen weiblichen Mephisto, überfallartige Songs – Bruchstücke also, „Teile“. „Fehlt leider nur das geistlich Band“ (Urfaust, 370; oder: „Fehlt, leider! nur das geistige Band“, Faust I, 1939). Und nicht einmal die Geschichte von Faust und Gretchen wird klar.

„*She she pop*“, eine frische junge Truppe, spielt die „**Homestory**“ in der faszinierenden Raum-Installation des Prater: verlorene Frauen zwischen Friseur, Hausarbeit und Gammeln, ihr zielloses Leben durchsetzt mit Medien (Fernseher, CD, Stimmen übers Mikro, Video). Die scharfen Momentaufnahmen ergeben zwar keine „Story“, sind aber immer interessant anzuschauen. Beim Kinder- und Jugendtheater gibt es zweimal Jubiläum: Strahl wird 15, Havarie (Potsdam) wird 10 Jahre alt.

Hans-Wolfgang Nickel

Grips Theater

Kannst du pfeifen, Johanna? (ab 6): 23.20 um 15.30 Uhr; 17./18.10. um 11 Uhr; 19.10. um 16 Uhr.

Ganz große Pause (Schiller-Werkstatt): 23. bis 25.10 um 11 Uhr; 26.10. um 17 Uhr.

Julius und die Geister (ab 6): Uraufführung am 24.10. um 17 Uhr. Weitere Spieltermine: 25. und 28. sowie am 29.10. jeweils um 10 Uhr; 26.10. um 16 Uhr.

Hallo Nazi (Schiller-Werkstatt): 28. bis 31.10. jeweils um 11 Uhr

Eins auf die Fresse: 30./31.10. um 10 Uhr.

Grips Theater, Altonaer Straße 22 in Berlin-Tiergarten, Tel. 397 47 40 oder 397 47 477 oder www.grips-theater.de

Fliegendes Theater

Abreibung für Özgüls (5 bis 10 Jahre): 4. und 7. Oktober um 10.30 Uhr.

Geschichten mit dem Schirm (4-8 Jahre): 8./9.10. um 10.30 Uhr.

Der dreibeinige Hund (4-8 Jahre): 14./15.10. um 10.30 Uhr.

Die Mondtücher (5-10 Jahre): 20.10. um 16 Uhr; 29.10. um 15 Uhr; 30.10. um 10.30 Uhr.

Herr Uhus Märchenstunde (8-9 Jahre): 5. bis 7.11. um 10.30 Uhr.

Fliegendes Theater, Urbanstr. 100 in Kreuzberg, Tel. 692 21 00 oder www.fliegendes-theater.de

Fortbildung

Diesterweg Hochschule

In folgenden Kursen sind im September und Oktober noch Plätze frei:

5 Welche diagnostische Kompetenz benötigen LehrerInnen für die Förderung der Lernentwicklung von Kindern im Unterricht? * 22. und 29.10.

6 Bildende Kunst in Klasse 5/6: Vincent van Gogh * 25. und 26.10.

7 Welchen Beitrag leisten Vergleichsarbeiten für die Qualitätsentwicklung des Unterrichts? *

8 Deutsch als Zweitsprache – Methoden und Arbeitsprinzipien überfachlicher Sprachförderung in der Sek I und in der beruflichen Bildung 8. und 9.11.

9 Erdkundeunterricht für die Klassen 5 und 6 * 11., 18. und 25.11.02

* die so gekennzeichneten Seminare sind anerkannt als „Sternchenkurse“ für LUK

Anmeldung und Informationen: Diesterweg Hochschule e.V., Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Telefon 030-21999342, Fax 030-21999350, Internet: www.diesterweghochschule.de Bank: Berliner Sparkasse, Konto 091 000 7624, BLZ 100 500 00

Fortbildungen Spiel und Theater

Die LAG Spiel und Theater Berlin bietet Wochenend- und Langzeitwerkstätten im Bereich der Spiel- und Theaterpädagogik an. Die Kurse richten sich nicht

nur an ausgebildete TheaterpädagogInnen, sondern ebenso an Lehrer, Künstler, etc... an alle, die theatrale Methoden in ihrem Berufsfeld anwenden wollen. Auch Anfänger sind herzlich willkommen. Unter professioneller Leitung können Fähigkeiten u.a. zu folgenden Schwerpunkten vertieft und erprobt werden: Szenische Entdeckung von dramatischen Texten; Performance; Spiel und Gewalt; Neutrale Maske; Pantomime; Theatralisierung von Lernprozessen; Theater und Figurenspiel; Sprechtechnik; Schauspielakrobatik; Musical. Für KollegInnen, die sich ein neues Betätigungsfeld erschließen wollen; bietet die LAG berufsbegleitend eine Theaterpädagogische Grundlagenausbildung zur Spielleiterin an, die vom Bundesverband Theaterpädagogik anerkannt ist. Die TeilnehmerInnen erhalten mit 600 Unterrichtsstunden eine fundierte Weiterbildung. Anmeldung/ Info: Tel. 2045 8245. Email: info@lagstb.de

Theaterpädagogisches Fachforum

Vom 24. bis 26. Oktober findet das theaterpädagogische Fachforum „SICHTEN IV“ im FEZ Wuhlheide statt. Am ersten Tag gibt es Praxisberichte aus professionellen Kindertheatern, am zweiten Tag Fachvorträge und Workshops. Weiter Informationen und Anmeldung: 61 60 95 45 (10 bis 15 Uhr), Fax 61 60 95 44

Lust auf Schund?

Die AG Jugendliteratur und Medien der GEW Baden-Württemberg veranstaltet am 24. Oktober in der Hochschule der Medien in Stuttgart eine Fortbildungsveranstaltung unter dem Titel „Lust und Schund oder Spaß am Spiel? Medien in der Freizeit von Kindern und Jugendlichen“. Info und Anmeldung über Wolfgang.Antreiber@enzkreis.de oder Fax 07231/ 308777. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Aktivitäten

Bewegungs(T)räume

Das Kindermuseum Labyrinth veranstaltet vom 15. September bis zum 30. Juni 2003 den Spielraum für Bewegung für Kinder von 3 bis 10 Jahren: Hangeln, Rutschen, Klettern, Krabbeln und viele andere Arten von Bewegung können hier geprobt und erprobt werden. Bis zum Dezember gibt es dazu auch ein pädagogisches Rahmenprogramm für Kita und Schule:

22.10 und 12.11. um 18 Uhr: Workshop „Psychomotorik im Kindertagesstätten-Alltag“ (15 Euro). Am 21.10 um 16 Uhr: In-

fo-Nachmittag „Kinder brauchen Bewegung“ mit einer Einführung in das Spiel- und Bewegungskonzept von Elfriede Hengstenberg.

28.10. um 16 Uhr: Info-Nachmittag zur Ausstellung.

2.11. um 10 Uhr: Kreativer Tanz im Kindergarten (40 Euro)
4.11. und 11.11. jeweils um 16 Uhr: Bewegter Unterricht: Von der Unruhe zur Entspannung im Schulalltag. (40 Euro)

25.11. um 16 Uhr: Bewegungsbaustelle: Spiel- und Bewegungsangebot für Kita und Schule. (15 Euro)

Das Museum ist geöffnet von 9 bis 13 Uhr, außer Montags auch von 14 bis 18 Uhr. Info und Anmeldung: Tel. 49 48 097 oder www.labyrinth-kindermuseum.de

Sexualpädagogisches Modellprojekt an Schulen

KOMBI entwickelt und erprobt ein Konzept zur Unterstützung pädagogischer Fachkräfte aus Berliner Schulen bei der Umsetzung des neuen Rahmenplanes für die Sexualerziehung (AV 27). Dabei werden im Schwerpunkt die vom Rahmenplan vorgeschriebenen Themen „Geschlechterrollen“ und „Sexuelle Identität“ vertieft. In Kooperation mit ausgewählten Modellschulen wird das Konzept in der Praxis erprobt und wissenschaftlich begleitet. Auf dem Programm stehen Informationsveranstaltungen für Gesamtkonferenzen und Fachkonferenzen, Workshops, Einzelberatungen und Teambesprechungen. Das Modellprojekt endet nach 16 Monaten im Dezember 2003, wenn das evaluierte Konzept zur Umsetzung des neuen Rahmenplanes für die Sexualerziehung dem Schulsekretär überreicht wird. Die Finanzierung übernimmt zu einem großen Teil die Stiftung Deutsche Klassenlotterie. Weitere Informationen: Tel. 215

37 42 (Thomas Kugler oder Stephanie Nordt).

Engagierte LehrerInnen mit Vorerfahrung in Autogenem Training bzw. Qigong gesucht, die dies ab sofort im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie in ihrer Klasse anwenden möchten. Bitte melden bei Eva Schöllhorn, Tel: 030/42 80 36 86 (AB).

Lesben und Schwule im Alter

Die Senatsverwaltungen Bildung, Jugend und Sport sowie Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz laden zusammen mit der Alice-Salomon-Fachhochschule und dem Sonntags-Club e.V. ein zur Fachtagung „Anders sein und älter werden – Lesben und Schwule im Alter“ am 22./23. November. Info und Anmeldung: Tagungsbüro Sonntags-Club, Tel. 449 75 90, Fax 448 54 57, email: info@sonntags-club.de Anmeldeabschluss ist der 31. Oktober.

Institut für Kulturanalyse

Das Institut lädt zu folgenden Veranstaltungen ein:

- Was habe ich mit dem Nationalsozialismus zu tun? Zur Frage der Bildung von Geschichtsbewusstsein Jugendlicher. Kurs für Geschichtslehrer am 21.11. von 18 bis 21 Uhr und am 23. November von 10 bis 16 Uhr.
- Wenn Lehrer sich bedroht fühlen... Handlungsstrategien im Umgang mit gewaltbereiten Schülern. Am 12. Dezember von 18 bis 21 Uhr und am 14. Dezember von 10 bis 16 Uhr.
- Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft – tabu für die Bildungsreform? Vortragsreihe: Vom 1. November bis 6. Dezember immer Freitags von 18 bis 20 Uhr im Institut für Europäische Ethnologie der HU, Schiffbauerdamm 19, Raum 001. Info und Anmeldung für alle Veranstaltungen: Tel. 321 74 96 oder info@kulturanalyse.org

Vortragsreihe zur DDR-Geschichte

Das Haus der Demokratie lädt ein zu einem monatlich stattfindenden Vortrag über verschiedenste Themen aus der DDR-Geschichte. WissenschaftlerInnen leiten jeweils mit einem 45-minütigen Vortrag über ihre Forschungsergebnisse die Diskussion ein. Die Reihe „DDR-Geschichte“ wendet sich vor allem auch an jüngere Interessierte, denen die Lehre und Publizistik zur Zeit wenig Möglichkeiten bietet, sich mit der DDR-Diktatur auseinander zu setzen.

• 7. Oktober: Dr. Thomas Lindenberger: Der „Sportpalastkrawall“ in Rathenow. Rowdys, Volkspolizei und Jugendpolitik in der DDR-Provinz der 60er Jahre.

• 4. November: Dr. Thomas Klein: Über die Konstruktion von Parteifeinden zur Kontrolle der Gesamtpartei. Parteidiktatur am Beispiel der SED.

• 2. Dezember: Dr. Bernd Floth: „Keine Diktatur dauert ewig.“ Widerstand gegen und Opposition in der DDR – Wandlungen und Gegensätze. Immer im Haus der Demokratie und Menschenrechte, an jedem ersten Montag im Monat um 19 Uhr im Robert-Havemann-Saal.

Import Shop 2002

Vom 13. bis 17. November findet die Messe Import Shop in den Messehallen am Funkturm statt. Dazu gibt es wieder ein begleitendes Programm für SchülerInnen, das von KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V. in Zusammenarbeit mit 16 nicht-kommerziellen Organisationen organisiert wird. Lehrkräften bietet sich die Möglichkeit, für den Besuch des Import Shops Themenkomplexe im Vorfeld auszuwählen. Für Schulgruppen ist die Anmeldung bei KATE, Tel. 440 531 10 notwendig. Ein Arbeitsheft, das bei der Vorbereitung hilft, wird nach der Anmeldung zugeschickt. Zu sehen ist u.a. die Ausstellung „Von der Hand im Mund – Ernährung in aller Welt“.

Freinet-Treffen

Die Herbsttagung der Freinet-Gruppe Berlin-Brandenburg-Leipzig zum Thema Wasser findet vom 31.10. bis 3.11.2002 in der Freien Schule Leipzig statt. Info und Anmeldung: Frauke Stoltzing, Regensburger Str. 33 ,10777 Berlin, Tel. 2111838

Jugend im Museum

Mit dem Titel „Andere Länder – andere Kurse“ ist das neue Programm mit Kursen vom Oktober bis Dezember 2002 des Vereins „Jugend im Museum“

erschienen. Jugend im Museum e.V., In der Halde 1, 14195 Berlin oder www.jugend-ilmuseum.de

GEW-SeniorInnen

Berliner Sagen: 10.10. um 14 Uhr im Klub Torstraße

Kunstaustellung in den Treptowers: 10.10. um 10 Uhr, Treffpunkt vor dem Eingang, An den Treptowers 3.

Herbstspaziergang: 15.10. um 10 Uhr, Treffpunkt im U-Bahnhof Hönow.

Jüdisches Museum: 30.10. um 10 Uhr, Treffpunkt vor dem Haupteingang.

Puppentheater am Ostkreuz: 14.11. um 10 Uhr. Gespielt wird das Stück „Peter und der Wolf“. Ort: Lenbachstraße 7.

Sonstiges

Nachhaltiger Filmblick.

„Vielleicht sehen die Kinobesucher in den nächsten Wochen die ersten 50 Sekunden eines neuen Zeitalters der Aufklärung...“ (TAZ 19.8.02) Drei Kinospots des Projektes „Nachhaltiger Filmblick“ zeigen, dass Verzicht lustvoll und Widerständigkeit gegen Konsum und Verschwendung attraktiv sein können. Eine Projektgruppe aus Künstlern, Umweltwissenschaftlern, Studenten und Filmemachern hat die Film-spots in einem 1/2-jährigen Pilotprojekt produziert. Sie sind für Veranstaltungen und Parties, in Universitäten, Schulen und Jugendclubs gut geeignet. Auf der Homepage: www.nachhaltiger-filmblick.de kann man sich die Spots ansehen. Man kann sie aber auch bestellen (jedes Video zeigt alle drei Spots auch in englischer Version), zum Selbstkostenpreis von 8 Euro, inkl. Versand, per Nachnahme unter: vertrieb@nachhaltiger-filmblick.de Der „Nachhaltige Filmblick“ wird u.a. gefördert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, IZT Projektbörse, Heinrich Böll Stiftung, Jugend für Europa, Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung.

Internet

www.coram-publico.de bringt Informationen aus der Welt des Theaters, mit Theatersuche und Links zu Theaterhäusern in Deutschland.

www.wasistwas.de Artikel aus Natur, Technik, Wissenschaft und Geschichte mit Wissens-Olympiade und Freizeit-Tipps. **www.zitat.net** hat 42.999 Aphorismen und Zitate parat. Suche nach Thema, Inhalt oder Autor.

Schwierige Kinder. Schwierige Schule.

Projekte und Konzepte zur integrativen Förderung verhaltensauffälliger SchülerInnen, Ringvorlesung TU Berlin:

Vom **24. 10. bis 13. 2. 2003** jeweils donnerstags 14tägig, 16-18 Uhr in der Franklinstraße 28/29, 10587 Berlin-Charlottenburg, Raum FR 3533

24.10. Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz und Prof. Dr. Karl-Heinz Arnold. TU Berlin. Gibt es heute mehr schwierige Kinder in der Schule? oder: Ein kritischer Blick auf die systemischen Beziehungsstörungen zwischen Schule, Schülern, Familien und Umfeld.

7. 11. Fred Ziebarth, Lehrer und Therapeut: Systemische Beziehungsarbeit in der Fläming-Grundschule

21. 11. Ralf Bündler, Schulleiter und Sonderpädagoge, Essen: „Entwicklungspädagogischer Unterricht“: Konzept und Praxis Nachfragen über preuss-lausitz@tu-berlin.de oder Tel. 314 -73 205/7



bietet

PREISGÜNSTIGE KLASSENFAHRTEN Klasse 5 - 13 nach Südostengland

Debbie White
368 The Ridge
Hastings East Sussex
TN34 2RD England

phone / fax
00 44/14 24 75 47 03
email
whitestudytours@supanet.com

inclusive:

kpl. Lernprogramm

individueller Planung

Organisation der An- und Abreise

Unterkunft in Gastfamilien oder Hostels

Kostenerlass für begleitende LehrerInnen

Ursula Ondratschek
Tel. und Fax: 030 / 36 71 15 13/14
Ulrike Zuschrott
Tel.: 030 / 3 23 11 10

**Geburtstage, Kollegiumsfeiern,
private und dienstliche Feste**
Hochwertiges Catering, Richtung:
mediterran, ab 20 Pers.
Fergus MacDevitt
FonFax 4 35 19 87

**Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i. d.
Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden.**
Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lager-
feuer, Nachtwanderung, Reithalle, Ausritte, Sauna,
Platz für 34 Schüler/innen 2.-10. Klasse. Individuelle
Betreuung. Video anfordern. VP incl. 5 Reitstid.
Mo.-Fr. 135,- Euro.

Bienenbüttel
Tel. 0 58 23/73 67
www.hoflust.de



Tel. 0 50 41/98 90 60 • Fax 98 90 61
www.schwubs.com

Die beliebten Klassenfahrten

Für Grundschulen und Oberschulen ins
Wendland 250km von Berlin, preis-
günstiger Aufenthalt auf dem Reiter-
hof, abgeschlossenes, großes Natur-
gelände, zauberhafter Abenteuerwald,
qualifizierter Reitunterricht, **ab 20 Kin-
dern 2 Begleitpersonen kostenlos in
separaten Wohnungen.**

Terminabsprache, Infos und
kostenlose Videoausleihe

BGI GmbH, Brigitte Berenson
(0 30) 32 60 16 28

DALLY Großauswahl vom Fachmann

100 Klaviere ab 1.800,- • Flügel 6.000,-
Keyboards 49,- • Digital-Pianos 799,-
Gitarren, Verstärker, Noten
Musikhaus

Werkstätten • Orgelunterricht • Tel. 6 22 10 36
Hermannstr. 204 • 12049 Berlin • Parkplatz



SCHULFAHRTEN 2003

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bertolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail:
info@REAL-tours.de

- 7½ Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 213,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig, Florenz, Ravenna.
 - 9½ Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 188,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 3 Tage VP, Ausflüge: Venedig, Florenz.
 - 9½ Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 239,- VP. Leistungen: Bus-
fahrt hin und zurück, 7 Tage VP, Ausflüge nach San Marino, Venedig, Ravenna und Florenz.
 - Freiplätze CESENATICO 2003:**
16 - 20 Schüler 1 Freiplatz, 21 - 35 Schüler 2 Freiplätze, 36 - 45 Schüler 3 Freiplätze, 46 - 60 Schüler
4 Freiplätze.
 - 9½ Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 254,- HP, € 265,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Florenz, Pisa, Siena,
San Gimignano, Marmorbrüche von Carrara.
 - 7½ Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 229,- HP, € 252,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Florenz, Pisa, Volterra, Siena,
San Gimignano.
 - 10 Tage Bahnfahrt Cesenatico mit Ausflügen € 230,- VP.
 - 8 Tage Bahnfahrt Cesenatico mit Ausflügen € 223,- VP.
 - 10 Tage Toskana Bahnfahrt mit Ausflügen € 288,- HP.
 - 8 Tage Bahnfahrt Toskana mit Ausflügen € 256,- HP.
 - 4 Tage Bustfahrt nach Südtirol mit Ausflügen zum Preis von € 172,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 3 Tage VP, Ausflüge: Venedig oder Verona,
Steirung und Brno.
 - 6 Tage Bustfahrt nach Südtirol mit Ausflügen zum Preis von € 209,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig oder Verona,
Steirung, Brno und Bruneck.
 - 9½ Tage Bustfahrt nach Rom mit Ausflügen zum Preis von € 270,- HP und € 321,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP im Mittelklassehotel ca. 50 km von Rom.
Transfer in die Stadt mit Programmanschlägen.
 - 9½ Tage Bustfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 290,- HP und € 306,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Verona, Venedig, Meran und
Gardaseerundfahrt.
 - 7½ Tage Bustfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 239,- HP und € 265,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Verona, Venedig, Gardasee-
rundfahrt.
 - 9½ Tage Bustfahrt nach Sorrent mit Ausflügen zum Preis von € 268,- HP und € 305,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück mit Zwischenübernachtung, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach
Pompeji, Vesuv, Amalfiküste, Neapel/Capri.
 - 9½ Tage Griechenland mit HP zum Preis von € 312,-.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, Fähre Ancona - Patras, Halbpension und Ausflüge.
 - 7½ Tage London mit Ausflügen € 333,- HP und € 381,- mit ÜF.
 - 6 Tage Paris mit HP und Ausflügen € 291,-.
 - 6 Tage Prag mit HP und Ausflügen € 220,-.
 - 10 Tage Bustfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 290,- HP.
 - 8 Tage Bustfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 224,- VP.
 - INDIVIDUELL FÜR LEHRER UND BEGLEITER:** Silvester nach Cesenatico € 276,- VP;
Silvester nach Prag € 375,- HP; Ostern nach Sorrent € 298,- HP; Ostern nach Cesenatico
€ 276,- VP; Ostern Griechenland € 340,- HP; Ostern Toskana € 366,- HP.
- Siehe hagen Sie nach unserem Katalog 2003.
Weitere Informationen auch bei A. Straubach, Meyersoygasse 10, 87561 Oberstdorf, Telefon
0 83 22/9 53 00, Teletax 0 83 22/9 53 03.

KLASSENFAHRTEN

☎ 03 3395-224

Kita-Reisen
Sportwochen
Projektstage

Ferienort

Ruhlsdorf Naturpark Barnim

BUSART-TOURS

DAS BESTGELAUNTE BUS- UND REISETEAM

Stephanstraße 1 • 10559 Berlin • Montag - Freitag 10-18 Uhr
Fax: 395 43 60 • www.busart-tours.de • e-mail: info@busart-tours.de
☎ 030 - 395 90 91

Praha

Apartments zentrumsnah ab 15.-€
Info (040) 280 24 15

BOECKS SCHEUNE

Selbstversorgerhaus für junge Gäste aller Art
29 Betten, idyllische Lage a. Dorfrand nahe
Kulmbach/Oberfr., umgeb. von Wald, Wiesen,
Feldern - Spielw., Grillpl., Lagerf., TT...
Teilverpflegung mögl.
Info: Uwe Boeck, Lehenthal 54,
95326 Kulmbach
Tel: 09221/81431, Fax: 09221/924839
www.boecks-scheune.de

Klassenfahrten bis zur 7. Klasse Kindererholung bis 12 Jahre KITA-Reisen

hauseigenes großes Hallenwellenbad,
15 ha großes Gelände,
Grillen am Lagerfeuer, Angeln,
Tischtennis, Kutschfahrten,
Ponyreiten, Fußballplatz, Volleyball,
Spielwiese, Reithalle

Internet: www.kinderferiendorfforellenhof.de
Kinderferiendorf Familie Udtke
Mitglied im Schullandheimverband
FORELLENHOF
25785 Nordhastedt

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

Haus Lankau

Schullandheim • Freizeitstätte • Tagungshaus
für Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene

Haus Lankau liegt in der Nähe von Mölln und Ratzeburg
in traumhaft schöner Lage direkt am Elbe-Lübeck-Kanal.
Resplätze auch im März und April. Wir bieten vier Tag-
esräume, Seminarraum, Kanus, u.v.m.
Info: Pro FUN, Handelsschule Kellinghusenstr. 11,
20249 Hamburg
Tel: 040-42 89 85-233, Fax: 040-42 89 85-234
e-mail: profun@h13.hh.schule.de
internet: www.hh.schule.de/h13/lankau.htm

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)

direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt,
125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschal-
angebote ab 51 € für 4 Nächte incl.
Programm und HP.
Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69,
jgh.oha@t-online.de
Info: www.Osterode.de

KLASSENREISEN

BUSART-TOURS GMBH & WOLFGANG GÖDEL

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 215,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London

KLASSENREISEN c/o W. Gödel
Westendallee 96 b 14052 Berlin
Tel. (030) 861 95 57 Fax (030) 861 17 79

Katalog 2003!
mit vielen neuen Zielen
030-8619557

www.Bustaxi.de
Tel. 030 48524-00 Fax -09



FERN · TRANSFER · TAGES - u. STADTFAHRTEN mit REISEBÜSEN
BUSTAXI Berlin · Fahrschule Eick-Göthel 13187 Berlin Wollankstr. 70

Prag@agaria.de
www.AGARIA.de

Praga

5 Tage ab 99,- € inkl. Programm

Kostenlos: Ihr 20seitiger Reiseplaner Prag!
DAS TSCHJECHISCHE TEAM
FACHVERANSTALTER FÜR STUDIENREISEN
IN DIE TSCHJECHISCHE REPUBLIK & SLOWAKEI
Radek Byšek · Steintorweg 9 · 20099 Hamburg
Telefon 040/ 280 95 90 · Telefax 040/ 280 95 9-13

Sterntaler Reisen

Omnibusvermietung
Bus bis 49 Personen
Stadt- und Fernfahrten
Exkursionen
Fahrräder- und Skitransporte

Arno Filter
Walldürrer Weg 9c
13587 Berlin
Tel. 3 36 49 64
Fax 3 35 51 87



Cultura.de
Das Kulturmagazin
Kulturmagazin für Berlin und die Region
Kulturmagazin Nr. 1000 Katalog bestellen!

Eastline

PRAG

Jüdischer Tag, Theresienstadt
u. Lidice, literarische Führung,
Schulbesuch, Skodawerk
4 ÜF p. P. ab 88,- €

KRAKAU

Auschwitz Birkenau, Podgorze,
Pleszow, Salzbergwerk-Wieliczka,
das jüdische Viertel Kazimierz
4 ÜF p. P. ab 11,- €

BUDAPEST

Jugendstiftung - Szentendre
4 ÜF p. P. ab 86,- €

KARLSBAD

Goetheprogramm
4 ÜF p. P. ab 66,- €

PETERSBURG

Newskij - Prospekt, Cremitage,
Peterhof, Zwettzkye Sankt,
Pawlowsk und Nowgorod
4 ÜF p. P. ab 82,- €

Alle Preisangaben inklusive
Programm und Anreise
Helmstr. 8 10827 Berlin
Tel. (030) 787 797 0
Fax (030) 787 797 11
www.Eastline.com

KLASSENFAHRTEN 2002 an die ostfriesische Küste

- In Norden & Nebmersiel sowie in Orten „hinter den Deichen“
- Jugendgästehäuser mit Halb-/Vollpension
- Zimmer mit DU/WC/Appartement
- Zwei Reisebegleiter erhalten Einzelzimmer
- Tolle Programme- & Ausflugsmöglichkeiten/ Inselprogramme, Wattwanderungen
- Fahrten per Bus oder per Bahn möglich
- Prospekt/individuelle Angebote auf Anfrage

Jugendwerk Brookerland, Leezdorfer Str. 70
26529 Leezdorf
Tel: 0 49 34 -16 07 - Fax 0 49 34 -78 27
e-mail: fam.saathoff@t-online.de
internet: www.saathoff.de

Darlehen supergünstig

Finanzab ab 4,7% ab 1.1.2002

Hypotheken- & Beamtenlehensdiscounter

Alle Finanzkonditionen sind günstig! Maximaler Zinssatz 5,5% bis 5,75% (abhängig von Kreditart)
Kontakt: 030 200 100 500 Zum Nulltarif!

Herbst Weihnachten

Auch nur weltweite Flüge buchbar!

Z.B. Burma · China/Yangtse-Kreuzf. · Ecuador/Galapagos Inseln · Griechenland · Italien · Kuba · Malta · Namibia · Peru · Spanien · Südafrika · Thailand · USA/Neuengland · Vietnam · Kambod · Nord-Zypern u.a.

Sonderreise nach Burma zum Phang-See · Daw-U-Pagodentempel!

Lothar Kögel 12207 Berlin Tel. 771 30 10
Studienreisen Hortmannstraße 40 Fax 771 30 153

Reisen in den Schulferien und auch sonst 2002/2003

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach	10-Tage-Busreise z.B. nach
Wien ÜF 192,- Euro	Südengland Ü 213,- Euro
Budapest ÜF 192,- Euro	Toskana Ü 202,- Euro
London ÜF 254,- Euro	Südfrankreich Ü 230,- Euro
Prag ÜF 199,- Euro	(Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften)
Paris ÜF 224,- Euro	
Rom ÜF 238,- Euro	

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH · MÜNSTERSTR. 55 a · 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 · FAX (0 23 06) 7 57 55-49 · E-Mail: info@rsb-krause.de



Klassenfahrten? ruf einfach den d&aa an!

PRAG 4 ÜF 100,- € (inkl. Stadtlührung) ab EUR 56,-
LONDON 4 ÜF Seereise ab Cuxhaven (einst. 10 Pass. inkl. d.) EUR 188,-

Holstenische Str. 14 **vm reisen** Tel. 030 - 79 70 19 40
12163 Berlin (Steglitz) www.vm.reisen.de Fax 030 - 79 70 19 45

ORANIENSTR. 18A

Busse für jede Gelegenheit

Stadttrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers



Grenzenlos Reisen

Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Verlockende Reisen

Korsika und Pyrenäen Wandertouren
Polen, Rad, Reiten, Kanu - Stille
Marokko Wanderkarawane ab 1540 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1165 €
Flüge und Fahren – weltweit und preiswert

LockeToursBerlin

Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

Tagungshaus in Wendland

Mit kleiner Tierhaltung, beliebt bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, weil unkompliziert im Umgang, unbeliebt als Widerstandstreff gg. Atomanlagen, max. 44 Betten, 9 €/Nacht, Selbst-, Teil-, Vollverpflegung, Exkursionen z.B. in Elbtalau vermittelt.

Meuchefitzer Gasthof, 29482 Meuchefitz 19
Tel. 0 58 41/ 59 77, Fax 0 58 41/ 69 76
E-Mail: gasthof@meuchefitz.de

Propolis BAUGESSELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
Holzbau · Wintergarten
Ausbaumaßnahmen (Erdgeschoss)

MAUREREI
Neubau · Umbau · Sanierung
Reparaturen · Kleinarbeit

INNENAUSBAU
Trockenbau · Einrichtungen
Bauleitung · Holzbau-Arbeiten

PLANUNGSBÜRO
Planung · Modell · Umbau
Bauphysik · Baubiologie

Oranienstr. 18a · 10899 Berlin
Tel. 614 10 50 · Fax 61 60 93 75

Berufseinstieg – mit der GEW!

Seminare und Veranstaltungen für neu eingestellte Lehrer/innen

- **Neu im Kollegium – die ersten 100 Tage**

1. Oktober von 17 – 20 Uhr

- **Fit durch die Berufseinstiegsphase**

23. Oktober von 17 – 19 Uhr

Praktische und rechtliche Fragen beim Berufseinstieg

20. November von 16 – 20 Uhr

Alle Veranstaltungen finden im GEW-Haus statt. Anmeldung ist erforderlich!

Mehr Infos unter <http://www.gew-berlin.de>

oder anfordern: Tel. 21 99 93-0 oder -59

Mittelbau-Veröffentlichungen: Urheberrechte und Ethik

Veranstaltungsreihe Mittelbau aktuell: Mit Dr. Janko Jochimsen, Jurist, TU Berlin, Folker Schmidt, wiss. Mitarbeiter, FU Berlin

Freitag, 25. Oktober um 15 Uhr im GEW-Haus

Risiko Drittmittelbeschäftigung?

Veranstaltungsreihe Mittelbau aktuell: Mit Dr. Rainer Hansel, PR-Vorsitzender HU Berlin, Sabine Schrade, Forschungsabteilung der HU Berlin

Freitag, 15. November um 15 Uhr im GEW-Haus

Mehr Qual oder mehr Qualität?

Computer im Fachunterricht

Was muss geschehen, damit die vorhandenen Computer im Fachunterricht sinnvoll genutzt werden können?

Samstag, den 30. November von 10 bis 15 Uhr

im GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin

Einführungsreferat: Der Einsatz von Computern im Unterricht aus fachdidaktischer Sicht, ab 11 Uhr Workshops mit Experten zum Computereinsatz in der Grundschule, im Fremdsprachenunterricht, im Erdkunde- und Geschichtsunterricht, mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht.

Abschlussveranstaltung: Podiumsdiskussion mit Experten

Anmeldungen bitte mit dem Anmeldeformular, das den Vertrauensleuten nach den Herbstferien zugehen wird.

Eine Veranstaltung der Medien-AG der GEW BERLIN in Kooperation mit der TU Berlin

Erziehung zum Frieden in der Schule

Fachtagung am 25./26. Oktober im GEW-Haus

Die Frage, wie man in einer zunehmend von Konflikten, Kriegen, Bürgerkriegen, Attentaten, Aufständen geprägten Welt und von Gewalt im Alltag zum Frieden erziehen kann, beschäftigt immer mehr Lehrkräfte. In einer Kooperationsveranstaltung des LISUM mit der GEW BERLIN und der Buddhistischen Akademie wird versucht, an praxisorientierten Beispielen und Unterrichtsmaterialien, z. B. auch aus den UNESCO-Schulen, schulnahe Lösungswege zu finden.

ReferentInnen: Regine Noack (UNESCO), Sanem Kleff (LISUM /SOR-SMC),

Sylvia Wetzel (Buddhistische Akademie), Angelika Seifert,

Christian Meyer (GEW, LISUM) u. a.

Meldungen: Bis zum 4. Oktober an das LISUM mit dem üblichen Meldeformular (LISUM-Kurs Nr. 02.2-22) oder online unter www.lisum.de



GEW im September/Oktober 02

10.10.	18.00 Uhr	Kita-AG, Raum 33
	17.00 Uhr	Arbeitslose in der GEW, Raum 47
12.10.	16.00 Uhr	AG Lehrbeauftragte, Raum 33
16.10.	10.00 Uhr	Senioren Ausschuss, Raum 33
17.10.	14.00 Uhr	AG Renten, Raum 34
	18.30 Uhr	Abteilung Wissenschaft, Raum 33
22.10.	17.00 Uhr	AG LehrerInnenbildung, Raum 34
	19.00 Uhr	Abteilung berufsbildende Schulen, Raum 33
23.10.	17.00 Uhr	Seminar „Fit durch die Berufseinstiegsphase“
	19.00 Uhr	Attac, Raum 33
	19.00 Uhr	AG Schwerbehinderte, Raum 34
24.10.	17.00 Uhr	AG Schwerbehinderte, Raum 47
	18.00 Uhr	Abteilung Wissenschaft, Raum 32
	18.00 Uhr	Junge GEW, Raum 34
25.10.	15.00 Uhr	Mittelbau aktuell: Mittelbau-Veröffentlichungen
26.10.	15.00 Uhr	AG Volkshochschul-DozentInnen, Raum 33
28.10.	17.00 Uhr	Integrationsgruppe, Raum 34
29.10.	16.00 Uhr	Fachgruppe Grundschulen, Raum 32
	18.00 Uhr	Fachgruppe sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung, Raum 34
31.10.	16.00 Uhr	WIP-Rat, Raum 34
5.11.	19.00 Uhr	GEW-Studierendengruppe, Raum 34
	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer, Raum 47
7.11.	17.00 Uhr	Arbeitslosenausschuss, Raum 33
	18.00 Uhr	Junge GEW, Raum 34
11.11.	17.00 Uhr	AG Lehrerbildung, Raum 33
	18.00 Uhr	Fachgruppe Sonderpädagogik

Öffnungszeiten der GEW-Geschäftsstelle

Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz)

Mo bis Fr. 9 – 12 und 12.30 – 16 Uhr, Mi. bis 17 Uhr / Fr. bis 15 Uhr

Tel: 21 99 93-0

Fax: 21 99 93-50

info@gew-berlin.de

www.gew-berlin.de

**Rechtsschutzstelle im GEW-Haus: Mo bis Do 13 – 16 Uhr, Fr 13 – 15 Uhr.
Persönliche Beratung erfolgt nur nach telefonischer Anmeldung: 21 99 93 45**

Karikatur des Monats



„Gesundes Frühstück“